


INFO VERTEILER 33
Februar 1993

Studentisches Kollektiv "1. Mai - Aufstand", 8010 Graz

Die Massendeportationen der Regierung - und was Teile "des Volkes begehren sollen"

Die österreichische Bundesregierung hat auf gesetzlicher Ebene mit dem Fremdengesetz, das mit 1.1.1993 in Kraft getreten ist, den Ausnahmezustand weiter verschärft.

Wenn Menschen aus dem Iran oder aus Sri Lanka, wenn türkische oder kurdische AntifaschistInnen von der österreichischen Regierung zurück in "ihre" Länder abgeschoben werden, so erwartet sie Gefängnis, Folter und Mord.

Wenn Menschen aus Somalia oder dem ehemaligen Jugoslawien zurück in ihre Länder abgeschoben werden, so erwartet sie der Tod aus den europäischen und US-amerikanischen Raketen und Gewehren.

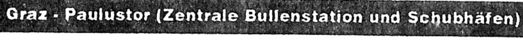
Wenn durch Gesetze diese Deportationen geregelt werden, so sind diese nichts anderes als Gesetze der Verfolgung, der Verhaftung, des Krieges gegen hunderttausende Frauen, Männer und Kinder aus Bosnien, Serbien, Kurdistan, Türkei, Iran, Nigeria, Sri Lanka,...

- Nachdem seit mehr als 2 Jahren das österreichische Bundesheer an den Grenzen stationiert ist, um Jagd auf Flüchtlinge zu machen;
- nachdem seit Jahren Flüchtlinge und EinwanderInnen gezwungen werden, als "illegale" TagelöhnerInnen ihr Essen und ihre Schlafmöglichkeiten zu finanzieren;
- nachdem seit Jahren die Tageszeitungen von der Katholischen Kirche (Kleine Zeitung) bis zum WAZ - Konzern (Kronen Zeitung, Kurier,...) und die Radio- und Fernsehstationen vom ORF bis zu diversen Satellitensendern durch rassistische Hetze diese Politik fördern und mittragen;
- nachdem die Bundesregierung seit 1. Juni 1992 durch das neue Asylgesetz beschlossen hat, das vermeintliche "Recht auf Asyl" abzuschaffen, vollzieht sie nun die nächste Phase: Massendeportationen!

Weder der Zeitpunkt dieser Politik noch die Gleichzeitigkeit mit dem sogenannten Anti-Ausländer-Volksbegehren der FPÖ ist zufällig!

Bereits vor dem offiziellen Ansuchen um EG-Mitgliedschaft im Sommer 1990 hat die SPÖ-dominierte Bundesregierung nach dem wirtschaftlichen Wiederanschluß an Deutschland begonnen, die politischen Rahmenbedingungen durch Gesetze auf allen Ebenen auf die EG abzustimmen.

Seien es die Massenentlassungen durch Privatisierung, die Ersetzung des



Graz - Paulustor (Zentrale Bullenstation und Schubhäfen)



Infoverteiler öS 20,–
Abo: mindestens öS 200,– im Kuvert an den Infoladen
A-1050 Wien, Margaretengürtel 122-124/1/Keller

Inhalt

sozialen Wohnbaus durch Spekulation von Immobilienhaien, das Zugrunderichten von kleinbäuerlichen Betrieben,.... Für das stehen die Gesetze und Maßnahmen der Bundesregierung.

Auch in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik wird das, was die eigentliche Hauptstadt der EG, BONN vorgibt, vollzogen:

Ziel einer derartigen koordinierten Politik ist die möglichst perfekte Kontrolle darüber, zu welchem Zeitpunkt, wieviele und für wie lange Menschen in die einzelnen europäischen Staaten einreisen dürfen und zwar ausgewählt nach den Kriterien der VERWERTBARKEIT:

nach Geschlecht, Alter, Qualifikation, politischer Gesinnung, Hautfarbe,...

Diese Politik bewegt sich zwischen den 2 Eckpunkten von einerseits ABSCHOTTUNG, ABSCHIEBUNG und VERNICHTUNG nicht verwertbarer Menschen, und andererseits der KONTROLLIERTEN ANWERBUNG und EINWANDERUNG von billigen Arbeitskräften.

Die wirtschaftliche Verwertung

Hauptpunkt ist also die wirkungsvollere wirtschaftliche Verwertung von Flüchtlingen und EinwanderInnen und die Regulierung, Auswahl und Kontrolle von flüchtenden Menschen.

Flüchtlinge und EinwanderInnen, und allgemeiner alle Menschen, die nicht selbst BesitzerInnen von Firmen und Betrieben sind, unter dem Blickwinkel der möglichsten Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu betrachten, ist wichtiger Bestandteil eines kapitalistischen Systems. Auch die Geschichte der österreichischen Asylpolitik ist ein leuchtendes Beispiel dafür. Es ist eine Politik, die von der SPÖ seit nunmehr 23 Jahren vollzogen wurde und wird.

Gleich vorneweg: das sogenannte Recht auf Asyl war und ist nichts anderes als eine Propaganda-Lüge! Mit dem Instrument des Asyls hat die Regierung bislang immer den Arbeitskräftebedarf in Österreich geregelt. Wie sonst ist es zu erklären, daß

* 1980 noch 72% aller AsylwerberInnen als Flüchtlinge anerkannt wurden (das waren 8333 Leute)
* 1982 noch 85% aller AsylwerberInnen,
* 1984 nur mehr 46% anerkannt wurden,
* 1986 nur mehr 36% anerkannt wurden,
* 1988 nur mehr 27% anerkannt wurden und
* 1990 nur mehr 6, 8% als Flüchtlinge anerkannt wurden.

Die Ursachen der Flucht haben sich innerhalb von 10 Jahren nicht verändert: sei es der gemachte Hunger und das Elend der Massen in Bangladesh oder dem Sudan, der Massenmord an den Völkern im Irak oder der Türkei:

Verantwortlich ist die Kreditvergabe eines IWF, die niedrig gehaltenen Preise auf dem Weltmarkt, die hemmungslose Ausbeutung der Rohstoffe durch Shell oder Hoechst, die Waffenlieferungen aus den Todesfabriken in Europa oder den USA.

Es sind die gleichen, die die Flüchtlingspolitik hier bestimmen.

Durch die neuen Gesetze wurde nun das Instrument Asyl abgeschafft und durch die direkte Anwerbung von qualifizierten Arbeitskräften ersetzt.

Die koordinierte Flüchtlings- und Migrationspolitik der EG versucht die Bundesregierung durch drei Gesetze zu vollziehen:

* das Asyl- und Fremdengesetz als Teil der Abschottungs-, Abschiebungs- und Vernichtungspolitik.

* das Aufenthaltsgesetz (das mit 1. Juli 93 in Kraft treten soll) als Vollstreckung der kontrollierten wirtschaftlichen Verwertung von EinwanderInnen.

Mit dem Fremdengesetz beweist die Regierung, wie man aus dem Nazi-Faschismus lernen kann:

* 1991 wurden 9100 Menschen von der Bundesregierung deportiert. Aus einem einzigen Grund waren es *nicht noch mehr* Leute: alle Schubhaftzellen in Österr. waren bereits immer überfüllt! Nun will die Bundesregierung dieses praktische Problem mit der Errichtung weiterer Schubhaftzellen in *Bezirksgerichten, Gefangenenhäusern und Gendarmerieposten* lösen.

Aber für 100 000 - 200 000 Frauen, Männer und Kinder sind das noch immer zu wenig Zellen.

Daher hat die Bundesregierung beschlossen, *"Hafträume, die sich am Weg zur Bundesgrenze befinden"* (§ 46 (4)) für die Deportationen zu verwenden. Also keine Zellen irgendeiner Behörde - sondern schnell errichtete Lager. Blech- oder Holzhütten, umgeben von Stacheldraht, von österreichischen Soldaten bewacht. Die Situation im ehemaligen Internierungslager Traiskirchen oder die Lager des Bundesheeres an der Grenze für Flüchtlinge, die hierher nach Österreich kommen wollen, sind die konkreten, verbrecherischen Wegweiser für das, was "Hafträume, die sich am Weg zur Bundesgrenze befinden" in Wirklichkeit bedeuten.

* Um die Frauen, Männer und Kinder aus Bosnien oder dem Kosovo, aus Kurdistan oder der Türkei, aus Sri Lanka oder dem Iran, aus Nigeria oder Ägypten abschieben zu können, müssen sie zuerst festgenommen werden. Neben den alltäglichen Ausweiskontrollen in allen Städten und Dörfern werden auf der Grundlage aller gesammelten Daten (Daten der Asylämter, des Arbeitsamtes, des Sozialamtes, der Caritas,...) Razzien durchgeführt. Laut Fremdengesetz genügt die *Annahme*, daß sich in den Räumen Leute ohne Aufenthaltsgenehmigung aufhalten, um Hausdurchsuchungen zu machen. Das heißt: wann immer die Polizei Wohnungen durchsuchen will, kann sie das machen. Legal.

Doch klammern wir uns nicht an die Wörter eines Gesetzes, um dann aufzuschreien. Das wäre eine völlige Verkennung der Wirklichkeit. Denn in den meisten Fällen dienen Gesetze der *nachträglichen* Rechtfertigung bzw. der Legalisierung der bisherigen Praxis, - in diesem Fall der jahrelangen Arbeit der Polizeiabteilungen wie Staatspolizei, Fremdenpolizei oder Gendarmerie. Das gilt auch für diesen Paragraphen. Hausdurchsuchungen bei Flüchtlingen und EinwanderInnen gibt es schon lange. Aber jetzt gibt es genügend Schubhaftzellen/Lager, in die die Leute gesteckt werden können. Aus diesem Grund wird die Polizei die Jagd auf MigrantInnen massiv verstärken.

Das Ziel der Jagd

Das Ziel dieser Jagd sind im Moment alle Leute,

- denen die Aufenthaltsberechtigung entzogen wurde;
- Flüchtlinge die im laufenden Asylverfahren sind, aber keine Aufenthaltsgenehmigung bekommen haben (Asylgesetz 1992);
- Flüchtlinge, die einen zweiten negativen Asylbescheid bekommen werden;
- ArbeiterInnen und deren gesamte Familie, die gekündigt wurden und keine neue Arbeitsbewilligung bekommen;
- flüchtende Menschen, die zukünftig um Asyl in Österreich ansuchen wollen.

Das sind lediglich zwei von insgesamt 90 Paragraphen des Fremdengesetzes, sie zeigen jedoch einmal mehr die politische Richtung der Bundesregierung. Selbstverständlich gelten diese Bestimmungen für Leute aus den EWR-Ländern *nicht*. Sie sind die Privilegierten, die nicht unter den Begriff "Fremde" fallen, im Gesetz werden sie EWR-Bürger genannt.

Erst mit diesem Hintergrund werden die aktuellen, inszenierten Auseinandersetzungen um das Volksbegehren verständlicher, zeigen sich in einem neuen Licht:

Das, was die FPÖ als Flüchtlings- und Einwanderungspolitik fordert, ist die bereits zweijährige Politik und Praxis der SPÖ-ÖVP Regierung:

* Massendeportationen aller sogenannten Illegalen; aller, die noch in die Illegalität gezwungen werden; aller arbeitslosen ArbeiterInnen

* weder bei Betriebsratswahlen noch bei anderen Wahlen gibt es die Möglichkeit für "ausländische" ArbeiterInnen, ihre Vertretung zu wählen.

* *der sogenannte Grenzschutz der heutigen 2000 Soldaten wird in Zukunft von belgischen, deutschen, französischen, österreichischen...* **Militärs** *im Rahmen der gemeinsamen EG-Außengrenzen erledigt werden.*

* ab 1. Jänner werden LEGAL Menschen, die sich noch in Untersuchungshaft befinden, also noch NICHT RECHTSKRÄFTIG verurteilt wurden, abgeschoben.

* *bereits seit 2 Jahren existiert eine von europäischen Banken (darunter auch CA und die Bank Austria) in London eingerichtete Bank, die die Auslagerungen von Betrieben nach Ungarn, nach Tschechien, die Slowakei, in die GUS-Staaten oder Polen finanziell absichert!* Das alles wissen die Funktionäre der FPÖ, sie haben die entsprechenden Gesetze ja auch mitbeschlossen.

Was will also die FPÖ, eine Partei, die von der Industriellenvereinigung und dem WAZ(Westdeutsche Allgemeine Zeitung)-Konzern unterstützt und finanziert wird?

- die FPÖ braucht eine Verbreiterung und Verankerung ihrer rassistischen Ideologie der Hackordnung, die ihren Ursprung im Nazi- Faschismus hat. Wenn die FP einen Anteil von SchülerInnen "mit fremder *Muttersprache*" in Pflicht- und Berufsschulklassen von höchsten 30% fordert, so entlarvt sie sich einmal mehr als Verteidigerin eines "Arischen Volkskörpers".

Von den 24 000 SchülerInnen mit anderer Staatsbürgerschaft in Österreich sprechen 16 000 gut bis perfekt deutsch. Schließlich sind sie großteils hier geboren worden, oder leben seit Jahren hier.

- Natürlich steckt auch Wahltaktik dahinter. Die Grazer Gemeinderatswahlen werden am 24.1.1993 sein, einen Tag bevor das sogenannte Volksbegehren beginnt. Nach dem schlechten Wahlergebnis für die FPÖ bei den Salzburger Gemeinderatswahlen braucht sie wiederum einen Wahlerfolg. Genau das erhofft sie sich auch durch ihre rassistische Hetze, dadurch, daß für alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme Flüchtlinge und EinwanderInnen verantwortlich gemacht werden, und gerade nicht die Industriellenvereinigung, die Immobilienhaie,...

Was sagt also die SPÖ zum sogenannten Volksbegehren?
Die SPÖ will und braucht dieses Parteibegehren!

Was die Sozialdemokratische Partei Österreichs als bestimmender Teil der Bundesregierung in ihrer Flüchtlings- und EinwanderInnenpolitik ausführt, haben wir bereits gesagt. Nur die Bundesregierung konnte es bislang noch nicht offen sagen.

Schließlich ist die SPÖ vor mehr als 100 Jahren angetreten, sich für soziale Verbesserungen der tschechischen, slowakischen, ungarischen, rumänischen, österreichischen,.. ArbeiterInnen in der K + K Monarchie einzusetzen; selbst Regierungspartei zu werden, um soziale Verbesserungen wie 8 Stunden Arbeitstag, Kollektivverträge, Sozialversicherung,... per Gesetz zu erlassen.

Das häßliche Gesicht des Kapitalismus innerhalb von Österreich unter einer "sozialen" Maske zu verbergen.

Sogar das ist Vergangenheit.

Es mußte so kommen, daß die SPÖ heute für sich als eine Partei der "Menschlichkeit und Toleranz" lautstark wirbt; daher durfte sie bislang über ihre Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik gegenüber ArbeiterInnen aus den verschiedensten Ländern nur flüstern.

Aber auch das ist Vergangenheit.

So kündigt der SPÖ-Zentralsekretär ganz offen an, daß die SPÖ nun eine Werbeoffensive für die Flüchtlingspolitik der Regierung starte. Als ein Gegengewicht zum "Volksbegehren" der FPÖ. Unter dem Titel "Alle reden wir handeln" soll sie die Botschaft "Gesetze statt Ausländerhetze" propagieren. Schließlich müsse man "ganz massiv bekanntmachen, was bisher von der Regierung schon geleistet wurde" (Standard, 31.10.92)

Das erklärt nun Cap 2 Wochen nachdem das "Volksbegehren" erstmals in den bürgerlichen Medien erscheint und sofort gezielt zum innenpolitischen Hauptthema gemacht wird.

Endlich kann die SPÖ offen sagen, welche Verbrechen sie begeht, ohne dafür angeklagt zu werden.

Zu diesem Zeitpunkt war das Fremdengesetz längst ausgearbeitet und bedurfte nur noch einiger Ausbesserungen.

Der richtige Zeitpunkt, um die Abschiebung aller "illegalen" Menschen durchzusetzen!

Daher sprach Cap in der TV-Pressestunde vom 15.11. von der Abschiebung aller sogenannten illegalen Menschen, mit der Begründung "wo sich die Bürger zu Recht aufregen, das ist das Problem der Illegalen".

Als Ende September der ÖVP-Vizekanzler Busek von der Abschiebung aller "Illegalen" sprach, wurde ihm vom SPÖ-Nationalratspräsidenten Fischer das "falsche Thema zum falschen Zeitpunkt vorgeworfen" und der SPÖ-Innenminister sprach von einer Diskussion zur "Unzeit". (Presse, 16.11.)

Nun jedoch war der richtige Zeitpunkt gekommen, zu sagen, was die Regierung macht und machen wird. Ohne einen kritischen Laut von seiten der "liberalen DemokratInnen", die befürchten hätten können, daß ihnen die "liberale Demokratie" abhanden kommt. Stattdessen waren und sind sie auch jene Marionetten für das Theater von "SOS Mitmensch" oder die Grazer "Koalition der Vernunft".

Nachdem Cap ihm den Weg geebnet hatte, damit der SPÖ-Bundeskanzler nicht stolpert, übernimmt Vranitzky die Rolle des Menschenfreundes: es müsse ein Weg gefunden werden, bei dem "niemand - und vor allem kein österreichischer Staatsbürger - das Gefühl hat, benachteiligt zu sein" (Standard, 18.11)

Selbstverständlich brauche es auch "ordnungspolitische Maßnahmen", (d. h. die rassistischen Gesetze der Regierung) um "Fehlbildungen bekämpfen zu können", damit meint er den "Kampf" gegen alle sogenannten illegalen Menschen und sogenannten Straftäter, das heißt deren Abschiebung. (Standard, 18.11.)

Die Regierung befindet sich in der Situation, das "Volksbegehren" zwar zu brauchen, jedoch gleichzeitig zu verhindern, daß die FPÖ als Oppositionspartei weiter an Einfluß gewinnt. Es war also notwendig, die "FORDERUNGEN" der FPÖ zu benützen, die PARTEI FPÖ jedoch gleichzeitig zu isolieren. DAHER war und ist einheitliche Strategie von SPÖ, ÖVP, Bundespräsident und auch den Grünen, erst aufgrund des "Volksbegehrens" die FPÖ zum "Brandstifter im Parlament" werden zu lassen.

Die Grüne Petrovic meinte, daß der Unterschied zu Deutschland darin bestehe, daß "in Hoyerswerda die Brandstifter auf die Straße gegangen sind, bei uns sitzen sie im Parlament". (Standard 22.10.92)

Zensur in einer bürgerlichen Demokratie

Das kann nur behauptet werden, wenn man/frau die Lüge des Innenministers übernimmt, der meint, daß der Maßstab für die Güte der bisherigen Ausländerpolitik sei, daß es in Österreich noch keine Gewalt gegeben habe. (Presse, 28.10.92)

Um diesen Schein der "Güte" zu wahren, darf daher so wenig wie möglich über Anschläge und Angriffe von Nazi-Organisationen in den bürgerlichen Medien durchsickern.

Mehr als 12 Anschläge im Jahr 1992, tägliche Angriffe und Anpöbeleien sind die Wirklichkeit.

Das Innenministerium hat Zensur verordnet, die jedoch nicht lückenlos funktionieren kann.

So ist es einfach, die FPÖ politisch für alle weiteren Anschläge verantwortlich zu machen (schließlich muß die "Ausländerpolitik" der Bundesregierung ja gütig bleiben). Verdeckt werden kann dabei die jahrelange Geschichte einer rassistischen Hetze, um die wachsende Unzufriedenheit österreichischer ArbeiterInnen zu lenken; oder aber auch, daß die Staatspolizei und der Heeresnachrichtendienst die militärischen Übungen von Nazis in Langenlois, Niederösterreich, seit mehr als 10 Jahren beobachten können.

Haider ist also der "Brandstifter", gegen den es gilt, so viele Freiwillige Feuerwehren wie möglich zu organisieren. Angesprochen haben sich alle zu fühlen, die nun das Trugbild der bürgerlichen Demokratie verteidigen wollen und sollen.

Schweigen und blind sein sollen sie

* gegenüber den Massendeportationen,
* gegenüber den Internierungslagern,
* gegenüber dem Hunger und dem Frieren von tausenden ArbeiterInnen aus den verschiedensten Ländern
* gegenüber der Politik der Regierung.

Die Marionetten der Regierung

Daher hat die Bundesregierung gezielt jene bürgerlichen, liberalen, antifaschistischen Leute in verschiedene Anti-Haider Initiativen dirigiert.

Es gilt also -- "alles [zu] tun, um einen Ausländerwahlkampf zu verhindern. Wir werden mit Bürgermeister Stingl und der Kirche eine breite Phalanx bilden, damit solche Strömungen in Graz keine Chance haben", so der Grazer ÖVP-Stadtrat Stoiser. (Standard, 23.10.92)

-- zu einer Koalition der "Vernünftigen und Verantwortlichen" aufzurufen, so der Grazer SPÖ-Bürgermeister Stingl. (Kleine Ztg., 2.11.92)

-- dazu aufzurufen, den Vorschlag von Nationalratspräsident Fischer (SPÖ) zur Bildung einer "Koalition der Vernunft" zu verwirklichen, so der Grüne Pilz. (Standard, 23.10.92)

Und plötzlich haben die hehren AntifaschistInnen durch diese politischen und moralischen Wegweiser den wahren Feind entdeckt: Haider - und nur Haider! Am 29.10.92 findet die 1. Sitzung der neuge-

gründeten Grazer "Koalition der Vernunft" statt: gerade derjenige hat sich zum Sprecher der "Koalition des Verschweigens" gemacht, der selbst sehr gut über die Gesetze der Regierung Bescheid weiß: Gulis, vom Flüchtlingshilfsverein ZEBRA in Graz. Grund für die 1. Sitzung war die "neue Dimension durch das 'Haider Volksbegehren'" (aus dem Sitzungsprotokoll). SELBSTVERSTÄNDLICH war die Teilnahme der Caritas, der Flüchtlingsberatungsstelle der Stadt Graz (Sozialamt), dem Flüchtlingsbüro der Steiermärkischen Landesregierung, von Amnesty International, der KPÖ, der Katholischen Jugend,...

Österreichweit funktioniert das gleiche Spiel unter dem Motto "SOS Mitmensch"; initiiert von der Flüchtlingsbeauftragten der ÖVP Flemming, dem Unterrichtsminister Scholten (SPÖ), Vertretern der Kirche, das heißt auch der Caritas, der Gewerkschaft bis hin zu Schlagersängern. Die letzten noch verbliebenen Unstimmigkeiten innerhalb von "SOS Mitmensch" werden schnell geglättet: so wurde beispielsweise aus einem früheren Programmvorschlag die Formulierung "... fordern einen Kurswechsel" durch "... fordern einen Klimawechsel" ersetzt. Die Regierung inszeniert, "AntifaschistInnen" folgen.

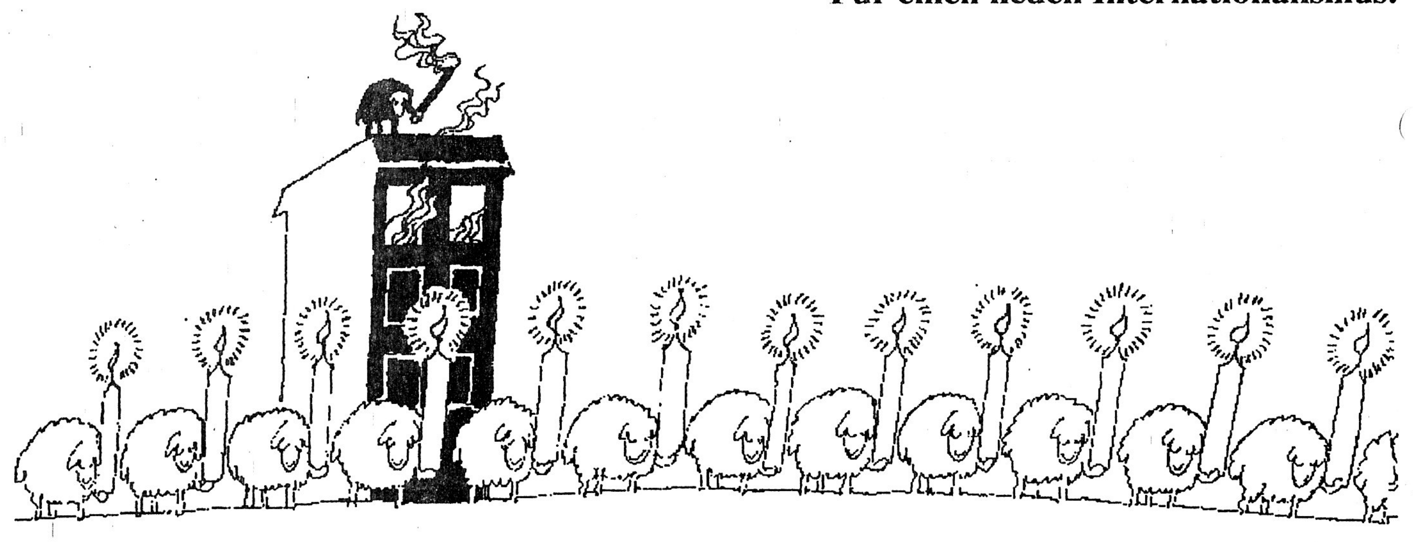
Anfang Dezember, nach monatelangen Verhandlungen und Entwürfen, wird das Fremdengesetz beschlossen. Still, ohne Aufschrei der "VerteidigerInnen der bürgerlichen Demokratie".

Treten wir den Verbrechen von Regierung, Faschisten und deren Geldgebern entschieden entgegen!

Weg mit allen rassistischen Sondergesetzen!

Für den Aufbau kämpferischer Kollektive in den Schulen, in den Betrieben und auf den Universitäten!

Für einen neuen Internationalismus!



Das Fremdengesetz wird exekutiert

Gezielte Hausdurchsuchungen bei ArbeiterInnen und Flüchtlingen aus der Türkei und Nordkurdistan in Graz!

Am 28.Jänner 1993 ließ *ein* Repressionsapparat der Bundesregierung erkennen, welche neue Stufe in der Verfolgungs- und Deportationspolitik durch das Fremdengesetz beschlossen wurde.

Während also zur gleichen Zeit die ersten Spekulationen über die Beteiligung bei dem sogenannten Volksbegehren präsentiert wurden, versuchte die Regierung durch das christliche Symbol des Kerzenscheins zu verdunkeln, daß sie ihre Kettenhunde losgelassen hat.

Am Abend das sogenannte Lichtermeer - in der Nacht die Exekutoren der Verbrechen gegenüber ArbeiterInnen und Flüchtlingen aus den verschiedenen Ländern:

Einheiten der Fremdenpolizei drangen in Wohnheime in Graz-Eggenberg und in Wohnungen in verschiedenen Stadtteilen ein, um Ausweiskontrollen durchzuführen. In den beiden Wohnheimen leben jeweils ungefähr 25 ArbeiterInnen aus der Türkei und Nordkurdistan. Überfallen wurden die Leute von jeweils 7 - 8 Fremdenbullen, die in einem Wohnheim die Leute an der Wand aufstellen ließen, um sie zu durchsuchen. Dabei wurde ein Arbeiter, der den Befehl, sich an der Wand mit erhobenen Händen aufzustellen aufgrund des Dialektes nicht verstand, mit einer Pistole niedergeschlagen und am Boden liegend durchsucht.

Diese verschiedenen gezielten Hausdurchsuchungen begannen am 28.1. um ca. 18°°. Der letzte dieser Überfälle war um ca. 3°° in der Nacht.

Desweiteren wurden in der gesamten Woche von uniformierten Bullen verschiedene türkische und kurdische Cafes überfallen und von allen Anwesenden die Ausweise kontrolliert. Dabei wurden 2 Leute verhaftet.

Das sind weitere Erfahrungen mit der Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik der Bundesregierung gegenüber Arbeiterinnen und Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern.

Wir müssen wissen, wie sie richtig zu verstehen sind, um unseren gemeinsamen internationalistischen Kampf zu schärfen.

Protestkundgebung am 19.1.1993 in Graz

Am 19.1.93 fand vor der SPÖ-Zentrale in Graz eine Protestkundgebung anläßlich der Anwesenheit des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Vranitzky statt.Die Parole des Tages war:

Die Sozialdemokratie schafft Ruhe und Ordnung- denn: Krieg und Leichen, immer noch Hoffnung der Reichen.

Trotz der sehr kurzzeitigen Mobilisierung kamen ca. 70 Leute, darunter viele türkische und kurdische FreundInnen.

Der Grund für Vranitzkys Anwesenheit lag einerseits in der bevorstehenden Grazer Wahl und andererseits in dem Parteibegehren der FPÖ.

Nachdem vor allem die SPÖ in den letzten Monaten beinahe alle "Antifaschistischen" und antifaschistischen Kräfte (von bürgerlich-liberalen über links-liberale bis hin zu autonomen und sozialistischen Personen, Gruppen und Organisationen) gezielt auf eine Anti-Haider Initiative gelenkt

hatte, war und ist es unerläßlich, das Schweigen über die aktuelle Politik der Regierung zu durchbrechen. Das Fremdengesetz war der aktuelle Hintergrund der Inszenierungen der Bundesregierung in der Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Selbstverständlich fixiert sich die von der SPÖ dominierte Bundesregierung nicht auf die Beschlußfassung und Durchsetzung ihrer rassistischen Gesetze.

Die Diskusion über einen NATO oder aber einen WEU Beitritt beziehungsweise parallel dazu den Ankauf von Raketen bildet einen weiteren Schwerpunkt in der Politik der Regierung. Diese Austragung der verschiedenen Interessen konnte unter anderem auch deshalb bereits jetzt in derart offener Art und Weise geführt werden, weil es der Bundesregierung gelang, sich als Handlanger und Profiteur des US-Imperialismus während des 2.Golfkrieges zu profilieren: die Überflug -und Durchfahrtgenehmigungen für US-Kampfflugzeuge und Panzer zur Durchsetzung der US-Interessen in der Arabischen Welt.

Mittlerweile ist der Luftraum über Österreich Teil einer wichtigen Logistik für einen Luftangriff auf Bosnien und Serbien (es ist, jedenfalls uns, nicht bekannt wieviele Überfluggenehmigungen es für die US-amerikanischen AWACS-Aufklärungsflugzeuge gibt). Der Angriff selbst dürfte allerdings von den US-Basen in Italien (so zum Beispiel bei Pordenone) und der Adria durchgeführt werden.

Daß Österreich (noch) Teil der militärischen Strategie des US-Imperialismus ist, wurde zur selbstverständlichen Alltäglichkeit. Die Sozialdemokratie schafft die notwendige Ruhe und Ordnung dafür.

Auch die jahrelangen Lieferungen von GHN-45 Kanonen der ehemaligen staatseigenen Kanonenfabrik NORICUM sowohl an den Irak als auch an den Iran während des 1.Golfkrieges legte den wahren imperialistischen Charakter der Sozialdemokratie offen; sie schafft nicht nur Ruhe und Ordnung in den imperialistischen Zentren sondern ist selbst Teil der Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik gegenüber den Völkern des Trikonts.

Auch für die Sozialdemokratie gilt: Krieg und Leichen immer noch Hoffnung der Reichen.

Auch darüber ist es unerläßlich, das Schweigen zu durchbrechen !

2 Tage vor dem Besuch Vranitzkys in Graz, am 17.1.93 (dem zweiten "Jahrestag" des Beginns des militärischen Krieges gegen den Irak) bombardierte die US-Luftwaffe erneut irakische Städte, darunter Basra und Bagdad. Auch dafür ist die österreichische Sozialdemokratie mitverantwortlich.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !

ERST DER KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS SCHAFFT DIE VORAUSSETZUNG FÜR DIE BEFREIUNG DER AUSBEBEUTETEN MASSEN !!

Apropos Fremdengesetz

Gestern, am 8.1.1993 wurde die Praxis geübt. Gegen 23 Uhr stürmten Polizisten verschiedener Abteilungen, darunter Alarmabteilung und Zivilpolizisten den 4. Stock des antifaschistischen Zentrums Ernst-Kirchweger-Haus, 10. Gudrunstraße/Wielandgasse.

Der angebliche Grund dieser - nicht legitimierten - Hausdurchsuchung war ein Überfall eines jugoslawischen Staatsbürgers auf eine Billa-Filiale. Durchsucht wurden allerdings die Räume, in denen kurdische Menschen wohnen. Und damit kein Zweifel aufkommt: eine Wohnung im selben Stock, die von einem Österreicher bewohnt wird, blieb weitgehend unangestastet.

Daraus schließen wir, daß es der Polizei hauptsächlich darum ging, das neue Fremdengesetz exemplarisch an einem Haus zu exekutieren, das dafür bekannt ist - sich auch selbst so deklariert hat -, Flüchtlingen oder auch anderen ausländischen Menschen Unterkunft zu gewähren.

Wie sieht diese Hausdurchsuchung nach dem neuen Fremdengesetz praktisch aus:

Ca. 20 Uniformierte der Alarmabteilung in Begleitung von etlichen Zivilbeamten stürmen den 4. Stock des Ernst-Kirchweger-Hauses und konzentrieren sich sofort auf die linke Seite dieses Stockwerks. Offensichtlich wissen sie, wo sie zu suchen haben. (Daß sie den Gesuchten dort nicht finden werden, war genauso offensichtlich.) Sie stürmen alle Zimmer, verschlossene Türen werden mit einem Vorschlaghammer zertrümmert. Alle Bewohner müssen sich am Gang aufstellen, die Hände an der Wand, hinter ihnen ein Bulle mit der gezogenen Waffe. Ein Kurde wird festgenommen, weil er sich nicht ausweisen kann.

Die Bullen verschließen die Zimmer von innen (mit ihren Handschellen) und verwüsten sie. Sie zeigen den Leuten einen Paß des Gesuchten und fragen, ob diese den kennen. Zwei Leute werden geschlagen, weil sie weder die Frage verstehen noch - deswegen - darauf antworten (können). Mindestens fünf der Uniformierten sind mit sogenannten "Haßkappen" vermummt.

Inzwischen kommt ein Gemeinderat der Grünen zum Ernst-Kirchweger-Haus. Er wird erst reingelassen, als er sich als Gemeinderat ausweist. Ein Bewohner, der sich als Mietervertreter deklariert, wurde zuvor gar nicht ins Haus gelassen. Die Bullen fotografieren das Haus (es sind 3 - 4 Bullenfotografen unterwegs), wo sie hinkommen. Es geht ihnen anscheinend weniger um die Leute, sondern mehr darum, das Haus von innen kennenzulernen. Außerdem beschlagnahmen sie Material:

* Spritzen (von einer kranken Person, die diese dringend braucht. Soll wohl wieder Rauschgift werden.)

* politische Flugblätter und Broschüren.

Der Befehl für diese Hausdurchsuchung kam anscheinend von dem zuständigen Journalrichter im LG, Dr. Rögner; ein HD-Befehl wurde niemand gezeigt.

Sofortige Freilassung des Verschleppten
Weg mit den rassistischen Sondergesetzen
Hinter dem Faschismus steht das Kapital, der Kampf um Befreiung ist international

Der festgenommene Kurde, Nihat, wird zuerst aufs Kommissariat Wien 10 gebracht, danach in den Abschubhäfen auf der Rossauer Lände. Nihat stellt sofort Antrag auf Asyl (er ist wenige Stunden vor der Razzia erst nach Österreich eingereist), bleibt aber in Haft, obwohl es sowohl eine Wohnmöglichkeit für ihn gibt als auch Leute für ihn bürgen.

Tage später wird er in den Schubhäfen am Hernalser Gürtel (ehemaliges gerichtliches Gefangenenhaus) überstellt, wo er bis heute sitzt.

Seit Fr., 20.2.93 befindet sich Nihat im unbefristeten Hungestreik für seine sofortige Freilassung.

Schreibt ihm, besucht ihn: 8., Hernalser Gürtel 6-12 (N. spricht nur türkisch). Protestiert beim Innenministerium gegen die Abschiebungen.

Einige Infos zum LG II (Hernalser Gürtel)

In dieser Bruchbude sitzen ständig ca. 80 bis 120 Schubhäftlinge. Permanent sind Leute im Hungerstreik aus Protest gegen ihre Anhaltung und geplante Abschiebung. Die Ärzte "kümmern" sich um die Gefangenen insofern, als sie den Bullen sagen, welche Hungerstreikenden sich in einem kritischen Zustand befinden. Diese Leute werden dann manchmal einfach auf die Straße gesetzt (im Häfen darf niemand sterben?!), landen zumeist in einem Krankenhaus, und werden, wenn sie wieder hergestellt sind, zurück in den Schubhäfen gebracht.

Wir wissen von mindestens fünf Hungerstreiks in den letzten Wochen, alle diese Gefangenen wurden mit Essenden zusammengelegt und dürfen sich noch zynische Kommentare von Bullen und Ärzten anhören: "Wenn es dir schlecht geht, solltest du was essen".

Negrea Adrian (s.S. 6) wurde am 19.2.93 nach 30 Tagen Hungerstreik und 3 Tagen zusätzlichem Durststreik endlich freigelassen. Er hatte 19kg verloren und wog nur noch 51kg. Seine Entlassung bedeutet aber nicht, daß er jetzt Asylstatus hätte.

Den Gefangenen werden pro Woche höchstens öS 100,-- ausgehändigt, womit sie kaum zusätzliche Verpflegung (vor allem Brot), geschweige denn Zigaretten etc. kaufen können. Wenn sie mehr Geld haben, so wird das beschlagnahmt, um damit eventuelle Kosten ihres Abschubs zu begleichen!

Um Nihats Anwalt bezahlen zu können, gibt es im Rahmen der Rechtshilfe-Disco am 18.3. ein Fest für Schubhäftlinge im EKH, 1100 Wielandgasse 2-4.

Bericht aus der Schubhaft

Ich heiße Negrea Adrian, und bin seit mehr als einem Jahr staatenlos. Ich habe meine Staatsbürgerschaft nicht selbst aufgegeben, wie es im Beschluß der Bezirkshauptmannschaft bezüglich meiner Anhörung heißt, sondern sie wurde mir in der BRD, wo ich 1990 einen Asylantrag gestellt habe, von der rumänischen Botschaft in Bonn entzogen.

Am 1. Mai beantragte ich in Berlin (BRD) politisches Asyl - das als Folge zweier Verhaftungen - eine im August '89 und die andere im April '90. Beide Verhaftungen hatten politische Hintergründe, bei der zweiten gab es sogar Augenzeugen, und zwar deutsche Staatsbürger, die in Rumänien zu Besuch waren. Die beiden Augenzeugen waren bereit, in der BRD meine Verhaftung im April zu bezeugen. Sie wurden trotz meiner Bemühungen nicht zum Prozeß vorgeladen. Im Oktober '90 erhielt ich von der rumänischen Botschaft ein Schreiben, in dem mir ausdrücklich angeordnet wurde, die rumänische Staatsbürgerschaft aufzugeben. Als Begründung wurde angegeben, daß ich schwere Anschuldigungen und Beleidigungen der rumänischen Regierung und ihrem Staatschef gegenüber gemacht hätte. Zusätzlich sollte ich 730,- DM als sogenannte Konsulargebühr zahlen. Weiterhin besagte das Schreiben, sollte ich den genauen Anweisungen nicht Folge leisten oder in irgendeiner Weise Hinweise über den Inhalt des Briefes geben oder eine Kopie behalten und weiter geben, oder sollte ich das Geld nicht zahlen, "bekäme" ich "Besuch" und nichts könne die Entscheidung der Botschaft ändern.

Ungefähr 1 Jahr nach dem Eingang meines Asylantrags gelang es mir durch einen deutschen Freund, eine Einladung für meine Familie (Frau und Kind) zu bekommen. Ich stellte für die beiden ebenfalls einen Asylantrag. Mein Rechtsanwalt hat jedoch die Sache nicht gut in den Griff bekommen, ich weiß nicht, ob es Absicht oder Nachlässigkeit gewesen ist, und ich wurde, obwohl ich gearbeitet habe und mich durch nichts strafbar gemacht habe (Hinweis: man kann ein Polizeiführungszeugnis beantragen), nach Rumänien abgeschoben. Meine Frau und mein Kind verließen die BRD gleich nach dem abweisenden Bescheid, während ich blieb, um erneut den Rechtsweg zu beschreiten. Es kam nicht mehr dazu, weil ich ohne jegliche vorherige behördliche Benachrichtigung, daß ich Deutschland zu verlassen hätte, aus meiner Wohnung geholt, ins Flugzeug gesetzt und abgeschoben wurde. Meine ganzen Sachen blieben zurück: ein Farbfernseher, eine teure Stereoanlage, ein Computer, Möbel für drei Zimmer, mein PKW uva. Die Abschiebung war möglich, weil die Ausländerbehörde meinen Reisepaß hatte, den ich beim Einreichen meines Asylantrags in Berlin habe abgeben müssen. Das geschah am 28. Sept. '92.

Im Flughafen Otopeni-Bukarest versuchte ich einen ganz unauffälligen Eindruck auf die rumänischen Zollbeamten zu machen, doch sie bemerkten sofort den Abschiebungsstempel in meinem Paß und ich mußte genaue Angaben über meinen rumänischen Wohnsitz, über die Aufenthaltsdauer in der BRD und über das mitgebrachte Geld machen. Ich verschwieg die Sache mit der Staatsangehörigkeit, um weitere Probleme zu vermeiden - zwei Stunden wurde ich verhört. Zwei Wochen später kam eine Einladung zur städtischen Polizei. Ich mußte Angaben über meinen Asylantrag, über meine Tätigkeit in der BRD und über den Verlust der Staatsbürgerschaft machen. Dazu erklärte ich nur, daß all das der Polizei bekannt sein müsse, sowie es bekannt war, daß ich abgeschoben worden bin. Danach wurde der Beamte wütend und er schlug mich mit einem Gummiknüppel auf den Rücken. Auf meinem Rücken bildeten sich Bläschen, aus denen Blut sprudelte. Ich wurde am selben Tag freigelassen. Ende November '92 kamen in zivil gekleidete, gut gebaute Männer in unsere Wohnung und wiesen sich als Polizeibeamte aus. Sie hatten einen Durchsuchungsbefehl und wollten unser Zimmer durchsuchen. Sie beschlagnahmten meinen Reisepaß und meinen Geburtsschein - die einzigen Papiere, die meine rumänische Identität noch bezeugen konnten. Außerdem nahmen sie von meinem Geld 200 DM (umgerechnet 4 rumämische Monatsgehälter). Ich hatte 10 Hundertmarkscheine im Schrank. Ich bemerkte das sofort und verlangte eine Erklärung oder eine Quittung. Darauf wurde ich vor den Augen meiner Frau und meiner 3jährigen Tochter geschlagen. Meine Mutter konnte auch nichts unternehmen. Es war eine Tragödie, alle weinten, und ich konnte nichts dafür. Vor Weihnachten wurde ich wieder zur Polizei gerufen. Ich zeigte die Ladung vor und wurde zum zuständigen Offizier gebracht. Er verlangte von mir, ich solle mich ausweisen. Ich erzählte ihm, daß mir Paß und Geburtsschein von zwei Polizeibeamten abgenommen wurden. Er schlug mich erneut auf dieselbe Weise wie voriges Mal und bestrafte mich mit einer Geldstrafe, weil ich mich der Polizei gegenüber nicht ausweisen konnte. Den Zettel habe ich als Beweismittel. Ich wurde noch befragt, warum ich der Ladung im April '90 nicht nachgekommen war und über meinen Asylantrag und meine Saatsbürgerschaft. Meine Antwort war die gleiche. Er versicherte mir, die rumänische Staatsbürgerschaft nie wieder erlangen zu können. Ich hätte kein Recht, in Rumänien zu wohnen, zu arbeiten oder ärztliche Behandlung zu erhalten. Das letzte und einzige Recht, das ich noch besässe, sei das Recht auf Gefängnis - und ich sollte nicht vergessen, daß mein Reisepaß bereits bei meiner Einreise nach Rumänien ungültig war. Ich existiere in diesem Land nicht und die rumänische Medizin habe Versuchspersonen dringend nötig. Als ich danach freigelassen wurde, brachte ich meine Frau und mein Kind zu einem Freund und verließ Rumänien auf illegale Weise am 31.12.1992. Ich kam über Ungarn nach Österreich und beantragte in Traiskirchen beim Bundesasylamt politisches Asyl. Am 12.1.1993 ließ ich mich vom Arzt untersuchen. Nach mehr als 2 Wochen waren die Spuren der polizeilichen Mißhandlungen nicht verschwunden, sondern deutlich vom Arzt erkannt und bescheinigt. Meine Aussage vor dem Asylamt wurde nicht richtig gedeutet und ich wurde bei Erhalt des abweisenden Bescheids gleich in Schubhaft gesetzt. Damit wurde mir das Recht, innerhalb von 2 Wochen eine Berufung an das Bundesasylamt zu stellen, von den Beamten, die den Schubhaftbefehl zugestellt hatten, genommen.

Eine Abschiebung in die BRD oder Ungarn hätten als Folge die weitere Abschiebung nach Rumänien. In Rumänien sind mein Leben und meine Freiheit in äußerst großer Gefahr, weil ich wegen doppelten illegalen Grenzübertritts verhaftet werde, oder in einer Nervenanstalt als Versuchsperson benützt werden kann und niemals lebend da rauskommen würde. Wäre das trotzdem der Fall, würde ich mir selber das Leben nehmen. Meiner Familie würde ich so weniger Leid zufügen.

Eine Abschiebung in die BRD ist ebenfalls sehr gefährlich, weil ich in Deutschland alle Rechtswege versucht habe und als Staatenloser abgeschoben worden bin. Sogar Augenzeugen, die meine politische Tätigkeit kannten und sie vor Gericht bezeugen wollten, sind nicht vorgeladen worden. Außerdem werden in Deutschland schon seit 1986 rumänische Staatsbürger oder Staatenlose nicht als asylberechtigt anerkannt, sondern abgeschoben. Eine Abschiebung in die BRD würde eine Abschiebung nach Rumänien zur Folge haben.

Eine Abschiebung nach Ungarn wäre aus folgenden Gründen nicht möglich: Rumänien und Ungarn sind schon seit der Ceaucescu-Zeit verfeindet, weil Ungarn die Menschenrechtsverletzungen in Rumänien kritisiert hat. Rumänien wehrte sich gegen diese Kritik und beschuldigte Ungarn, sich einen Teil Rumäniens (Transilvanien) einverleiben zu wollen. Die derzeitige Regierungspartei führt nun die gleiche antimagyarische Politik fort und beschuldigt weiterhin Ungarn, sich Transilvanien einverleiben zu wollen. Dabei will die Regierungspartei (FDSN) die Fürsorge für das Wohlergehen des Volkes vortäuschen, um an der Macht zu bleiben, ebenso der Präsident. Weil diese Partei sich jedoch in ihrem Parteiprogramm nicht als antiungarisch aufführen konnte, wurden gleich zwei alliierte Parteien gegründet, die sich der führenden angeschlossen haben. (Hinweis: Man sehe sich das Parteiprogramm der "Romania Mare" und "Romaneasca"-Partei an).

Wegen der unwahren Anschuldigungen dürfen Rumänen seit dem 1.1.93 nur mit Visum oder in Begleitung eines Reiseführers als Reisende ungarisches Territorium betreten. Wird ein Rumäne in Ungarn ohne Visum aufgefangen, wird er nach Rumänien abgeschoben.

Es ist offensichtlich, daß ich im Falle einer Abschiebung nach Ungarn gleich den rumänischen Grenzpolizisten übergeben würde. Wäre ich Angehöriger einer ungarischen Volksgruppe aus Rumänien, hätte man Verständnis für meine Lage gehabt.

(Anm.: Für den Fall, daß er bis 15.2.93 nicht freigelassen wird, kündigte Negrea Adrian an, in den Durststreik zu treten.)

Komitee für die Gefangenen vom 27.11.92

Der österreichisch "demokratische" Staat und der türkische faschistische Staat versuchen gemeinsam, die kurdische und türkische Linke zu vernichten!

Der nationale Sicherheitsrat der türkischen Republik hat nach der Sondersitzung am 27.8.92 in Diyarbakir mit einer offiziellen Erklärung kategorisch verkündet: "Die Kurden werden überall, in den Bergen, auf dem Land, in der Stadt, im In- und Ausland verfolgt werden." Dazu folgendes Zitat aus der Tageszeitung 'Hürriyet': "Der Beschluß des nationalen Sicherheitsrates gibt für gezielte Tötungsaktionen im Ausland grünes Licht. Zielpersonen und -einrichtungen sind solche, die im Ausland für die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes in Nord-Kurdistan arbeiten, die Geld sammeln oder spenden, öffentlich auftreten usw. Dabei wird auf die erfolgreiche Liquidierungspolitik Israels gegen die PLO hingewiesen ..., in dieser Phase fand ein 'intensiver Informationsaustausch' mit ausländischen Geheimdiensten statt."

Jedes Jahr finden Spendensammlungen statt, sowohl von revolutionären Linken als auch von Moscheen. 1992 verstärkte die Polizei in einigen westeuropäischen Staaten ganz im Sinne des türkischen Sicherheitsrates die Angriffe auf die türkische und kurdische Linke in ganz Westeuropa, wobei die Anklagen direkt der Vorgabe durch den türkischen Sicherheitsrat folgen: "Erpressung" im Zusammenhang mit Spendensammlungen. Der türkische Staat organisiert seine antirevolutionäre Kampagne über seine Konsulate, faschistische Vereine und Moscheen: Die Zeugen der Anklage kommen meist aus dem rechten türkischem Spektrum oder sind direkt Konsulatsmitglieder. Die Anklagen werden von Medienkampagnen voll von massiven Vorverurteilungen und rassistischer Hetze begleitet, die sich nicht nur gegen die politischen Gefangenen selbst, sondern auch gegen die Strukturen der türkischen und kurdischen Linken richtet: Verstärkt werden "Ausländerclubs" als illegal gebrandmarkt, die Medien fordern massiv deren Schließung.

In den folgenden, uns bekannten Fällen wurde immer nach dem gleichem Muster vorgegangen:

In **Innsbruck** wurden zwei Leute zu je 2½ Jahren verurteilt. Der Kronzeuge der Anklage ist ein bekannter Mitarbeiter des türkischen Konsulates.

In **Salzburg** wurde im November 1992 ein Antifaschist verhaftet und sitzt seither in U-Haft.

In **Frankreich** wurden Ende 1992 gegen fünf türkische Linke Verfahren eröffnet.

In der **Schweiz** wurden im Jänner 1992 fünf Symphatisanten der Zeitschrift 'Mycadele' verhaftet, angeklagt und zehn Monate in Untersuchungshaft festgehalten. Der Prozeß ist noch nicht beendet. Der Kronzeuge steht im Verdacht, ein Polizeispitzel zu sein.

In **Wien** wurden am 29.11.1992 fünf Personen, Symphatisanten der ATIGF, von der Polizei verhaftet. Vier von ihnen wurden beim Polizeiverhör geschlagen. Den Angehörigen wurde 5 Wochen lang das Gespräch und der Besuch verweigert, der Anwalt durfte nur mit einem der fünf sprechen. Die Medien schlagzeilten: "Ausländischer Erpresserring aufgeflogen".

Die U-Richterin ist Partik-Pable, Sicherheitssprecherin der FPÖ, der Partei, die für ihre AusländerInnenfeindlichkeit bekannt ist. Die Belastungszeugen sind bei einer (verhinderten) Veranstaltung eines faschistischen Abgeordneten aus der Türkei, die dieser in Linz abhalten wollte, mit den Faschisten gesehen worden.

Nach der Verhaftung wurden äußert brutale Hausdurchsuchungen vorgenommen. In einer Wohnung wurde die Tür von der Polizei mit Pistolenschüssen aufgebrochen. Drei Wochen später stürmten Anti-Terror-Einheiten das Ernst-Kirchweger-Haus (ein besetztes Haus, in dem viele politisch verfolgte Kurden und Türken wohnen), brachen die Zimmertüren mit Vorschlaghämmern auf, obwohl die BewohnerInnen ihre Schlüssel hergeben wollten, zerstörten gezielt die Zimmer von vermeintlichen Symphatisanten der ATIGF und beschlagnahmten Kisten mit Flugblättern und Büchern.

Diese Angriffe muß die gesamte Linke zurückweisen!

Sie sind eine Unterstützung der faschistischen Machthaber in der Türkei durch die westeuropäischen Behörden in ihrer Verfolgung von revolutionären Parteien. Gleichzeitig sind sie eine Drohung gegen alle, sich ja nicht zu organisieren.

Solidarität mit dem türkischen und kurdischen Befreiungskampf!

Sofortige Freilassung der politischen Gefangenen!

Sofortige Einstellung der laufenden Verfahren!

Stopp dem Polizeiterror gegen Einwanderer!

Demo zum Schubhäfn und zum LG 1 am Samstag, 28.2.93, Treffpunkt: 16., Yppenplatz, 13 h

Aus: Öffentliche Sicherheit 1-2/93 (Organ der Österreichischen Bundespolizei)

"Kriegsfreiwillige"

Österreichische Söldner in Jugoslawien riskieren den Verlust der Staatsbürgerschaft

Abenteurer und Rechtsextremisten aus Deutschland, Dänemark, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Holland und Österreich kämpfen als Söldner in Freischärlerverbänden, sowie bei den kroatischen und serbischen Streitkräften.

Für den "kroatischen Befreiungskampf" angeworben wurden (und werden) die vorwiegend jungen Krieger nicht nur durch die jeweiligen Armeen, sondern auch durch rechtsextremistische Gruppierungen im In- und Ausland.

In einem mehrsprachigen Rundschreiben hatte beispielsweise ein bekannter Wiener Rechtsextremist und Führer der "Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition - VAPO" vor seiner Verhaftung Gleichgesinnte für ein "Freiwilligen-Sanitäts-Korps" für Kroatien geworben - zweifelsfrei eine Umschreibung für einen Söldnereinsatz.

Auch bei Veranstaltungen und sonstigen Treffen, sowie propagandistisch, wird in der rechtsextremistischen Szene um Sympathie und Unterstützung für Kroatien geworben.

Vor einigen Monaten wurden in den Niederlanden Flugblätter der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei/Auslandsorganisation" (NSDAP/AO) verbreitet, in denen zu einem Treffen mit Angehörigen der kroatischen Befreiungsbewegung "Hravatski Oslobodilacki Pokret" (HOS) aufgerufen wurde.

Die Druckwerke wurden vom US-amerikanischen Nazi-Führer Garry Lauck in mehreren Sprachen hergestellt (Die NSDAP/AO ist in den Vereinigten Staaten nicht verboten). Im Flugblatt war ein Postfach in Österreich als Kontaktadresse angeführt.

Einige österreichische und deutsche Rechtsextremisten folgten dem Aufruf ihres nach dem Verbotsgesetz angeklagten "österreichischen Führers" und griffen als Söldner für Kroatien zu den Waffen. Einige von ihnen präsentierten sich auch stolz vor ausländischen Fernsehteams.

Während die meisten Rechtsextremisten den Kriegseinsatz unversehrt überstanden, verunglückten einige bei der Rückfahrt in Kärnten mit dem Auto. Ein Österreicher wurde dabei getötet, ein Franzose und ein Niederländer wurden schwer verletzt.

Was viele der heimischen Rechten wahrscheinlich nicht wissen: Neben möglichen strafrechtlichen Konsequenzen droht ihnen der oft weitaus schwerer wiegende Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft. Denn gemäß 32 des Staatsbürgerschaftsgesetzes ist die zuständige Landesregierung verpflichtet, ein Verfahren zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft einzuleiten, wenn ein Österreicher in den Militärdienst eines anderen Staates eintritt.

Derzeit laufen gegen fünf österreichische Ex-Söldner derartige Verfahren, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auch mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft enden werden.

Nicht alle Söldner sind Rechtsextremisten. Auch aus kriminellen Motiven (Waffendiebstahl und -schmuggel) und aus nationalen Gründen (Österreicher kroatischer Abstammung) wird mitgekämpft. Tragisch ist das Schicksal eines 20jährigen Vorarlbergers. Der labile Bursche ließ sich als Söldner nach Kroatien anwerben, weil er die zerrüttete Ehe seiner Eltern und die ständigen Drohungen seines Vaters nicht mehr ertragen hatte. Nach der Rückkehr verübte er mit einer vom Kroatieneinsatz stammenden Pistole Selbstmord.

Max Schleifer

Zwei Redebeiträge auf der Anti-Rassismus-Demo vom 23.1.1993

PERSILSCHEIN*

Hiermit wird bestätigt, daß Herr/Frau .... sich am 23.1.1993 in Wien für die Würde des Menschen und "Anständigkeit zuerst" eingesetzt und damit seinen/ihren Beitrag gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus geleistet hat.

Diese vorbildliche Haltung trägt zur Stärkung der Allianz der Vernunft bei und stellt einen würdigen Rahmen für die Verschärfung der Asylgesetzgebung dar.

Alles weitere regeln Staatsgewalt und Parteiführung.

i. A. A. Löi

BÜRO FÜR STAATSSCHUTZ · WIEN · 23.1.93

*len, mindestens 10 Jahre lang und auf Verlangen entsprechen-zeigen. Gilt nur für Inhaber!

An der Demonstration beteiligten sich an die 10 000 TeilnehmerInnen, der internationalistische Block war einer der größten in der Demo. In den Medien ging die Veranstaltung zugunsten des am selben Tag begangenen "Lichtermeers" - natürlich - unter, sie wurde schlichtweg verschwiegen. Über die Lichtermeer-Aktion von "SOS-Mitmensch" - eine äußerst prominent besetzte "Plattform für völkischen Schulterschluß - gegen die Spaltung zwischen oben und unten - gegen wirksamen Antirassismus und Klassenkampf" findet ihr seitenweise Ergüsse von Krone bis Tatblatt, mich hat die Sache angekotzt und ich habe keinen Bock, was dazu zu schreiben; der "Persilschein" wurde von einigen vom antiimperialistischen Block beim Lichtermeer verteilt.

Ein Teil der Mobilisierung gegen das Haider-Volksbegehren war das "Querformat", eine DIN-A-3-Wandzeitung, die in Wien geklebt wurde. Eine Kritik daran findet ihr nach den Redebeiträgen.

Das Lichtermeer hat - wer hätte anderes erwartet - die herrschende Politik in keiner Weise gestoppt, die Grünen, allen voran Pilz, brüsten sich jetzt damit, 200 000 auf die Straße gebracht zu haben. Aber die Abschiebungen und Razzien gehen weiter, kaum wer redet von den Bedingungen in den Schubhäfen, wo Flüchtlinge bis zu 6 Monaten - legal, illegal noch länger - sitzen und auf ihre Auslieferung warten sollen. Die wehren sich inzwischen, machen Hungerstreiks und suchen Öffentlichkeit.

Rede der IGARA (Anfangskundgebung)

Die rassistischen Ausländergesetze sind eine wichtige Einschränkung der demokratischen Rechte.

Österreich ist eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie, das Kapital herrscht unumschränkt, aber unter dem Mantel der Demokratie. Das heißt aber keineswegs, daß unser System durch eine dicke Mauer vom Faschismus getrennt ist.

Bürgerliche Demokratie und Faschismus sind zwei mögliche Herrschaftsformen der Bourgeoisie. Insbesondere in Zeiten der Krise werden Elemente des Faschismus hervorgeholt und wiederbelebt, die Faschisierung der Gesellschaft vorangetrieben.

Die Neufassung der sog. "Ausländergesetzgebung" in den letzten Jahren ist ein Beispiel dieser auf verschiedensten Gebieten vorangetriebenen Faschisierung:

Nach 1945 wurden wesentliche Teile der "Fremdengesetze" praktisch wörtlich aus der Nazizeit übernommen und die Novellierungen der 70er und 80er Jahre brachten nur Anpassungen -- in fast allen Fällen aber Verschärfungen.

In den letzten Jahren wurde jedoch das gesamte sog. Ausländerrecht neu gestaltet und ein ganzes Gesetzespaket verabschiedet, das lückenlos aufeinander abgestimmt ist:

das Ausländerbeschäftigungsgesetz, Bundesbetreuungsgesetz, Asylgesetz, Fremdengesetz, Aufenthaltsgesetz und vieles andere mehr.

Gemeinsam und kennzeichnend für alle diese Gesetze ist, daß diese fast ausschließlich Bestimmungen über Zwangsmöglichkeiten des Staates zur Einschränkung demokratischer Rechte der betroffenen Menschen enthalten. Wo hingegen in den Gesetzen von demokratischen Möglichkeiten der Betroffenen die Rede ist, handelt es sich durchwegs um Kannbestimmungen, auf die kein Rechtsanspruch besteht und die quasi als Almosen einzelnen Menschen zugestanden werden können. Beispiele dafür sind Aufenthaltsgenehmigung, Arbeitsgenehmigung, Bundesbetreuung. Ein Vielfaches der Paragraphen betrifft allerdings den Ausschluß vom Asyl, von der Bundesbetreuung, der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung usw.

Im Gegensatz zu früher gibt es praktisch keine Lücken mehr, in denen -- auch noch so schwächliche und vage -- internationale Menschenrechtserklärungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention praktisch wirksam werden könnten.

Die rassistische Ausländergesetzgebung richtet sich direkt gegen einen wichtigen Teil der Arbeiterklasse, denn die meisten Beschäftigten ohne österreichischen Paß leisten schwere körperliche Arbeit und gehören zu den Kernschichten des Proletariates. Nicht zufällig sind die KollegInnen aus anderen Herkunftsländern oft auch klassenkämpferischer und besser organisiert.

Und weil wir gerade dabei sind über Rassismus, Faschisierung der Gesellschaft und deren Gesetze zu reden, müssen wir hier darauf aufmerksam machen, daß es gerade die organisierten linken Gruppen, Vereine und Personen aus Türkei und Nordkurdistan sind, die am meisten zum Kampf beitragen und beitragen können, die überfallen, verhaftet, eingesperrt und deportiert werden.

Das heißt, daß eine Kriminalisierungskampagne zur Zerschlagung fortschrittlicher Organisationen aus Türkei und Nordkurdistan begonnen hat,

* konkret, daß mit konstruierten Verleumdungen und Haftbefehlen in Zusammenarbeit mit der türkischen Botschaft Sympathisanten fortschrittlicher Organisationen aus der Türkei und Nordkurdistan zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt werden,
* so wie das auch der Fall ist bei den Verhaftungen und den empörenden Verurteilungen zweier fortschrittlicher Kurden, die in Innsbruck unter folterähnlichen Bedingungen in Haft gehalten wurden, um ihren Hungerstreik (Todesfasten) zu brechen;
* wie das der Fall war beim Überfall der Polizei auf den Kurdenbereich im Ernst-Kirchweger-Haus am 10. Jänner;
* und wie das ebenso der Fall ist, wenn die Linzer Ereignisse vom Jänner 1993, die vom SP-Minister zum Anlaß genommen wurden, um ein Versammlungsverbot für türkische StaatsbürgerInnen zu verhängen;

Durch das Polizeibefugnisgesetz, das Meldegesetz, das Militärstrafgesetz usw. wird in wesentlichen Bereichen der ohnehin geringe bürgerlich-demokratische Spielraum für alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte immer weiter eingeengt. Aber für diejenigen ohne österreichische Staatsbürgerschaft ist die Demokratie bereits mehr oder weniger beseitigt!

Wenn es den ArbeiterInnen und Werktätigen egal welcher Nationalität nicht gelingt, der völligen Entrechtung (eines Teils von ihnen) offensiv entgegenzutreten, wird die Faschisierung der gesamten Gesellschaft unaufhaltsam vorangehen und die noch verbliebenen bürgerlich-demokratischen Errungenschaften Schritt für Schritt unter der Offensive des Kapitals fallen.

Kampf der staatlichen Faschisierungspolitik!

ProletarierInnen aller Länder vereinigt euch!

Hoch die Internationale Solidarität!

Redebeitrag des Internationalistischen Blocks bei der Schlußkundgebung

Rassismus ist nicht bloß Haider
Rassismus ist nicht bloß Löschnak
Rassismus ist nicht bloß der Wirtshaustisch
Rassismus ist mehr als Ausländerhetze und Ausländergesetze

Rassismus ist eine pseudowissenschaftliche Theorie, die im Auftrag der Unterdrükker entwickelt wurde, um die Unterdrückten leichter niederhalten zu können, eine Scheintheorie, für deren Entwicklung die kapitalistischen Ausbeuter viel Geld bezahlt haben:

Schon im Jahr 1900 hat der berüchtigte deutsche Waffenproduzent KRUPP eine riesige Geldprämie ausgesetzt für die beste Arbeit zum Thema "Natürliche Zuchtwahl, innenpolitische Entwicklung und staatliche Gesetzgebung".

Insbesonders während der Zeit des deutschen Nazifaschismus wurden tausende pseudowissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht, die beweisen sollten, daß es verschiedene Menschengruppen gebe, die von Geburt an verschieden hoch entwickelt seien.

Und das hat das Denken der Österreicher bis heute tief beeinflußt.

Auch heute werden immer wieder offen rassistische Theorien, wie z.B. die von Eibel-Eibesfeld nicht nur von FP-Publikationen verbreitet, sondern auch von SP-nahen Zeitschriften. So heißt es in der ÖGB-Zeitung 'Solidarität' vom Oktober 1992:

"Die Abwehrhaltung, die ihnen *(den AusländerInnen)* entgegengebracht wird, beruht zum Teil auf uralten Instinkten... Eine Ethnie, die eine andere Ethnie *(früher hieß es Rasse!)* die Zuwanderung erlaubt, tritt damit de facto Land an sie ab. Sie schränkt ihre eigene Fortpflanzungsmöglichkeit zu Gunsten eines anderen Volkes ein, denn die Tragekapazität eines Landes ist begrenzt..." **Das steht schwarz auf weiß im ÖGB-Massenblatt 'Solidarität' 10/1992.**

Wenn die FP in ihrem Faltblatt zum "Volks"begehren mit Vranitzky- und Hesoun-Zitaten beweisen möchte, daß auch diese SP-Politiker Rassisten sind, so hat sie recht. Denn auch die wollen die Menschen, die zufällig nicht in Österreich geboren sind, zu Menschen 2. Klasse degradieren, illegalisieren, einzusperren, deportieren und ihren Henkern ausliefern.

Wie kann mit solchen Leuten gemeinsam gegen Rassismus demonstriert werden? Und wer den Organisatoren von SOS-Mitmensch glaubt, daß ein "Lichtermeer der wunderbaren Art" die rassistische Hetze und die ständige Faschisierung stoppen kann, unterschätzt ihre Gefährlichkeit und Tiefe.

Der Rassismus wird insbesondere in der Krise von der herrschenden Klasse bewußt eingesetzt, um die Arbeiterklasse und das werktätige Volk vom Kampf gegen das Ausbeutersystem abzuhalten, zu spalten, gegeneinander und gegen andere Völker aufzuhetzen.

Etwa 10 rassistische Brandanschläge im letzten halben Jahr und zehntausende vom Militär aufgegriffene, von der Zollwache zurückgewiesene und von der Fremdenpolizei abgeschobene Flüchtlinge und Arbeitsuchende zeigen nur umrißhaft die Ausmaße des Rassismus im heutigen Österreich. Der Jubel in den österreichischen Medien über imperialistische Massenmorde, wie im Irak, ist die andere Seite des Rassismus.

Der Rassismus kann nur durch den praktischen gemeinsamen Kampf der Werktätigen, der Arbeitslosen, der fortschrittlichen StudentInnen und SchülerInnen -- gleich welcher Nationalität -- zurückgedrängt werden.

Der Rassismus kann nur geschlagen werden im unversöhnlichen Kampf gegen Sozialabbau, Wohnungsnot und alle anderen Übel des Kapitalismus und für den Sturz der Herrschaft der kapitalistischen Unterdrükker- und Ausbeuterordnung.

Kämpft gegen den tagtäglichen Rassismus im Betrieb, in der Schule, auf der Straße!
Kämpft gegen Abschiebungen und gegen die rassistischen und sexistischen Sondergesetze!
Weg mit allen rassistischen Sondergesetzen!
Gemeinsam gegen Lohndruck und Mietenwucher!
Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll zum Rassismus schweigen!
Werktätige aller Nationalitäten in eine Kampffront gegen das Kapital!
Wir vom Internationalistischen Block rufen euch alle auf, gleich anschließend zur Uni zu gehen, von wo wir während der Lichterlkette den Ring entlang gehen werden.

Erst wenn das Querformat die reformistische Brille ablegt,

wird es den Zusammenhang zwischen Rassismus und Kapitalismus erkennen...

(Zum Querformat Nr.2, Jänner 1993)

Um es gleich klarzustellen: Wir meinen, daß es nicht möglich ist, dem Rassismus überzeugende Argumente entgegenzusetzen, ohne revolutionäre Perspektiven zu propagieren. Wer keine Alternative zu diesem System aufzeigt, kann auch die rassistischen *"Erklärungen"* nicht wirklich widerlegen.

Der Rassismus ist eine pseudowissenschaftliche Theorie, die die Aufgabe hat, das Elend im Kapitalismus zu *"erklären"* und damit von den Widersprüchen im kapitalistischen System abzulenken. Aber auch Ihr lenkt mit euren reformistischen *"Verbesserungsmodellen"* von den gesellschaftlichen Widersprüchen des Kapitalismus ab. Insofern richtet sich unsere Kritik nicht gegen bestimmte Passagen des Querformats Nr.2, sondern halten wir den Ansatz grundsätzlich für verfehlt.

Der Jammer ist, daß das Querformat nicht kapiert hat, daß der Rassismus eine notwendige Begleiterscheinung und Stütze des Kapitalismus ist. Der Rassismus ist Teil der herrschenden Ideologie, deren Basis die kapitalistische Wirtschaft ist. Rassismus wird dazu benötigt, die bürgerliche Herrschaft abzusichern. Ihr aber stellt gegen den Rassismus wirtschaftliche Forderungen, ohne die Basis, die ihn hervorbringt, zu benennen, geschweige denn anzugreifen.

Ein Satz wie *"Erst wenn AusländerInnen und ÖsterreicherInnen die gleichen Rechte haben, kann es gerechte(?) Löhne und gute Arbeitsbedingungen geben!"* ergibt überhaupt nur einen Sinn, wenn damit der Sozialismus gemeint ist. Wird das aber verschwiegen, so wird den Leuten vorgegaukelt, daß es einen *"gerechten"* Kapitalismus geben könne, daß ohne gesellschaftliche Umwälzung (Revolution) *"gerechte Löhne"*, *"gute Arbeitsbedingungen"*, *"eine gerechte Wirtschaftsordnung"*, *"eine gerechte Aufteilung der notwendigen und sinnvollen Arbeit"* usw. erreichbar wären.

Warum haltet Ihr die LeserInnen für so blöd und hofft, daß sie eure Argumentation fressen, wenn Ihr nicht sagt, daß das im Kapitalismus undurchführbar ist?

Warum übernehmt Ihr die rassistische Gegenüberstellung *"wir ÖsterreicherInnen"* und *"die AusländerInnen"*, die sich durch euren ganzen Text zieht, anstatt die Gemeinsamkeiten aller Werktätiger - egal welcher Nationalität - zu betonen? Haltet Ihr das für eine besonders geschickte Art der Überzeugungsarbeit - oder was?

Bei dem untauglichen Versuch, den Rassismus ökonomisch anzugreifen, ohne das System in Frage zu stellen, ergeben sich zwangsläufig massenhaft Fehler, Widersprüche und andere Unsinnigkeiten (in der Reihenfolge ihres Auftretens):

Zur Frage "Warum werden so viele Menschen arbeitslos?"

Dazu werden drei (falsche) *"Erklärungen"* gegeben:

* *"immer weniger Menschen (arbeiten) als 'FacharbeiterInnen'"*;
* *"viele Unternehmer denken (daß sie)... am nächsten Eck einen anderen Trottel finde(n), der diese Arbeit um einen Hungerlohn macht"*;
* *"Betriebe in Österreich werden geschlossen und in Brasilien (usw.)... wieder aufgesperrt."*

Tatsächlich ist es aber so, daß die *"Vollbeschäftigung"* im Kapitalismus nur ein

Schlagwort zur Verblödung der werktätigen Massen ist.

Arbeitslosigkeit ist eine normale Erscheinung eines Wirtschaftssystems, das nur auf Profitmaximierung ausgerichtet ist, die sogenannte *"Vollbeschäftigung"* (d.h. weniger als 3% Arbeitslose = 100 000 in Österreich) ist die Ausnahme. Ziel unseres Wirtschaftssystems ist nicht die Bedürfnisbefriedigung der Volksmassen (einschließlich Arbeitsplatz). Irgendwelchen Kleinscheiß zu erzählen, statt das wesentliche zu sagen, durchbricht gerade nicht die Vernebelung der Köpfe, sondern schafft zusätzliche Illusionen in dieses Wirtschaftssystems.

Zur Frage "Warum wollen die UnternehmerInnen bei den Löhnen sparen?"

* Hier wird die grundsätzlich falsche Sichtweise vom ersten Abschnitt konsequent fortgesetzt und wieder der Profit als Motor der kapitalistischen Wirtschaft verschwiegen. Aber um nichts anderes geht es bei Lohnsenkungen. Stattdessen wird herumfilosofiert, daß in Österreich usw. *"viel zuviel produziert"* werde. Die Frage ist, viel zu viel für wen? Es gibt zu wenig kaufkräftige Nachfrage, d.h. zu wenig Werktätige, die sich die Waren leisten können, in Österreich usw., ganz besonders aber in den abhängigen neokolonialen Ländern.

* Falsch ist die Gegenüberstellung *"... wer entweder billiger produzieren kann ... oder den ArbeiterInnen ... weniger Lohn zahlt"*. Die Löhne sind nämlich ein bedeutender Teil der Produktionskosten (im wesentlichen: Rohstoffe, Maschinen, Löhne); deshalb führt eine Senkung der Löhne unmittelbar zu einer billigeren Produktion. Direkte oder indirekte Lohnsenkungen sind auch das wichtigste Mittel der Kapitalisten zur Profitsteigerung.

Zu "Warum sind AusländerInnen billige Arbeitskräfte?"

"... einen Lohn akzeptieren müssen, um den ÖsterreicherInnen nie im Leben arbeiten würden" ist ziemlich weltfremd und unhistorisch, überdies sehr arrogant. In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und des Faschismus haben ÖsterreicherInnen schon zu weit niedrigeren Löhnen arbeiten müssen.

Zu "Was wäre, wenn es keine ... AusländerInnen gäbe?"

* Die Theorie von den *"gerechten Löhnen"* ist zutiefst reformistisch. Normalerweise sind die Löhne im Kapitalismus *"gerecht"* in dem Sinn, als sie zum Überleben der ArbeiterInnen und ihrer Familien ausreichen und die Arbeiterklasse arbeitsfähig erhalten. Wer von *"gerechten Löhnen"* redet, die erkämpft werden müssen, verschweigt, daß das ganze Lohnsystem, die Ausbeutung das Problem ist, und nicht ein paar Prozent mehr oder weniger vom Kuchen.

* Ganz schlimm ist die Drohung: *"Gäbe es keine AusländerInnen, ... so müßten noch viel mehr ÖsterreicherInnen als heute schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen akzeptieren."* Hier wird dem solidarischen Zusammenschluß direkt entgegengearbeitet (unter dem Motto: Seid's doch froh, daß es die *"Trotteln"* gibt!).

Zu "Halten wir fest"

* Es wird so getan, als ob es vorrangig um *"schlechte Gesetze"* ginge, die einen Teil der Werktätigen in Österreich niederhalten. Tatsächlich ist der Rassismus ein Spaltungsmittel der Bourgeoisie und die Gesetze Ausdruck dessen.

* Wie im Abschnitt davor wird gejubelt, daß uns *"die AusländerInnen ... vor einem Lohndruck ... bewahrt haben"* und die rassistische Gegenüberstellung zwischen *"uns ÖsterreicherInnen"* und *"die AusländerInnen"* übernommen.

"Was tun gegen Lohndruck...?"

* Nachdem weiter oben betont wurde, daß *"die AusländerInnen ... uns(!) ... vor einem Lohndruck ... bewahrt haben"*, ist hier zweimal die Rede von einem *"Lohndruck auf die ÖsterreicherInnen"* durch die AusländerInnen.

* *"Wenn die AusländerInnen ihre Rechte kennen(!), können sie nicht mehr ausgenützt werden."*

* *"Wir ÖsterreicherInnen"* müssen *"den AusländerInnen"* sagen, wie sie kämpfen sollen (weil allein sind sie zu deppert?); wir wüßten schon, wie wir es machen würden, wenn es uns ebenso schlecht ginge. In Wirklichkeit bringen z.B. die KollegInnen aus der Türkei und Nordkurdistan eine ganze Menge klassenkämpferischer Erfahrungen mit, aus denen die österreichische Arbeiterklasse viel lernen kann!

* Die Logik von *"Es liegt in unserem eigenen Interesse, daß Menschenrechte und eine gerechte Wirtschaftsordnung in allen Ländern der Erde gültig sind"* ist nichts anderes als: Bei *"uns"* in Österreich sind die Menschenrechte und eine gerechte Wirtschaftsordnung bereits verwirklicht. Deswegen kommen ja auch die Leute aus der Türkei und Indien, wo das nicht der Fall ist, zu uns. Wir ÖsterreicherInnen müssen also in unserem eigenen Interesse dafür sorgen, daß es auch dort so gut wie bei uns wird, weil dann sind wir das Ausländerproblem los.

* Wenn AusländerInnen gleiche Rechte haben, kann es *"gerechte Löhne"* und *"gute Arbeitsbedingungen"* geben - wie war's denn, bevor die *"ausländischen"* Werktätigen nach Österreich gekommen sind? Gab es in den 50er und 60er Jahren etwa *"gerechte Löhne"* und *"gute Arbeitsbedingungen"*?

*** Wir sind natürlich nicht *"alle Geschwister in einem Land und auf einer Erde"*, sondern es gibt welche, die alle Fabriken, Banken usw. besitzen (bzw. über sie verfügen) und die große Mehrheit, die nichts hat, als ihre Arbeitskraft; das sind die sogenannten Klassengegensätze.**

Maria und Ludwig (2.2.1993)



QUERFORMAT

WANDZEITUNG GEGEN DEN RECHTSRUCK

2 JÄNNER 1993

Seite 1

Haben Sie Angst um Ihren Arbeitsplatz ?

Immer wieder ist es zu hören: Ausländerinnen und Ausländer nehmen Österreicherinnen und Österreichern angeblich die Arbeitsplätze weg. Ausländerinnen und Ausländer sollen schuld sein an der Arbeitslosigkeit und der schlechten Wirtschaftslage... Ist das wahr?

Warum werden so viele Menschen

nach nur kurzer Einschulung Maschinen steuern kann, die unter Kontrolle eines Computers Tag und Nacht Elektrogeräte, Autos oder Möbel her-

höhere Löhne zahlen", denken sich viele Unternehmer, "wenn ich am nächsten Eck' einen anderen Trottel finde, der diese Arbeit um einen

Hungerlohn macht...."

Viele Menschen werden auch gekündigt, weil Menschen in Südamerika, in Asien oder Afrika um noch viel gerin-

gere Löhne arbeiten müssen als in den Industrieländern. Die Betriebe in Österreich werden geschlossen und in Brasilien, Singapur oder Südkorea wieder aufgesperrt!

Warum wollen Unternehmer bei den Löhnen sparen?

In Österreich wird, wie in allen Ländern Westeuropas, in Nordamerika und in Japan, viel ZUVIEL produziert. Zuviele Lebensmittel, zuviele Fernseher und zuviele Autos. Wirtschaftlich überleben kann daher nur, wer entweder billiger produzieren kann (weil er oder sie z.B. nicht in Umweltschutz- oder ArbeiterInnenschutz-Maßnahmen investiert), oder den ArbeiterInnen und Angestellten weniger Lohn bezahlt.

Die Umwelt ist uns wichtig! Bei ihr darf nicht gespart werden, wenn wir und unsere Kinder noch weiterleben wollen.

Wer seine Produkte billiger verkaufen möchte als andere, spart also bei den Arbeiterin-

hängiger als Österreicherinnen. Sie müssen arbeiten, weil sie ansonsten ihre Aufenthaltsgenehmigung verlieren. Ausländerinnen werden ausgewiesen, wenn sie nicht für ihren eigenen Unterhalt sorgen können (Ausländerinnen haben keinen Anspruch auf Sozialhilfe, Wohnbeihilfe oder Notstandshilfe, obwohl sie genauso hohe Steuern zahlen wie Österreicherinnen). Das heißt also, daß sie auch einen Lohn akzeptieren müssen, um den Österreicherinnen nie im Leben arbeiten würden.

Was wäre, wenn es keine oder weniger Ausländerinnen gäbe?

Ausländerinnen sind billige Arbeitskräfte, weil sie von schlechten Gesetzen dazu gezwungen werden billig zu sein. Und sie werden dazu gezwungen, billig zu sein, weil viele Unternehmer nicht bereit sind, gerechte Löhne zu bezahlen

Quellen: profil, Standard, Info-Verteiler, Feuernacht - Südtiroler Bombenjahre, ...

Der Scalfaro-Besuch in Wien hat das Thema "Südtirol-Terrorismus" wieder zur Sprache gebracht. Obwohl die Attentate der 60er Jahre viele Menschenleben gekostet haben und die Urheber dieser Anschläge zum Teil heute noch in Faschistenkreisen aktiv sind, ist über diese Anschläge wenig bekannt.

Südtirol war von den Nazi-Faschisten an das faschistische Italien "verkauft" worden, viele deutschsprachige BewohnerInnen übersiedelten damals ins "Dritte Reich". Österreich hat sich stets als "Schutzmacht" für die deutschsprachigen SüdtirolerInnen bezeichnet und jahrzehntelang gab es Verhandlungen zwischen den Regierungen in Rom und Wien um das sogenannte "Südtirol-Paket". Im Gegensatz dazu stand die Behandlung der slowenischen Minderheit in Kärnten bzw. der kroatischen im Burgenland, beide Gruppen erhielten nie auch nur annähernd so umfangreiche Autonomierechte zugesprochen.

Pardonierung von Südtirol-Terroristen

Anläßlich seines Besuches in Wien, der der "Normalisierung der Beziehungen" (nach Abschluß des sog. "Südtirol-Paketes") dient - übrigens der erste Besuch eines italienischen Ministerpräsidenten in Österreich - kündigte *Oscar Luigi Scalfaro* an, insgesamt zwölf ehemalige Südtirol-Terroristen von den Fahndungslisten der Interpol zu streichen. Alle zwölf und noch einige mehr waren in Italien zu langen Haftstrafen verurteilt worden und standen seit Jahrzehnten auf den Fahndungslisten. In Österreich wurde keinem von ihnen ein Haar gekrümmt. Die Pardonierung bedeutet, daß die Gesuchten sich international frei bewegen können, in Italien bleiben die Haftbefehle allerdings aufrecht.

Viele von den in den späten 50er und 60er Jahren aktiven italienischen Attentätern wurden verhaftet und saßen zum Teil langjährige Haftstrafen ab. Diejenigen Terroristen, die aus Österreich und Deutschland nach Italien kamen, dort ihre Anschläge durchführten und sich anschließend wieder über die Grenze zurückzogen, kamen so gut wie ungeschoren davon. Die (wenigen) in 1. Instanz gefällten Urteile wurden von den Berufungsgerichten wieder aufgehoben, Leute, die mit internationalen Haftbefehlen von der italienischen Justiz wegen Mord, Sachbeschädigung, Sprengstoffanschlägen etc. gesucht wurden, konnten hierzulande unbehelligt ihren Geschäften nachgehen.

Diese Terroristen wurden als "Südtirol-Bumser" verharmlost, als "Freiheitskämpfer" gefeiert und erfreuten sich der Unterstützung prominenter Fürsprecher, von *Franz Josef Strauß* über den früheren Tiroler Landeshauptmann *Wallnöfer* bis zu *Bruno Kreisky*. Finanzielle Unterstützung kam über sogenannte "Kulturvereine", deren Mitgliederzahlen in die Tausende gingen.

In Südtirol bekämpften einander italienische und österreichische/deutsche Faschisten zeitweise direkt, wobei die Österreicher und Deutschen mit der Bezeichnung "Faschisten" immer die italienischen, vornehmlich im MSI (*Movimento Sociale*) organisierten meinten, sie selbst waren ja "Freiheitskämpfer". Je länger die Anschlagsserien anhielten, je blutiger die Attentate wurden, desto stärker schalteten sich diverse Geheimdienste ein.

Bei den Anschlägen in den 60er Jahren in Italien und den darauf folgenden Reaktionen des italienischen Staates (zeitweise waren bis zu 25 000 Soldaten in Südtirol stationiert) starben über 30 Personen.

Die Stieler-Gruppe und der BAS

Die Attentate beginnen im September 1956, sie werden von einer Gruppe um den Südtiroler *Hans Stieler* (geb. 1926) durchgeführt. Erste Ziele sind Militärkasernen und -fahrzeuge; am 17.1.1957 folgt ein Attentat auf die Brennerbahn. Bei diesen Anschlägen entsteht eher geringer Sachschaden, die Attentäter holen sich den Sprengstoff aus Weltkriegsbeständen und Steinbrüchen. Hans Stieler ist später, von 1974 bis 1990, Obmann des *Südtiroler Heimatbundes*, einer Hilfsorganisation für die gefangenen Terroristen. Mit *Eva Klotz*, der Tochter eines weiteren Terroristen, ist der Heimatbund heute im Südtiroler Landtag vertreten. (Eva Klotz schreibt u.a. in der Kronen-Zeitung ihre "Los von Rom"-Tiraden.)

Am 17.11.1957 kam es in Sigmundskron zu einer SVP (*Südtiroler Volkspartei*, deren Obmann damals *Silvius Magnago* war) Demonstration von 35000 deutschsprachigen Südtirolern unter der Losung "Los von Trient". Andere bevorzugen die Parole "Los von Rom", also Sezession statt Autonomie. Zu dieser Zeit sitzt die Stieler-Gruppe bereits im Gefängnis.

Dafür werden andere Gruppen aktiv, die sich unter der Bezeichnung *Befreiungsausschuß Südtirol* (BAS) sammeln. Der BAS beginnt mit dem Hissen bzw. Aufmalen von rot-weißen (und rot-weiß-roten) Fahnen auf Kirchtürmen, Felsen etc. Er wird vorerst publizistisch, finanziell und politisch von Österreich und der BRD aus unterstützt, sehr bald mischen sich deutsche und vor allem österreichische Faschisten unter die "Freiheitskämpfer". Zu den Financiers zählen der damals größte österreichische Verleger *Fritz Molden*, der Innsbrucker Journalist *Wolfgang Pfaundler* (beide waren während des Nazi-Faschismus im antifaschistischen Widerstand - allerdings keine Linken, sondern Monarchisten - O5) und der spätere (und jetzige) ORF-Generintendant *Gerd Bacher*, ehemaliges NSDAP-Mitglied, der im Molden-Blatt "Express" schreibt.

Am 11.6.1961, dem Südtiroler Landesfeiertag (1809 von Andreas Hofer eingeführt) werden an verschiedenen Orten in Südtirol in einer Nacht 37 Strommasten gesprengt. Dabei kommt es zum ersten Todesopfer: der Straßenwärter *Giovanni Postal* stirbt in Salurn bei der (zu spät erfolgten) Explosion einer an einem Baum befestigten Bombe (damit hätte die Verbindungsstraße gesperrt werden sollen). Die "Feuernacht" legt 80% der von der Stromversorgung abhängigen Bozener Industrie lahm, allerdings zünden nicht einmal die Hälfte der angebrachten Sprengsätze. Die Reaktion des italienischen Staates ist die massive Verlegung von Militär nach Südtirol, eine Verhaftungswelle und Massenprozesse.

Mit der Verhaftung der meisten italienischen BAS-Mitglieder nimmt die Bedeutung der österreichischen Faschisten zu. Noch im Sommer 1961 mischt sich der Faschist *Norbert Burger* ein. Burger (13.4.1929 - 27.9.1992) kommt aus Kirchberg am Wechsel im niederösterreichisch-steirischen Grenzgebiet. Sein Vater war 1938 NS-Bürgermeister in Kirchberg. 1944 beteiligte sich der damals 15jährige Norbert Burger laut eigener Aussage (profil-Interview) an zwei Morden: "Bei einer Exekution (eines angeblichen Verräters). ... In den letzten Kriegstagen 1945. Ich war beim Volkssturm. ... Und da war ich bei einer Erhängung dabei. ... Ich war der, der ihm den Strick um den Hals gelegt hat. ... (Zum zweiten Mord:) Das war ein zu den Russen desertierter Feldwebel ... Der Spähtrupp wurde gefangengenommen, die Russen kamen in Gefangenschaft und ihr Truppführer wurde erschossen. Auch da war die Hinrichtung eine Selbstverständlichkeit" (profil, 10.9.79). Laut seinem Terroristenkollegen *Erhard Hartung* entging Burger nach der Niederlage des Nazi-Faschismus nur haarscharf der Todesstrafe wegen Kriegsverbrechen.

Burgers "Karriere" ist typisch für die faschistische Kontinuität: 1953 wird er Bundesvorsitzender des RFS (*Ring Freiheitlicher Studenten*), seine Dissertation trägt den Titel "die italienische Unterwanderung Deutsch-Südtirols". Er ist Mitglied in der 1959 wegen NS-Wiederbetätigung aufgelösten Burschenschaft "*Olympia*". 1961 ist er als Assistent an der Uni Innsbruck angestellt.

Die "Strategie der Spannung"

Die Gruppe um Norbert Burger, Erhard Hartung und *Peter Kienesberger* dehnt den Terror auf halb Italien aus. Studenten aus dem Burschenschaftermilieu werden von Innsbruck aus nach Italien geschickt. Sie sollen mit Säurezünder versehene Molotow-Cocktails in den Gepäcksaufbewahrungen verschiedener italienischer Bahnhöfe zur Explosion bringen. Die Aktion wird von italienischen BASlern abfällig "Kinderkreuzzug" genannt. Die Faschisten nennen ihre Eskalation "Strategie der Spannung".

Einem Kommando gelingt es den Auftrag auszuführen, es gibt Sachschäden in Rovereto, Verona und Rimini. Einem anderen Kommandos explodiert ein Mollie im Auto, die Attentäter flüchten aus dem Wagen und werden verhaftet. Das dritte Kommando deponiert die Mollies in Rom bei einem Denkmal, am Bahnhof und in zwei Restaurants. Die Attentäter werden verhaftet und zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, die sie nur zum Teil absitzen: Bei einem Staatsbesuch ein Jahr später macht sich BRD-Präsident *Lübke* für die inhaftierten deutschen Terroristen stark und erreicht eine Begnadigung.

Erklärtes Ziel der faschistischen Terroristen ist es, die Situation zu eskalieren. Anfangs zahlen die Attentäter selbst drauf. Am 16.7.65 stirbt in Bozen der Nordtiroler *Helmut Immervoll* beim Versuch, eine Bombe scharf zu machen. Attentatsziel wäre das gegenüber der Wohnung, in der Immervoll sich aufhielt, befindliche Gerichtsgebäude gewesen.

Die Terroristen beziehen ihren Sprengstoff und die Zünder aus Österreich und Deutschland, unter ihnen sind Sprengstoffexperten und mit *Egon Kufner* ein Unteroffizier des österreichischen Bundesheeres.

Am 26.8.65 erschießen Terroristen zwei Carabinieri durch das Küchenfenster einer Kaserne. Am 24.6.66 stirbt der Finanzpolizist *Bruno Bolognesi* auf dem Pfitscher Joch. Als er die Tür zu einer Schutzhütte öffnen will, explodiert eine Bombe.

Die aus ganz Italien zusammengezogenen Soldaten, Carabinieri etc. reagieren immer nervöser, es kommt zu Massenverhaftungen, mutmaßliche Attentäter werden gefoltert, und immer mehr Unbeteiligte geraten zwischen die Fronten, werden "irrtümlich" erschossen.

Am 24.7.1966 werden in St. Martin in Gsies zwei Finanzpolizisten erschossen. Wenige Tage später geben Norbert Burger und Peter Kienesberger in der ARD-Sendung "Monitor" ein Interview, in dem sie den Doppelmord rechtfertigen. Kienesberger antwortet auf die Frage, wann es zu den nächsten Anschlägen kommen wird: "Darauf kann ich Ihnen keine Antwort geben. Hoffentlich bald!"

Am 25.6.1967 wird ein Strommast auf der Porzescharte an der Grenze zu Osttirol gesprengt. Den Weg zu diesem Mast haben die Terroristen vermint, und ein italienischer Soldat stirbt beim Auslösen einer Mine. Drei kurz darauf zu Hilfe kommende Soldaten werden ebenfalls durch eine Mine getötet. Dieser Anschlag geht auf das Konto österreichischer Faschisten: Peter Kienesberger, Erhard Hartung und Egon Kufner, die später in Österreich freigesprochen werden. Kienesberger, der bereits 1961 als 18jähriger zur Gruppe um Norbert Burger gestoßen ist, wird in Italien zu lebenslang verurteilt, er bleibt auch jetzt auf den Fahndungslisten, im Gegensatz zu Hartung und Kufner, die beide pardoniert wurden.

Unterstützung durch österreichische Behörden

Die österreichischen Behörden unternehmen nichts, um die Anschläge zu verhindern, die Attentäter haben ihr ideales Rückzugsgebiet und fahren nur nach Südtirol, um ihre Bomben zu legen. Während die italienische Justiz die österreichischen Terroristen in Abwesenheit verurteilt (Burger z.B. zuerst zu 28 Jahren, später zusätzlich zu lebenslanger Haft), enden die Prozesse in Österreich mit Freisprüchen, die mit so an den Haaren herbeigezogenen Argumenten wie "Notstand" gerechtfertigt werden (eine Idee ihres Verteidigers *Herbert Schaller*. Der Anwalt hat sich unlängst erst wieder mit der Verteidigung der Nazis *Walter Ochensberger* und *Gerd Honsik*, die beide trotz etlicher Warnungen ungeschoren nach Spanien entkommen konnten, als Nazi-Anwalt profiliert.).

Ähnlich wie im Fall des Nazi-Kriegsverbrechers *Reder*, den der damalige Verteidigungsminister *Friedhelm Frischenschlager* nach seiner Entlassung aus italienischer Haft begrüßt (Frischenschlager war übrigens als hochkarätiger RFS-Funktionär Anmelder der faschistischen Gegendemo zur Anti-*Borodajkewycz*-Demonstration, aus der heraus der RFSler *Günther Kümel* am 31.3.1965 den 67jährigen Kommunisten *Ernst Kirchweger* ermordete.), sorgen sich diverse österreichische Politiker auch um die "Südtirol-Aktivisten". Der Innsbrucker Musiker *Günther Andergassen*, in Italien inhaftierter Attentäter, wird 1970 dank Intervention auf diplomatischer Ebene freigelassen. Besonders Bruno Kreisky und der spätere Bundespräsident *Rudolf Kirchschläger* setzen sich für ihn ein. Am Brenner begrüßt ihn der spätere SP-Minister *Herbert Salcher*, damals Vize-Landeshauptmann von Tirol, am 23.12.1970 empfängt ihn Landeshaupt Eduard Wallnöfer. Leute wie Wallnöfer bescheinigen den österreichischen Terroristen, "zum Abschluß des Südtirol-Pakets beigetragen" zu haben und stilisieren sie damit zu "Freiheitskämpfern".

Norbert Burger tritt 1963 aus der FPÖ aus und gründet im Juni 1966 die NDP. Am 31.5.1967 wird er wegen seiner terroristischen Aktivitäten in Südtirol zusammen mit 14 Mitangeklagten in Linz in 2. Instanz freigesprochen. Zwei Monate später wird er wegen eines Spiegel-Interviews, in dem er zum Terror in Italien aufrief, verhaftet, in Italien wird er im selben Jahr - in Abwesenheit - zu lebenslang plus 28 Jahren Haft verurteilt. Am 27.3.1968 wird Burger zusammen mit Peter Kienesberger zu 8 Monaten wegen "Propagieren des Terrors" verurteilt, das Urteil wird aber später aufgehoben.

Kontinuitäten

Mit seiner "*Kirchberger Heimatliste*" schafft Burger im Gemeinderat von Kirchberg/Wechsel 1975 vier Mandate. 1980 kandidiert Burger bei der Bundespräsidentenwahl und erhält über 140 000 Stimmen. Später macht er sich in Nazi-Kreisen mit der Entführung und späteren Auslieferung des Nazi-Terroristen *Ekkehard Weil* (dieser hatte in Österreich Bomben gegen "jüdische" Mitbürger gelegt) an die Polizei unbeliebt. Für die mehrtägige "Gefangennahme" wird Burger nicht verfolgt. Bei seinem Begräbnis in Kirchberg/Wechsel am 2.10.1992, an dem 1800 alte und Neonazis teilnahmen, spricht u.a. Erhard Hartung als Trauerredner. Hartung ist heute Chefanästhesist an einer Münchner Klinik, seine Innsbrucker Adresse lautet Erzherzog Eugen Straße 19.

Ein anderer ehemaliger Südtirol-Terrorist ist *Herbert Fritz*, geb. 1939. Er unterrichtet heute in Wien an der Handelsakademie am Karlsplatz Staatsbürgerkunde (inzwischen hat sich ein Komitee von SchülerInnen gegründet, das die Entlassung dieses "Politikwissenschafters" fordert.). Fritz ist Herausgeber der Zeitung "Der Völkerfreund", war Referent bei der 15. Politischen Akademie der AFP, 1992 hat er bei einem Seminar der FEYKOM (Freunde des kurdischen Volkes) einen Vortrag zum Thema "nationale Befreiung" gehalten (Fritz war auch schon im Bekaa-Tal Besucher bei der PKK-Führung).

Die NDP war Kaderschmiede für viele auch heute noch aktive Faschisten, z.B.:

Friedhelm Busse: ANR-Mitglied, 1988 FAP-Vorsitzender

Peter Dorner, Druckereibesitzer, druckt seit Jahren HALT, Kommentare zum Zeitgeschehen, manchmal auch SIEG

Harald Engelke, geb. 1947, 1968 Leiter der NDP-Einsatzgruppe, 1990 Teilnehmer der VAPO-Provokation bei der Rotstilzchen-Demo, im selben Jahr wird er beobachtet, wie er im silbernen Alfa-Spider ums EKH Patrouille fährt (nach der Razzia wegen einer angeblichen Auseinandersetzung mit Faschos am Keplerplatz).

Josef Holzinger, geb. 1923, wohnt in Linz. Angeklagter in Südtirol-Prozessen. 1967 NDP-Gründungsmitglied. Besucher der Prozesse gegen Walter Ochensberger 1991, Fritz Rebhandl 1992 (wo er wegen Sprechchören des Saales verwiesen wird) und Gerd Honsik 1992.

Gerd Honsik, geb. 1941, derzeit in Spanien (mit Walter Ochensberger bei CEDADE, einer vom Wiener Nazi und SS-SD-Mörder Otto Skorzeny gegründeten Hilfsorganisation für ehemalige Nazis.), wirft 1961 gemeinsam mit dem späteren Mörder von Ernst Kirchweger, Günther Kümel eine Brandbombe gegen die italienische Botschaft und gibt Schüsse aufs Parlament ab. HALT-Herausgeber; 1984 Anmelder der "Nationalen Front" beim Innenministerium (die Gründungsversammlung der NF wurde von Antifas verhindert), Mai 1992 zu 1 1/2 Jahren verurteilt (wegen Wiederbetätigung). Anwalt war wieder einmal Walter Schaller.

Manfred Luxbacher, geb. 1937, Adresse: Kuhngasse 4, 1030 Wien. 1976 Anführer des Überfalls auf die besetzte Arena, 1991 bei der Fascho-Demo "gegen Drogen" als Fotograf dabei.

Herwig Nachtmann, Messendorfer Straße 61, 8041 Graz. Aula-Geschäftsführer und Chefredakteur. Südtirol-Terrorist, 1967 im Zillertal verhaftet, weil er eine Bundesheerpatrouille zum schießen provozieren wollte (gemeinsam mit Hans-Jörg Humer), 1968 wegen Porzescharte-Attentat steckbrieflich gesucht, mit Watschinger verhaftet.

Walter Ochensberger, geb. 1941, Gründungsmitglied der NDP-Vorarlberg, derzeit in Spanien. 1992 zu 3 Jahren verurteilt (in

2. Instanz auf 2 Jahre herabgesetzt), konnte sich trotz vieler Warnungen an die Behörden nach Spanien absetzen. SIEG erscheint seither unter der Adresse der CEDADE.

Hermann Plessl, geb. 1950, Adresse: Ottakringer Straße 126, 1160 Wien. Mitglied des NDP-Bundesvorstands, im Juli 1992 Teilnehmer der rassistischen Demo in Neuhaus/Triesting.

Jakob Horst Rosenkranz, geb. 1943, Adresse: Seebarn 1 (NÖ), arbeitet als Cutter bei Pammer-Film (machen den ORF-Schwachsinn "Seitenblicke"), 1990 Spitzenkandidat der Liste "Nein zur Ausländerflut", 1992 Referent bei der AFP

Herbert Schweiger, 1924, Gastwirt in Mürzzuschlag ("Gasthof Post") und Spittal/Semmering ("Alpenhof Schweiger"), Adresse: Wiener Straße 34, Mürzzuschlag. War Freiwilliger in der Waffen-SS (Unterführer - entspricht dem Leutnant - in der Leibstandarte Adolf Hitler), über VdU und FPÖ zur NDP gekommen. 1967 Gründungsmitglied und bis zum Verbot 1988 in der Bundesleitung.

Johann Strobl, geb. 1937, Adressen: Hauptstraße 47, Neudörfl/Burgenland und Herogasse 11/1, 1100 Wien. Taxiunternehmer in Wien (Rufnummer 40100), Herausgeber des Honsik-Buches "Freispruch fnr Hitler?", war auch Zuseher beim Honsik-Prozeß 1992.

Alfred Warton, geb. 1941, Personalchef bei Semperit. Seit 1986 Obmann der "Volkssozialistischen Bewegung"

Rudolf Watschinger, Adresse: Fritzens/Tirol. Erster gewählter Bundesobmann der NDP 1967. Wegen des Porzescharte-Attentats 1968 verhaftet.

Konrad Windisch, geb. 1932, Adresse: Wattgasse 3/12, 1160 Wien. Hatte früher als "deutscher Dichter" eine eigene Sendung bei Radio Wien. 1992 Referent bei der "Deutschen Liga" in Berlin-Kreuzberg. Nach der Veranstaltung, beim "gesellschaftlichen Teil" in einem China-Restaurant in Kreuzberg, wird der 47jährige Faschist Gerhard Kaindl (DL-Mitglied) erstochen. 16.-18.10.1992 Referent bei der 27. Politischen Akademie der AFP in Spittal/Kärnten, Thema: "Balkan - Hintergründe und Geschichte". Am 9.11.1992 ist er als Referent im AFP-Heim in der Koppstraße 74 vorgesehen, die antifaschistische Demo verhindert seinen Auftritt.

"Neue Linke" - Neue Rechte

Die *Initiative Neue Linke* (INL) läßt wieder von sich hören. In einem mit 18.1.1993 datierten offenen Brief zum Rassisten-Volksbegehren Jörg Haiders "an alle, die sich überlegen, das FPÖ-Volksbegehren zu unterzeichnen", biedert sie sich an die FP-Klientel an. In vielen Punkten geben sie Haider recht, auch viele der "natürlich begründeten" "Biotop"-Theorien Haiders werden begrüßt. INL: "Vollkommen richtig, besonders aus der Perspektive des Umwelt- und Naturschutzes, finden wir den ersten, zentralen und unterzeichnungswürdigsten Punkt des Volksbegehrens: 'Österreich ist kein Einwanderungsland.'" Neben einer zunehmenden Annäherung an die Terminologie der faschistischen Neuen Rechten fällt auf, daß auch inhaltlich keine allzu großen Differenzen zum blau-braunen Lager bestehen.

Die Rede ist von "Kartelldiktatur", wenn von der Koalitionsregierung gesprochen wird, und ganz im Sinne neonazistischer Hetzblätter tauchen Parolen wie "laßt uns ihren Hochmut brechen, ihr Kartell zerstören! Nur die Freiheit fördert die Wahrheit!" auf. Viel anders drückt sich die neonazistische *Arbeitsgemeinschaft für Politik* (AFP) in ihren *Kommentare(n) zum Zeitgeschehen* Nr.259 zum "Volksbegehren" auch nicht aus: "Dem Druck, dem Terror und der Lüge widerstehen - wie es die Volkstreuen seit Jahrzehnten tun." Im gleichen Atemzug beklagt die INL, der jener "größere und schlechtere, nämlich opportunistische Teil der Nazis", der nach dem Krieg in den "Kartellparteien untergeschlüpft" war, offenbar weniger am Herzen liegt als der andere (aufrechte?), daß sie "ganz ungerechterweise" an einer Verwechslung mit dem "erbärmlichen und rückgratlosen Haufen" der übrigen Linken "leide". Zur strategischen Lage meinen die Patentlinken der INL: "Und deswegen glauben wir auch, daß unter einer möglichen Regierung Haider das Grundrecht auf Asyl besser aufgehoben wäre als unter der jetzigen, die z.B. verfolgte Kurden ohne weiters ans Messer liefert. (Nebenbei für alle, die keinen Duden besitzen: Asyl setzt staatliche Verfolgung voraus, nicht den Wunsch, einem Elend individuell zu entrinnen.)"

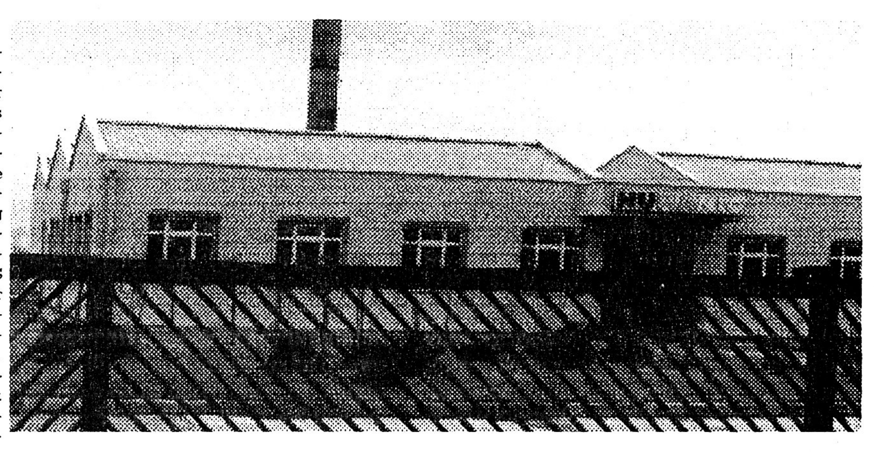
Genauso wie die *Neue Rechte* geht die INL dazu über, alle Begriffe umzudrehen. Die "Liberalen" und "Christlichen" seien in Wirklichkeit "reaktionär", insbesondere in Fragen des Biotops, die Linken die wirklichen Faschisten, und Nazis Charaktermenschen: "Dieser Teil zeigt von allen Wahlberechtigten unseres Landes nicht die schlechtesten Eigenschaften; gegenüber der Propagandawalze beweist er eine gewisse Widerstandskraft, Eigenständigkeit und Mut. Er hat unsere Sympathie, viel stärker jedenfalls als das blöd und im Bedarfsfall aggressiv blökende Stimmvieh der politischen Erbhofbauern."

Auch organisatorisch nähert sich die INL, die im Vorjahr das *Tatblatt* wegen des Attributs "faschistisch" geklagt hatte, zusehends der *Neuen Rechten* an. So erschien in der Dezemberausgabe des deutschen "intellektuellen" Faschistenblattes *Junge Freiheit* Nr.12-1/92 ein Inserat des *Ahriman-Verlages*. Der *Ahriman-Verlag* fungiert als Presseagentur für die deutschen INL-Tarnvereine *Bunte Liste Freiburg* und *Marxistisch-Reichistische Initiative*. Praktisch ist, daß auch die *Junge Freiheit*, die es binnen 6 Jahren von einem hektographierten Hetzblättchen mit 500 Stück Auflage zur meistgelesenen rechtsextremen Monatszeitung (Auflage 30000) brachte, in Freiburg beheimatet ist. Das Ahriman-Buch nennt sich *Kriegsverbrechen der Amerikaner und ihrer Vasallen gegen den Irak und 6000 Jahre Menschheitsgeschichte* und läßt sich über ein neurechtes Lieblingsthema aus, nämlich den "Kulturvandalismus der Amerikaner". In der Ankündigung feiert die neurechte Aufrechnungstheorie, bei der die faschistischen Staatsverbrechen mit Dshingis Khan, Napoleon und Stalin aufgerechnet werden, fröhliche Urständ: Der Irak wird als "Warschauer Ghetto der Gegenwart" beschrieben, was bei den Neonazis sicher begeisterte Zustimmung auslösen wird.

Das rechtsradikale Erfolgsblatt *Junge Freiheit* erfreut sich auch regelmässig ganzseitiger Vierfarb-Inserate einer österreichischen Anlegergesellschaft. Wer einen Abonennten für die *Junge Freiheit* wirbt (DM 36,-/Jahr), darf in einem der österreichischen *Cordial-Luxushotels* ein Gratiswochenende verbringen (öS 5000,-). Außerdem sind die *Cordial-Hotels*, hinter denen die Linzer *Imperial-Finanzgruppe* steht, der einzige Inserent, der nicht aus dem rechtsextremen Verlags- und Pressewesen kommt. Diese Verwendung von Anleger- (also Spekulanten-)Geldern ist allein schon deswegen interessant, weil der *trend* (12/90) der Gesellschaft eher windige Spekulationsgeschäfte vorwirft: "Böses Erwachen nicht ausgeschlossen".

Wir hoffen, mit diesen Informationen der Kampagne "Stoppt die Nazi-Zeitungen" in der BRD geholfen zu haben. "Ziel der Kampagne ist es, aus Kiosken die Nazi-Zeitungen 'Deutsche National-Zeitung', 'Deutsche Wochenzeitung', 'Junge Freiheit', 'Criticon', 'Deutsche Stimme' und 'Deutscher Standpunkt' zu entfernen." (Antifa-Info Nr.20b, Nov./Dez. 1992, im IL erhältlich) In Österreich werden die Faschistenblätter vom *Zeitungsgroßvertrieb Morawa*, Zentrale 1010 Wien, Wollzeile 11, Tel. 515 62-0, ausgeliefert (die Hauszustellung in Wien läßt Morawa sich vom "alternativen" *Veloce-Fahrradbotendienst* besorgen). Die Trafikanten haben sehr wohl die Möglichkeit, die faschistischen Hetzblätter zurückzuschicken. Man/frau muß sie nur darauf aufmerksam machen.

(Salzburger Nachrichten, 8.2.93)
Wien (SN, apa). Nach Angaben der türkischen Gewerkschaft der Lederarbeiter streiken seit 7 Monaten 280 Arbeitnehmer der türkischen Tochter der Leder & Schuh AG, ''Humanic Ayakkabicilik''. Das 1987 in Corlu, nordwestlich von Istanbul gegründete Werk war eine Tochter der im Vorjahr geschlossenen NIC-Schuhfabrik und steht nun wie die Detail-Handelskette ''Humanic'' unter dem Holding-Dach der Leder & Schuh AG. In einer Aussendung der türkischen Gewerkschaft heißt es, die Arbeitnehmer forderten eine Lohnerhöhung von umgerechnet 1750 auf 3300 öS brutto im Monat, rund 660 öS ''Feiertagsentgelt'' und 2 Paar Schuhe jährlich. Leder & Schuh-Pressesprecher Andreas Feichtinger sagte, daß Lohnerhöhungen von 200% und eine Steigerung der Sozialleistungen von 300% gefordert seien. Zusammen mit dem sich verschlechternden Wechselkurs seien die Forderungen der Arbeitnehmer nicht zu erfüllen. Die Aussichten für den Standort seien schlecht, da mit der Ostöffnung billige Alternativen entstanden seien.



Quellen: Gündem, 2.1.1993 (die linksliberale türkische Zeitung Gündem ist derzeit eingestellt, soll aber wieder erscheinen. Einer der Gründe für die Einstellung waren massive ökonomische Schwierigkeiten, die sich aus der Repression des türkischen Staates ergeben haben. 4 Journalisten der Zeitung wurden ermordet, und auch auf die Verkäufer gab es mehrere Anschläge, die tödlich endeten.), Presseerklärung des Gebietsvertreters der Lederarbeit-Gewerkschaft "Deri-Is" vom 8.1.1993, Infos der Gebietsvertretung der "Deri-Is" vom 27.1.1993, Diplomarbeit an der Uni Graz, Infos der IGARA und eigene Beobachtungen (Fernsehwerbung). Danke an die ÜbersetzerInnen

Streik bei HUMANIC ...

Die HUMANIC Ges.m.b.H. (Zentrale in 1060 Wien, Mariahilfer Straße 1b) gehört zu den großen Schuhherstellern in Europa, in Österreich ist die Firma Branchenführer. Über "avantgardistische" Werbestrategien ("Frantz!!! - Cum a hin, ...") versucht die Firma, sich ein fortschrittliches Image zu verpassen, natürlich im Sinne von verkaufsfördernden Maßnahmen. 1970 beschäftigte HUMANIC insgesamt 3 300 Leute (1 900 ArbeiterInnen), die Tagesproduktion lag bei 12000 Paar Schuhen. 80% der Schi- und Flechtschuhe wurden nach Japan und in die USA exportiert, die Exporte ohne Schischuhe betrugen 130 000 Paar. Das Verkaufsnetz umfaßte 40 Filialen. 1971 wurde ein Produktionsbetrieb in Spanien eröffnet.

Ende der 70er Jahre verfügte HUMANIC neben der Stammfabrik in Graz über drei weitere Schuhfabriken, eine Stepperei, Zweigniederlassungen in Wien, ein Zentrallager, 50 Filialen in Österreich, Handels- und Produktionsstätten in Norwegen und Spanien und die Großhandelsfirma "Schuhvertrieb Mayer-Riekh KG". 1985 produzierten allein die 2 700 MitarbeiterInnen in Österreich 15 000 Paar Schuhe täglich, der Konzern-Gesamtumsatz betrug öS 2,1 Milliarden.

... in der Türkei

In Çorlu, einer Industriestadt mit mehr als 100.000 Einwohnern ca. 110 km nordwestlich von Istanbul, befindet sich seit 1986 die HUMANIC-Schuhfabrik, in der 280 ArbeiterInnen, alles Mitglieder der Lederarbeit-Gewerkschaft *Deri-Is*, beschäftigt sind.

Nach mehrmonatigen, ergebnislosen Lohnverhandlungen wurde am 22. Juni 1992 über die gesamte Belegschaft von HUMANIC die Aussperrung verhängt. Infolgedessen begannen mit Beschluß der Lederarbeit-Gewerkschaft die ArbeiterInnen am 6. Juli 1992 den Streik. Dieser Streik fällt vor allem dadurch auf, daß er von Frauen getragen wird, denn unter den 280 ArbeiterInnen gibt es nur 10 Männer.

Außer der Tatsache, daß die ArbeiterInnen Frauen sind, gibt es noch einen anderen positiven Aspekt des Widerstandes. Von den ArbeiterInnen sind ca. 50 junge Mädchen, die mit ihren Familien leben, und von den verbleibenden verheirateten Frauen bringen deren Männer "das Brot nach Hause". Das bedeutet, daß die Frauen großen Rückhalt in ihren Familien finden, das Verhältnis der Familienangehörigen zueinander demokratischer als üblicherweise ist, und die Männer es eher unterlassen, Druck auf die Frauen auszuüben. Das liegt daran, daß die Mehrheit der Frauen und ihre Familien als türkische Minderheit aus Bulgarien stammen, wo die Familienstrukturen demokratischer sind als in der Türkei. Im Allgemeinen herrscht in der Türkei jedoch die Meinung vor, daß es gerade die Frauen sind, die die feudalen gesellschaftlichen Familienstrukturen nicht überwinden könnten. Deswegen sei in den Betrieben von ihnen als arbeitende Frauen nichts zu befürchten. Der HUMANIC-Arbeitgeber weiß dies ebenso. Deswegen, aber in erster Linie wegen des bei weitem geringeren Lohnniveaus, stellte er zum größten Teil Frauen ein. Er mußte aber mit der Zeit erkennen, daß er sich in Hinsicht auf die Kampfkraft der Frauen getäuscht hatte.

Die meisten unter den ArbeiterInnen sind als Angehörige der türkischen Minderheit in den Jahren 1978 und 1989 aus Bulgarien emigriert. Über die Kämpfe, durch die sie in den vergangenen sieben Monaten gehen mußten, lernten sie das wahre Gesicht des "Mutterlandes" kennen.

In der Türkei gibt es insgesamt ca. 9 Millionen ArbeiterInnen, davon sind 2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. 38% der ArbeiterInnen sind Frauen, nur 16% der Frauen sind versichert, d.h. die meisten von ihnen müssen illegal arbeiten. Der Durchschnittsverdienst der ArbeiterInnen in der Türkei liegt um etwa S 2.400.- netto (1,8 Millionen TL)

Der HUMANIC-Streik ist nicht nur aus der Sicht der LederarbeiterInnen in Çorlu wichtig, sondern auch für die Industrie in Trakya, die sich vor allem im Dreieck Cerkezköy-Lüleburgaz-Çorlu konzentriert. Es gibt mehrere große Fabriken, in denen hunderte, ja tausende ArbeiterInnen beschäftigt sind, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind. In der Region gab es keinen Betrieb der, weder jetzt noch in den vergangenen Jahren einen solch lang anhaltenden Widerstand leistete wie der Kampf bei HUMANIC. Er wird zweifellos auf die Situation von mehr als 5.000 ArbeiterInnen in über 90 Klein- und Großbetrieben in diesem Gebiet Auswirkungen haben, denn ein Sieg der ArbeiterInnen wird die gewerkschaftliche Organisierung dieser Region beschleunigen. Weitere 600 Betriebe werden in den nächsten Jahren aus Istanbul ausgelagert und in dieser Region angesiedelt werden.

Als die Lederfabriken in Kazliçesme (*Istanbul*) aufgelöst wurden, zogen die Lederbetriebe einerseits nach Tuzla auf der anatolischen Seite Istanbuls, andererseits nach Çorlu, das sich in Trakya (*auf der europäischen Seite Istanbuls*) befindet. Somit entstanden in kürzester Zeit rund um den Bahnhof von Çorlu mehr als 100 Gerbereien. Die ArbeiterInnen in diesen Betrieben sind zum größten Teil nicht versichert, durchwegs nicht gewerkschaftlich organisiert und arbeiten daher für einen minimalen Lohn. Da die Unternehmer versuchten, die Kosten für die Umsiedelung der Betriebe von Kazliçesme nach Çorlu über die Ausbeutung der ArbeiterInnen wieder herein zu bekommen, wollten sie eine gewerkschaftliche Organisierung auf keinen Fall akzeptieren. In der Lederbranche wird, da aufgrund der Struktur und Besonderheiten die Monopolisierung noch nicht maßgebend ist, mit harten Reaktionen, wie z.B. mit der Schließung von Betrieben, auf Kämpfe der ArbeiterInnen geantwortet. Die gewerkschaftlichen Organisierungsbemühungen in Fabriken wie in Mert Deri, Marmara Deri, Der-Kon blieben erfolglos.

Die *Deri-Is* gehört der *Türk-Is* an, einer sogenannten "gelben" Gewerkschaftsföderation von ca. 30 Gewerkschaften und Gewerkschaftern, deren politische Ausrich-

tung von reformistisch, revisionistisch bis fundamentalistisch, nationalistisch und faschistisch reicht.

Anfang Oktober 1992 wechselte die zentrale Führung der Gewerkschaft: Linksgerichtete Gewerkschafter hatten die Wahlen verloren und die rechten Gewerkschafter beherrschen mittlerweile die Führung, was aber nicht bedeutet, daß die linken und fortschrittlichen Kräfte, vor allem an der Basis, nicht mehr vorhanden sind. In den Gewerkschaftsführungen, die sich im Gebiet von Çorlu und Trakya befinden, sind meistens sogenannte "gelbe" Gangstergewerkschafter vertreten, die im Interesse der Unternehmer handeln, und daher stellen sie ein enormes Hindernis für die Klassensolidarität dar.

Die *Deri-Is* ist ermächtigt, die ArbeiterInnen der Lederbranche gewerkschaftlich zu vertreten, konnte jedoch im Gebiet von Corlu bisher nur bei HUMANIC Fuß fassen. Hier u.a. deswegen, weil das ausländische Unternehmen als Arbeitgeber in der Türkei über keinerlei Erfahrungen verfügte. Diese Gewerkschaft ist eine kleine und finanzschwache Gewerkschaft, die 15.000 Mitglieder hat, von denen ca. 5.000 Leute Mitgliedbeiträge bezahlen. In den beinah 8 Streikmonaten wurden 5 mal je umgerechnet ca. S 650.- (500.000.- TL) ausbezahlt. Insgesamt hat der Streik die Gewerkschaft 1,2 Milliarden türkische Lira gekostet.

Von der zentralen Gewerkschaftsführung der Deri-Is ist zu sagen, daß sie durch die kompromißlosen Aktionen der ArbeiterInnen - gelinde gesagt - bald überfordert waren. Am Montag, dem 1.2.1993 war der Vorsitzende der Deri-Is in Corlu und wurde von den ArbeiterInnen nach Ankara geschickt mit dem Auftrag, ihre Forderungen beim Arbeitsminister vorzubringen und durchzusetzen. Er kam zurück, ohne auch nur einen Termin bei seinem "alten Kampfgefährten" erhalten zu haben. Der Vorsitzende (der in den 70er Jahren als "Revolutionär" tätig war und seine Erfahrungen nun verwerten kann) ist ein Sozialdemokrat und war bei den letzten Parlamentswahlen als einer der Kandidaten der SHP nominiert, bekam aber zu wenige Stimmen. Sein lavierendes Verhalten in Bezug auf den Streik muß auch in Zusammenhang gesehen werden mit seinen Ambitionen, bei seiner eventuellen Abwahl vom Vorsitz der Lederarbeit-Gewerkschaft als Abgeordneter der SHP umsatteln zu können. Diese Möglichkeit, als Abgeordneter zu reüssieren, will er sich offen lassen. *(SHP = sozialdemokratische Volkspartei, ist an der Regierung beteiligt)*

Als die HUMANIC-ArbeiterInnen mit ihrer gewerkschaftlichen Organisierung im Jahr 1989 begannen ihre verfassungsmäßigen Rechte wahrzunehmen, zeigte die Arbeitgeberfront sofort heftige Reaktionen. Von der Gewerkschaftsbasis wurde ihnen klargemacht, daß es wichtig sei, ihrer eigenen Kraft und Einheit, sich selbst und ihren Klassenfreunden zu vertrauen, denn ansonsten gäbe es keinerlei Freunde. Durch das Umsetzen dieses Wissens, durch klassenbewußtes Handeln wäre die Arbeitgeberklasse gezwungen, ihre Forderungen zu akzeptieren. Es gibt jedoch revolutionäre Frauen und Männer, in den Betrieben Widerstand leistende ArbeiterInnen, die in enger Beziehung zu den Streikenden stehen und in ihrer Solidarität nicht nachlassen.

Es gibt jedoch revolutionäre Frauen und Männer, in den Betrieben Widerstand leistende ArbeiterInnen, die in enger Beziehung zu den Streikenden stehen und in ihrer Solidarität nicht nachlassen. zu haben

Im ersten Jahr der Organisierung konnten die ArbeiterInnen die undemokratischen Arbeitsgesetze -- *konkret geht es um das unzureichende gewerkschaftliche Vertretungsrecht* -- untergraben. Der Arbeitgeber ging vor Gericht, um das Vertretungsrecht der Gewerkschafter zu bekämpfen. Da schon für gewöhnlich die Gerichtsverhandlungen verschleppt werden und sie sich dadurch in die Länge ziehen, verging in dieser Angelegenheit ein Jahr, ohne daß sich etwas getan hätte. In dieser Zeit setzten die ArbeiterInnen mehrere Aktionen. Als mehrere KollegInnen gekündigt wurden, erzwangen sie durch die Produktionsstillegung am selben Tag noch die Wiedereinstellung der gekündigten Leute. Sie zogen zweimal in einem Protestmarsch über eine Entfernung von 6-7 km auf der Hauptstraße E5 von der Fabrik zum Gewerkschaftslokal (die E5 ist die wichtigste Fernverbindung von West nach Ost). Mit dem achtstündigen Produktionsstillstand erteilten sie dem Arbeitgeber eine letzte Warnung. Einen Tag später anerkannte er die (*gerichtlich*) nicht ermächtigte Gewerkschaft als Ansprechpartner und unterzeichnete den Kollektivvertrag 1990, gültig für die Dauer eines Jahres.

Der Grund für die Niederlassung des HUMANIC-Werkes in der Türkei ist, daß die Türkei als Unternehmerparadies angesehen wird, und weil Unternehmer auf die undemokratischen (arbeitsrechtlichen) Gesetze vertrauen können. Auch durch den Aufruf Präsident Özals bestätigt, die Türkei sei ein Billiglohnland, konnte HUMANIC die lohnabhängigen ArbeiterInnen als Sklaven betrachten. Doch bereits 2 Jahre nach seiner Niederlassung mußte HUMANIC etliche tüchtige Schläge einstecken.

Für die Aussperrung gibt es nach Meinung der streikenden ArbeiterInnen mehrere Gründe:

Die anfängliche Nachgiebigkeit des Unternehmers, sich auf Verhandlungen mit den unerwünschten Gewerkschaftern einzulassen, wird ihm von den anderen Lederunternehmern übel genommen, da sie dieses Verhalten als schlechtes Vorbild ansehen. Das führt dazu, daß sie HUMANIC stärker unter Druck setzen.

In diesem Gebiet konzentrieren sich die Branchen hauptsächlich auf 4 Bereiche: Leder, Metall, Textil und Lebensmittel. Unter diesen ist die Lederbranche die einzige, die nicht gewerkschaftlich organisiert ist und daher kann, im Vergleich zu den anderen Branchen, die Ausbeutung brutaler durchgesetzt werden. Doch selbst wenn in der Textil-, Metall- und Lebensmittelbranche dieser Region die Gewerkschaften vertreten sind, so bedeutet das nicht, daß die ArbeiterInnen deshalb auch gut organisiert wären. Z.B. hat die Metallarbeit-Gewerkschaft allein in Çerkezköy 7.800 Gewerkschaftsmitglieder, d.h. 26mal soviel, wie die Lederarbeit-Gewerkschaft bei HUMANIC vertritt. Trotzdem ist die Vorgangsweise der HUMANIC-ArbeiterInnen für das Gebiet von Çorlu und Trakya beispielhaft. Da die demokratischen Kämpfe gut erklärt und ebenso die Führungsaufgaben erfüllt werden, führen sie ihre politischen Kämpfe und Klassenkämpfe durch und bemühen sich, über die ökonomischen Kämpfe hinauszu-

Kurzinformation zur Fa. Humanic:

Humanic gehört zur Leder- & Schuh AG (dazu gehören weiters: Top-Schuh, Jello, Dominici), 1968 gegründet, vorher Humanic AG. Der Umsatz 1991 betrug 2,5 Mrd. öS (8,2 % vom Branchenanteil), 1992 waren es 3,5 Mrd. öS (laut Trend und profil).

1986 wurde mit der sogenannten Umstrukturierung begonnen, d.h. die Fabriken in Deutschlandsberg und Eibiswald (beide Steiermark) wurden geschlossen, westliche Tochterfirmen bekamen andere Namen und es wurde die Leder- & Schuh AG gegründet (Eigentümer: Legro, Nic, Manex, Mayr-Rieckh). 1990 wurde ein Joint Venture mit dem ungarischem Schuhhandelsunternehmen Szivarvany (hat 500 Beschäftigte) abgeschlossen. Humanic ist weiters Miteigentümer bei Top-Schuh (gehört mehrheitlich P. Koppel), 20% des Umsatzes kommen aus der Produktion, 80% aus dem Handel.

1991: 2269 Beschäftigte (bei Humanic), davon 820 in der Produktion (einziges Werk damals noch in Graz), die Fabrik in Graz wurde im Mai 1992 zugesperrt, 280 ArbeiterInnen (größtenteils Frauen) wurden gekündigt, d.h. es wurde vorher bereits abgebaut.

Die wichtigsten Werke von Humanic (laut Trend) stehen in Ungarn, Portugal, der Türkei und Indien. Die Produktion in der Türkei wurde 1986 mit 400 ArbeiterInnen begonnen. Einzige Produktion der Leder- & Schuh AG in Österreich ist Legero in Feldbach. Sohlen aus der ungarischen Fabrik werden mit Oberteilen aus Indien und Portugal zusammengefügt.

Vorstand der Humanic Ges.m.b.H.: Dr. Heinrich Frey, Rudolf Pollak, Dr. Stephan Mayer-Heinisch, Karl Heinz Frühwirth, Dr. Alexander Hradezky, Martin Mikullik.

Begründung des Vorstands der NIC-Fabrik zur Schließung: in Österreich kostet ein Arbeiter mit Lohnnebenkosten öS 24.000,-- (in Ungarn nur öS 4.000,--, und in China gar nur öS 1.000,--).

Neue Filialen, wie Top-Schuh-Kette (Selbstbedienung, billig), Schuh-Forum für die Stammkundschaft, Jello für Jungfamilien, Dominici als Exklusivboutiquen; Humanic selbst hat kein einziges Werk in Österreich mehr.

gehen. Seitdem die ArbeiterInnen von HUMANIC gewerkschaftlich organisiert sind und die Lederarbeit-Gewerkschaft ihre Sektion in Çorlu eröffnete, knüpfen sie erstmals seit dem faschistischen Militärputsch vom 12.9.1980 in Çorlu an die frühere Tradition an, Streiks und Aktionen anderer Betriebe zu besuchen und zu unterstützen.

Der 8. März, als Internationaler Tag der werktätigen Frauen, wurde bis 1989 in Çorlu nicht gefeiert. Seit 3 Jahren nun wurde dieser Tag im Rahmen der Kräfte der HUMANIC-ArbeiterInnen und der Gewerkschaftsvertretung dem Sinn entsprechend gefeiert und begangen. Weiters ist das seit dem Putsch von 1980 der einzige Betrieb in Çorlu, der den (*in der Türkei und Nordkurdistan verbotenen*) 1. Mai, den internationalen Solidaritäts- und Kampftag der Arbeiterklasse feiert. Seit 2 Jahren wird an diesem Tag die Produktion für eine Stunde stillgelegt, eine Gedenkminute abgehalten, werden Gedichte gelesen und über die Bedeutung und den Inhalt des 1. Mai diskutiert.

Am 3.1.1992 gab es in der Türkei einen (streikähnlichen) Tag, an dem alle Gewerkschaftsmitglieder der Türk-Is-Konföderation ihrem Arbeitsplatz fernblieben. Viele Betriebe im Gebiet Trakya arbeiteten weiter. Die HUMANIC-ArbeiterInnen beteiligten sich zu 99% an diesen Aktionstag, blieben aber nicht zu Hause, sondern gingen allesamt zum Lokal der Lederarbeit-Gewerkschaft. Dort wurde diskutiert, was der 3. Jänner bedeutet und warum nicht zur Arbeit gegangen wurde. Ihr Slogan lautete: Das Recht wird nicht gegeben, das Recht muß man sich nehmen!

Erste Aktionen, erste Prüfungen

Nachdem die Verhandlungen zu den Kollektivverträgen begonnen hatten, wurde der unter den ArbeiterInnen sehr beliebte, Betriebsratsobmann und ca. 40 ArbeiterInnen gekündigt. Als es dann bei den Verhandlungen zu keinen Ergebnissen kam, erinnerten sich die ArbeiterInnen daran, daß eigentlich sie selbst die wahren Ansprechpartner sind. Sie verlangsamten die Produktion und zeigten dadurch, daß das Problem nicht allein zwischen Unternehmer und Gewerkschaftern verbleiben kann. Die Verhandlungen zogen sich über 5 Monate und endeten im Juni mit der Aussperrung und dem Streikbeschluß der Gewerkschaft.

Nach der Aussperrung führten die ArbeiterInnen täglich 3 Wochen lang Protestversammlungen vor dem Betrieb durch. Am zweiten Tag der Aussperrung stellte der Arbeitgeber 6 StreikbrecherInnen ein. Die HUMANIC-ArbeiterInnen stellten Peter HANDEL, dem Arbeitgeber aus Österreich, ein Ultimatum. Sollten die StreikbrecherInnen nicht binnen 2 Stunden die Fabrik verlassen haben, würden sie alle zusammen die Fabrik betreten und die StreikbrecherInnen hinauswerfen. Aber der Arbeitgeber nahm die Drohung nicht ernst. Als die ArbeiterInnen nach 2 Stunden die eisernen Tore aufstießen und in das Fabriksgelände eindrangen, rief der Arbeitgeber aus Angst die Gendarmerie (*die der Armee angehört*) und ließ sich unter den Schutz des Staates stellen. Die ArbeiterInnen ließen sich nicht einschüchtern und blieben entschlossen bei ihrer Haltung. Die StreikbrecherInnen mußten beschämt unter dem Schutz der Gendarmerie die Fabrik verlassen. Die ArbeiterInnen hatten vom ersten Sieg jenes Kampfes gekostet, von dem sie am Anfang nicht wußten, daß er so lang und schwer werden würde.

Und so hatte am 6. Juli offiziell, mit Pauken und Oboen auf der Hauptstraße E5 tanzend und voller Begeisterung, der Streik begonnen.

Um den Streik zu verwalten, wurde ein Komitee gegründet. Die ArbeiterInnen beschlossen, jeden Mittwoch vor der Fabrik allgemeine Plena abzuhalten, und es wurde bezirksweise aufgeteilt, wer an den anderen Tagen zur Fabrik kommen sollte. In dieser ersten Zeit wußten sie nicht, daß bis heute so viele Mittwochs vergehen würden.

Laut den undemokratischen Arbeitsgesetzen in der Türkei sind im Streikfall Ansammlungen vor und um den Betrieb herum verboten, ebenso das Aufstellen von Zelten oder das Musizieren und Tanzen zur moralischen Unterstützung der Streikenden. Mit

Presseerklärung und Brief an die Wiener GenossInnen

Presseerklärung von Deri-Is 8.1.1993

Nach ergebnislosen Lohnverhandlungen verhängte der Arbeitgeber, die Firma Humanic, am 22.6.1992 die Aussperrung der 280 ArbeiterInnen, noch bevor diese zu streiken begonnen hatten. Das löste den Widerstand bei Humanic aus. Mit dem Streikbeschluß der zentralen Lederarbeit-Gewerkschaft der Türkei begann am 6.7.1992 begeistert der Streik.

Seit über 30 Jahren gab es weder in der Türkei noch in Europa eine von Fa. Humanic verhängte Aussperrung von ArbeiterInnen. Wie gesagt, noch bevor die Gewerkschaft den Streikbeschluß faßte und die ArbeiterInnen streikten, wurde die Aussperrung verhängt.

Jetzt zieht sich der Streik über 7 Monate hindurch und geht weiter, jedoch blieben alle Appelle an den Arbeitgeber ergebnislos. Die Humanic-ArbeiterInnen richteten mehrere Warnaktionen gegen den Arbeitgeber, der Widerstand leistete und nicht verstehen wollte.

Der Lohnvorschlag der ArbeiterInnen lautet auf 2.500.000.- TL Lohnerhöhung zusätzlich zu ihrem jetzigen Lohn, der 1.300.000.- TL beträgt (TL= Türkische Lira; 1 ÖS=758 TL im 1/93; *Anm.d.Ü.*). Was den Respekt gegenüber den ArbeiterInnen betrifft, ist dieses Verhalten wie ein Barometer. Da der Arbeitgeber Humanic sich auf die antidemokratischen Gesetze der Türkei stützt, stärkt ihn das in seiner Position und er hält sich dabei nicht einmal an seine eigenen Handelsgesetze. Obwohl während der sieben Streikmonate von den ArbeiterInnen verschiedene Warnaktionen durchgeführt wurden, konnte der Humanic-Front nichts positives abgerungen werden. Weiters wurde dem österreichischen Konsulat ein Papier mit 1.300 Unterschriften samt Beschwerdebrief übergeben. Auch das blieb ohne positives Ergebnis. Als bisher letzte (Aktion; *Anm.d.Ü.*) wurde am 8.1.1993 die SHP-Bezirksorganisation in Çorlu besetzt, um bei dem so langen Streik ein Ende zu erringen (bzw. einen Beschluß zu erhalten; *Anm.d.Ü.*). Solange wir keinen Beschluß oder kein Licht sehen, wird, während die Aktion noch Tage anhält, mit der Besetzung und zugleich falls nötig mit verschiedenen Aktionen fortgesetzt werden.

Kurz gesagt, weil wir mit unseren Forderungen im Recht sind, sind wir entschlossen Widerstand zu leisten und zu gewinnen. Im Namen der ArbeiterInnen von Humanic und als Lederarbeit-Gewerkschaft der Türkei nun kurz unsere Forderungen:

1. Die Forderungen nach 500.000.- TL Feiertagsgeld -- wurde nicht akzeptiert;
2. Die Forderung nach 2 Paar Schuhen jährlich jeweils für Sommer und für Winter -- wurde nicht akzeptiert;
3. Die geforderte Lohnerhöhung von 2.500.000.- TL zusätzlich zum alten Lohn in der Höhe von 1.300.000.- TL -- wurde nicht erfüllt;
4. Der geforderte Lohn, den die ArbeiterInnen auf die Hand bekommen sollen, lautet auf 2.000.000.- bis 2.200.000.- TL netto.
5. Es ist anzumerken, daß sich der Betrieb, an den die oben genannten Forderungen gerichtet wurde, in Çorlu befindet und hier die Mieten bei 1.000.000.- TL beginnen.
6. Der Preis der schlechtesten Paar Schuhe, die bei Humanic in Çorlu produziert werden, beträgt 300.000 TL, geht über eine Million TL und steigert sich sogar noch bis zu 1,5 Millionen TL.
7. Die Produkte, die in "unserem" Betrieb in der Türkei hergestellt werden, sind laufend für den Export nach Österreich bestimmt.

Unsere Erwartungen an Euch lauten folgendermaßen:

Von dort (Wien; *Anm.d.Ü.*) hierher (Türkei; *Anm.d.Ü.*) ständig im Ellenbogenkontakt zu bleiben und solidarisch zu sein. Es zu schaffen, daß sich (die Entwicklungen; *Anm.d.Ü.*) in der Wiener Presse wiederspiegeln und die dortigen Entwicklungen bitten wir Euch, uns zu übermitteln.

Die Veranstaltung, die Ihr plant, macht sie. Falls es notwendig ist, können wir eine/n VertreterIn schicken. Wenn möglich, Appelle an die Öffentlichkeit richten mit dem Ziel, die Schuhverkäufe der Fa. Humanic zu verringern. Es gibt noch vieles zu schreiben, aber da meine Zeit knapp ist, kann ich nicht mehr hinzufügen. Schon jetzt richte bzw. sende ich meine unendliche Hochachtung und Dankbarkeit über Euer Interesse und Eure Unterstützung.

Deri-Is (Lederarbeit-) Gewerkschaft - Gebietsvertreter Özcan Ceviker



jeder erfolgreich durchgeführten Aktion durchlöcherten die Widerstand leistenden Frauen von HUMANIC diese Gesetze. Obwohl nun das Aufstellen von Zelten strafbar ist, wurden Tag für Tag vor der Fabrik Duzende (bis zu 100) Zelte aufgestellt. Und sie tanzten nicht nur vor dem Werk, sondern setzten die Tänze vor den Augen der Gendarmen bis auf die große Hauptstraße fort.

Die erste Demonstration nach Çorlu

Die streikenden HUMANIC-ArbeiterInnen statteten streikenden ArbeiterInnen von "Salat" einen Besuch ab und so tanzten sie gemeinsam Halay. Die darauffolgende Aktion war eine Demonstration zu einer Bankfiliale in Çorlu. Als der Arbeitgeber die Junilöhne nicht vollständig überwiesen und das Geld für Heizmaterial gekürzt hatte, beschloß das Komitee, das überwiesene Geld nicht von der Bank abzuheben, sondern eine Demonstration zur Bankfiliale zu machen. An einem verregneten Tag beobachteten die BewohnerInnen von Çorlu die mit Regenschirmen und Parolen demonstrierenden ArbeiterInnen mit großem Erstaunen. Was ist los? Was passiert? Wer sind diese Frauen? Warum schreien sie so? ...

Als der Direktor der Bankfiliale sich beschwerte, daß die ArbeiterInnen das Ansehen der Bank schädigen würden, wandten sie, die Çorlu erschütternden ArbeiterInnen, sich mit Elan und Begeisterung über ihre Kraft und Demonstration neuen Aktionen zu.

Am 15. Juli demonstrierten sie zu Hunderten wieder in Çorlu, schrien herum und verteilten Flugblätter der Gewerkschaft und riefen zu Solidarität mit ihrem Kampf auf.

Als sie sich in der Vertretung der Gewerkschaft außerhalb von Çorlu im Saglik-Bezirk trafen, versuchten die Polizisten mit ihnen zu verhandeln: "Verteilt eure Flugblätter, aber nur zu zehnt oder fünfzehnt." Aber die ArbeiterInnen nahmen die "Freundlichkeit" der Polizisten nicht an, sondern beschlossen, auch in Zukunft das Verteilen von Flugblättern in Demonstrationen umzuwandeln. Am folgenden Tag gingen sie zu zwanzigst zu den anderen Lederfabriken, um Flugblätter zu verteilen. Die Polizisten wagten einen Angriff, sagten: "Ihr seid zu weit gegangen!" und verhafteten die flugblattverteilenden ArbeiterInnen. Sie wurden zuerst auf das Bezirkskommissariat gebracht, danach zum Hauptkommissariat in Çorlu. Aber als die anderen ArbeiterInnen von diesem Zwischenfall hörten, trafen sie sich, zogen vor das Kommissariat und hielten dort eine Kundgebung zur Freilassung ihrer FreundInnen ab. Daraufhin mußte die Polizei, die bis dahin erst ein paar der Verhafteten verhört hatte, alle wieder freilassen.

Wo was los ist, dort sind die HUMANIC-ArbeiterInnen

Die der Polizei und Gendarmerie "nahegetretenen" ArbeiterInnen hatten ihre Angst überwunden, aber auch die Polizei und Gendarmerie hatte danach von diesen ArbeiterInnen genug. Als sie die ArbeiterInnen, die in der Mehlfabrik des DYP-Abgeordeten Hasan Peker Widerstand leisteten, besuchten, reagierte der Gendarmerie-Offizier mit den Worten: "Ihr seid ja überall, ich habe genug von euch!"

Die HUMANIC-ArbeiterInnen sind tatsächlich bei allen ArbeiterInnen-Aktionen in Çorlu und Umgebung dabei. Als bei der Explosion in der Konyalilar-Textilfabrik 30 ArbeiterInnen starben, waren wieder die ArbeiterInnen von HUMANIC dort. Auch an der Demonstration der Konyalilar-ArbeiterInnen nahmen sie teil. Sich ihnen mißtrauisch nähernd, sagten die Konyalilar-ArbeiterInnen: "Ihr seid daran gewöhnt, Aktionen zu machen, aber unser Ziel ist keine Aktion." Die HUMANIC-ArbeiterInnen waren von dieser Reaktion beleidigt und distanzierten sich.

Als der Staatsminister Mehmet Kahraman nach Çorlu kam, um den neuen Großmarkt zu eröffnen, nahmen die ArbeiterInnen diese Gelegenheit wahr, um eine allgemeine Kundgebung zu machen. Die ArbeiterInnen trafen sich mit dem Minister und natürlich versprach der Minister, ihnen zu helfen, was sollte er auch sonst sagen? Aber im Endeffekt hat sich nichts geändert.

Am 12. August zwangen sie den österreichischen Arbeitgeber nochmals, von der Gendarmerie Hilfe für sich zu erbitten. Er war in die Fabrik gekommen und sollte solange nicht hinausgelassen werden, bis er eine Erklärung bezüglich der Löhne und Sonderzahlungen abgegeben hätte. Noch bevor die Gendarmerie begonnen hatte, gegen die ArbeiterInnen vorzugehen -- was dem Fabriksdirektor Handel vielleicht gar nicht geholfen hätte -- kamen zufällig Leute von der Gewerkschaftsführung in die Fabrik und überredeten die ArbeiterInnen, Handel gehen zu lassen.

Die ArbeiterInnen, die jede Gelegenheit ausnützen, um ihre Probleme bekannt zu machen, blockierten mit Transparenten die Hauptverbindungsstraße E5 neben dem Fabriksgelände, auf der Ministerpräsident Demirel zu einer Grundsteinlegung für den Bau einer neuen Fabrik fuhr. Den ArbeiterInnen mußte Demirel Hilfe zusagen, aber wieder kam nichts heraus.

Ende November gingen sie zur österreichischen Botschaft in Istanbul und legten dort einen schwarzen Kranz nieder. Sie übergaben einen Protestbrief und eine Petition mit 820 Unterschriften.

Anfang Dezember wurde mit Hilfe des Çorlu Halkevi (*Volkshauses*) ein Solidaritätsabend organisiert, an dem 500 Leute teilnahmen. Die Einnahmen dieses Abends wurden für Lebensmittel verwendet, die an die ArbeiterInnen verteilt wurden.

Eine Gruppe von ArbeiterInnen (und ein Kind), die vor einer Fabrik, in der ein Arbeiter bei einem Arbeitsunfall ums Leben gekommen war, einen Kranz niederlegte, wurde festgenommen. Die Rechnung dafür wurde dem Gewerkschaftsführer von Deri-Is in Çorlu präsentiert, er wurde verhaftet und für einen Monat ins Gefängnis gesteckt.

Wegen der Besetzung und dem Marsch auf der E5 wurden 85 Frauen verhaftet und dann verurteilt, ein Gerichtsverfahren steht

noch aus. Die Besonderheit war, daß alle Frauen die Aussage verweigerten.

Eine der letzten Aktionen, die durchgeführt wurde, war die Besetzung des Werksschutzhäuschens, um einen Stützpunkt direkt bei der Fabrik zu halten. Auch hier kamen die Gendarmen umgehend zu Hilfe. Nach 4-5-stündiger Besetzung und Diskussion konnten die ArbeiterInnen sich dennoch durchsetzen. Das Häuschen ist bis zum heutigen Tag besetzt.

Die Besetzung des SHP-Lokals mußte nach nur 26 Stunden beendet werden, weil die Führung der Lederarbeit-Gewerkschaft unentschlossen war: Der Vorsitzende nahm eine passive, den Unternehmern gegenüber nachgiebige Haltung ein. Die Haltung der entschlossenen Leute reichte nicht aus, die Aktion zu retten und die Forderungen durchzusetzen.

Die Lohnforderungen lauten folgendermaßen:

Der Nettolohn soll auf ca. 2.500.- bis 3.000.- ÖS (2 bis 2,5 Millionen TL = türk. Lira) erhöht werden. Der Lohn bisher: ca. 800.- ÖS bis maximal 1.000.- ÖS (650.000.- bis 800.000.- Lira). Die Schuhe, die produziert werden, kosten zwischen ca. 280.- bis 2.000.- ÖS (200.000.- bis 1,5 Millionen Lira), 1 kg Fleisch kostet ca. 80.- ÖS (50.000.- Lira), die Mieten in Çorlu beginnen bei 1.300.- ÖS (1.000.000.- Lira).

Die Forderung nach ca. 600.- ÖS (500.000.- Lira) "Feiertagsgeld", neben dem Lohn ein fixer Betrag für alle Feiertage, wurde nicht akzeptiert, ebensowenig wie die Forderung nach 2 Paar Schuhen jährlich jeweils für Sommer und für Winter. Unter den Forderungen gibt es noch die nach einer höheren Altersabfertigung und die nach einer erhöhten "Mitteilungs"abfertigung, die bei Kündigung ausbezahlt werden soll.

Der Streik hat sich allerdings von einem ökonomischen Streik zu einem Klassenkampf gewandelt.

Die ökonomische Forderung lautet auf einen Nettolohn, der so hoch ist, wie drei Paar Schuhe im Durchschnitt kosten (die für den Export nach Österreich bestimmt sind). Damit die Betriebsräte ihre Aufgaben besser erfüllen können, sollen die bezahlten Stunden, die sie für ihre Betriebsratstätigkeit zur Verfügung haben, erhöht werden. Weiters wurde der Kündigungsschutz für Betriebsräte gefordert.

Kann das neue Jahr neue Hoffnung bringen?

Im allgemeinen kommt das neue Jahr mit neuen Hoffnungen, mit neuen Erwartungen. Die ArbeiterInnen, die ihren Streik während der Hitze des Sommers begonnen hatten und ihn jetzt in der Kälte von Trakien weiterzubringen versuchen, sind nicht hoffnungslos, aber ein bißchen müde und unsicher wegen der ungewissen Zukunft. Sie treffen sich immer noch vor dem Fabrikstor. Während sie miteinander reden, stricken sie, aber sie sind nicht mehr so sicher wie früher. Sie sagen, daß ihr Widerstand mit Erfolg beendet werden soll, aber sie wissen nicht, wie es tatsächlich sein wird.

Wenn die früheren Gewerkschafter in der Führung gewesen wären, hätten sie sich vielleicht noch sicherer gefühlt, weil sie besonders Mehmet Kiliçaslan und den anderen Ex-Gewerkschaftsführern vertraut haben - aber diese Gewerkschafter haben auf dem Kongreß Anfang November mit ganz geringer Stimmendifferenz (durch Manipulationen) die Führung verloren, und zur Zeit sitzen in der Führung rechtsgerichtete Gewerkschafter. Das ermutigte den Arbeitgeber, den Gewerkschaftern ein komisches "Angebot" zu machen: Er würde die Kosten für die Gewerkschaft während des Streiks decken und neue ArbeiterInnen mit einem Gehalt von ca. ÖS 1.100.- (900.000 Lira) im Monat anstellen.. Es ist unmöglich, daß die ArbeiterInnen von HUMANIC so etwas zulassen. Sie, die schon so lange und unter solchen Schwierigkeiten viele schwere Barrieren überwunden haben, haben sich schon längst ihren Sieg verdient. Deswegen treten die ArbeiterInnen von HUMANIC ein bißchen müde, aber mit Hoffnung in das neue Jahr.

Die Parolen, die sie mit Grüßen an alle UnterstützerInnen und FreundInnen senden:

Es leben die, die Widerstand leisten!

Es leben die Widerstand leistenden ArbeiterInnen!

Es lebe unser berechtigter Widerstand!

Es lebe die internationale Solidarität und Einheit der ArbeiterInnen!

Gebietsvertretung der Lederarbeit-Gewerkschaft in ÇORLU

Unterstützt den seit mehr als 7 Monaten andauernden Streik der ArbeiterInnen von HUMANIC in Corlu!

Es ist der drittlängste Streik und einer der wenigen von Frauen getragene Streik seit dem Militärputsch vor 12 Jahren. Der Streik hat für uns deshalb eine besondere Bedeutung, weil es sich um ein österreichisches Unternehmen handelt und der Direktor dieses Betriebs in Corlu, Peter Handel, ein Österreicher ist. In den fast acht Monaten des Streiks erhielten die ArbeiterInnen lediglich fünfmal jeweils ca. 700.- ÖS von der Gewerkschaft ausbezahlt. Die Arbeiterinnen halten weiter im Streik aus, doch ihre ohnedies miserable Lebenslage wird immer kritischer. Dies gilt besonders für streikende Frauen, deren bisher anderswo beschäftigten Männer inzwischen auch entlassen worden sind. Vielfach reicht das Geld nicht mehr fürs Essen. Die in der Schuhherstellung beschäftigten ArbeiterInnen können sich selbst und ihren Kindern kaum Schuhe leisten. Bei HUMANIC müssen sie Schuhe auf Raten kaufen, wofür sie gar noch zwei Bürgen brauchen.

Bis heute stellt sich die Firma HUMANIC taub gegenüber den Forderungen der ArbeiterInnen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben die ArbeiterInnen in einer Betriebsversammlung weitere Aktionen beschlossen - der Streik geht weiter!

Wir in Österreich können und müssen vor allem zwei Dinge tun, um den schweren Kampf der Arbeiterinnen von HUMANIC-Corlu zu unterstützen: Öffentlichkeit schaffen, um Druck auf HUMANIC auszuüben und spenden für die Streikenden.

Wir fordern Dich auf, für die Unterstützung des Streiks zu spenden und Deine Möglichkeiten auszunützen, um die Informationen über den Streik in die Öffentlichkeit zu bringen. (Neueste Informationen sind über IGARA zu erhalten).

Spenden auf das Sparbuch-Konto der IGARA: Bank Austria, Kto.-Nr. 110 363 389 (Kennwort Humanic-Streik) oder direkt abzugeben bei der IGARA: Büro des Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien, Mo.-Fr. 15 Uhr - 18 Uhr, bzw. beim IGARA-Treff Mittwoch 18 Uhr.

Die Spenden werden auf zuverlässigem Weg an die Streikenden weitergeleitet. Jede Spende hilft!

Grüße in Solidarität mit den Streikenden bei HUMANIC-Corlu!

In Wien gab es am 7.2.1993 eine Demo von der Humanic-Zentrale in der Mariahilfer Straße 1b zu zwei weiteren Filialen in der Mariahilfer Straße, vor denen jeweils kurze Kundgebungen gehalten wurden. Ca. 25 Personen beteiligten sich an der Aktion, die am langen Einkaufssamstag ziemlich auffiel. Es wurde zum Boykott der Schuhfirma aufgerufen, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß Humanic kein "schwarzes Schaf" unter den Schuhherstellern ist. Die Fa. Delka z.B. betreibt in Portugal ein Werk, in dem Kinder arbeiten.

Nach einigen Plena wurde beschlossen, am 25.2.93 eine weitere Demonstration zu machen. Diese soll um 14 Uhr vor der Gewerkschaft der Privatangestellten am Deutschmeisterplatz beginnen, die Route führt über die ÖGB-Zentrale in der Hohenstauffengasse (dort ist auch der Sitz der Gewerkschaft Leder-Textil) um 15.30 Uhr zu den Humanic-Filialen am Stephansplatz und in der Kärntner Straße.

Die MitarbeiterInnen von Humanic in Wien wurden aufgefordert, sich mit ihren KollegInnen in Corlu zu solidarisieren. Das Echo war mager. Der Betriebsrat verstieg sich sogar dazu, den türkischen Mitarbeitern einen Abbruch des Streiks zu empfehlen: "Die sollen froh sein, daß sie was zu essen haben." Hoch die internatonale Solidarität?!

Demo am 25.2., 14 Uhr

1010 Wien, Deutschmeisterplatz

Anmerkung vorneweg: Im Originaltext kommen keine Arbeiterinnen, Genossinnen, Studentinnen, Proletarierinnen vor. Da wir jedoch davon überzeugt sind, daß sie sehr wohl existieren, den proletarischen Kampf entwickeln, tragen und vorantreiben, wundert uns, daß sie in den folgenden Texten vergessen bzw. unsichtbar gemacht wurden. Unserer Meinung nach ist das Kenntlichmachen von Frauen in einer männlich geprägten Sprache unerläßlich, damit Frauen selbstverständlich als handelnde Subjekte gesehen und erkannt werden.

(aus: Gramigna - Info, Nr. 15, Padova)

CONTRO L'ATTACCO ANTIPOPOLARE DEL GOVERNO DEI SACRIFICI

OPERAI E STUDENTI UNITI NELLA LOTTA

1968 1977 1988.....

Euch die Krise des Kapitals, uns die Schrauben!

(Unvollständige) Chronik der Wut und des Kampfes gegen die Amato-Regierung und gegen die Gewerkschaft des Staates.

Donnerstag, 17. September: Die Amato-Regierung gibt das Finanzkonzept für 1993 aus. Es ist ein gravierender ökonomischer Angriff, der Arbeiter und Proletarier aller Sektoren trifft, und besonders drastisch den Gesundheitssektor, die Pensionen, die Löhne und zugleich Steuern erhöht.(1)

Das geht einher mit dem schweren Angriff gegen alle Arbeiter durch das schändliche Übereinkommen vom 31. Juli, das die Scala Mobile (*Anm.: gleitende Lohnskala* (2)) abgeschafft hat.

Dieses Abkommen ist von den staatlichen Gewerkschaften unterschrieben worden, ohne daß ihnen von den Arbeitern der Auftrag dazu gegeben worden wäre.

Freitag, 18. September: Darauf antworten die Arbeiter in zahlreichen italienischen Städten spontan und mächtig: Spontanstreiks, Blockaden von Bahnstationen, Anhalten von U-Bahnen und Autobahnblockaden. Arbeiter demonstrieren spontan vor den Sitzen der Gewerkschaft, um die Politik der Gewerkschaft zu verurteilen und den Generalstreik zu fordern.

Samstag, 19. September: Die selbstorganisierten Proteste dauern an. Die Gewerkschaft versucht den Kampf zu bändigen und kontrollieren, indem sie unzählige Streiks für die folgende Woche ausruft, regionale und provinzweite Streiks. (*Anm: es war die Strategie der Gewerkschaft, einem selbstorganisiertem Generalstreik vorzubeugen, indem sie lokale Streiks ausrief; somit versuchte, sich an die Spitze der Protestbewegung zu stellen, gerade um sie kontrollieren, vereinahmen und zerstören zu können und jedem Beginn eines einheitlichen Agierens der ArbeiterInnenklasse die Gewerkschaftsstrukturen entgegenzusetzen.*)

Dienstag, 22. September: In Firenze (*Florenz*) nehmen mehr als 100 000 Personen am ersten, von den offiziellen Gewerkschaften ausgerufenen Streik teil. Nicht nur gegen die Amato-Regierung, sondern auch gegen die Gewerkschaftsverräter. Bruno Trentin von der CGIL (3) wurde von den Arbeitern angegriffen, als er aus dem Auto steigt, ein zweitesmal als er auf die Bühne steigt, um zu sprechen. Rufe, Pfiffe, geschleuderte Eier, Gemüse und Schrauben - das ist der Empfang, den ihm die Arbeiter bereiteten. Die Medien schlagen sofort, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Parteien zum Alarm gegen die neuen Provokateure, die als "Autonome" oder Nazi-Skin bezeichnet werden. Niemand hat den Mut zu sagen, daß es um Klassenkampf geht!

Mittwoch, 23. September: Dasselbe wie Bruno Trentin erwartete in Milano, nach einer Demonstration von von ca. 100 000 Personen den Gewerkschafter Silviano Veronese, der gezwungen wurde, die Bühne zu verlassen. Mit der Losung des Tages "das Wort den Arbeitern" gehen zur selben Zeit die selbstorganisierten Arbeiter von Alfa (*Anm.: Alfa Romeo, Autofabrik in Milano (Mailand)*) und anderen Fabriken auf die Straße. Auf einem Lastwagen halten sie eine Gegenveranstaltung ab. Mehr als 10 000 Arbeiter heben die Hand für den Generalstreik. Die Medien entdecken immer mehr Provokateure...

Donnerstag, 24. September: Mächtige Demonstrationen mit starken Protestkundgebungen gegen die Gewerkschaft in Napoli und Genova. Trotz Regen beteiligten sich in Napoli über 70 000 Personen, Arbeiter, organisierte kämpfende Obdachlose und sind den Provokationen der Polizeischergen ausgesetzt. Ein Genosse wird verhaftet.

In Padova nehmen am provinzweiten Gewerkschaftsstreik ca. 4000 Arbeiter teil. Die Gewerkschaft hat im Laufe weniger Tage den provinzweiten Streik, als auch den regionalen Streik (später widerrufen) ausgerufen, um die Kraft der Arbeiter zu zerschlagen. Und so sind die Belegschaften vieler Fabriken nicht auf die Straßen gegangen. Die Veranstaltung beginnt, als noch nicht einmal die Hälfte des Demonstrationszuges auf der Piazza dei Signori angekommen war. Es beginnen auch Protestkundgebungen, Pfiffe, Beschimpfungen der Gewerkschafter von Seiten der Arbeiter, Genossen, Studenten, die sich in der Mitte des Platzes sammeln. Die Veranstaltung wird brüsk unterbrochen und als sich alle zerstreut hatten wird der "spezzone antagonista" (*Anm.: wortwörtlich "gegnerische Splitterbombe"; bürgerliches Schlagwort für die kämpferischsten, entschlossensten Kräfte*) angegriffen, der von vorneherein vom Platz ferngehalten worden war.

Donnerstag, 24. September: Eine Spontandemonstation von ca. 700 Personen, ausgehend von der Fabrik Lanerossi in Schio (*Anm.: Stadt bei Vicenza*), den Fabriken Depretto und Zanon, durchqueren trotz heftigem Regen das Städtchen von Schio, das im Industriegebiet von Alto Vicentino liegt. Die Demonstration geht zum Sitz der Gewerkschaft, die Arbeiter fordern den Generalstreik.

Freitag, 25. September: Trotz der Fernsehkampagne der vorangegangenen Tage, die versuchen wollte die Wut der Arbeiter durch Interviews mit Arbeitern, die angeblich aus Angst nicht am Streik teilgenommen hatten, zu entschärfen und obwohl die Gewerkschaft genügend Arbeiter aus verschiedenen Fabriken ohne Autobus stehen ließ (*Anm.: z.B. die größte darunter, Mirafiori* (*Fiat Mirafiori, Autofabrik*)) durchzieht eine großartige Demonstration voller Kraft und Wut Torino. Die Protestkundgebung wird von einem provokanten Eingriff der Ordnungskräfte unterbrochen, die die Demonstrierenden unter die Bühne treiben.

Sonntag, 27. September: Versammlung der Selbstorganisierten im Centro Popolare Alessandrino in Roma. Unter den wichtigsten Anwesenden waren Alfa, Breda (*Anm.: Nuova Breda Fucine; Metallindustrie*) aus Milano, Contraves (*Anm.: Elektrogeräteproduktion*) aus Roma. (*Siehe die nachfolgende Schlußresolution*)

Dienstag, 29. September: Am Streik in Treviso nehmen mehr als 2000 Arbeiter teil, es gibt kräftige Proteste gegen die Gewerkschaft. Dem Fabriksrat von Zanussi (*Anm.: div. Haushaltsgeräteproduktion*) wird verboten, ein Kommunique zu verlesen, in welchem der Generalstreik gefordert wird.

Auch in Udine und Trieste werden während Veranstaltungen der Gewerkschaft aus Protest Tomaten und diverses Gemüse geschleudert.

Obwohl die Gewerkschaft die Belegschaften mit den kämpferischsten Arbeitern zu Fuß gehen ließ (*Anm.: ohne von der Gewerkschaft organisierte Autobusse*), wie zum Beispiel jene, die in Schio einen Streik selbstorganisiert hatten, beteiligten sich in Vicenza unter heftigem Regen ca. 10 000 Personen. Während der Veranstaltung versuchten sich die Gewerkschafter duch die Aufstellung gewerkschaftseigener Ordnungstruppen vor den Protesten zu schützen. Diese Ordnungstruppen wurden von der Polizei unterstützt, mit denen sie vier Meter vor der Bühne standen um die Arbeiter auf Distanz zu halten. Aber das hat sie nicht vor Eiern und Gemüse bewahrt.

Gleichsam der gesamte Platz hat mit Wut und Entschlossenheit gegen die Veranstaltung protestiert und auch als sich die ge-

kauften Gewerkschafter davongeschlichen hatten, sind viele Leute auf dem Platz geblieben und verlangten mit ihren Parolen den Generalstreik, die Aufkündigung der Übereinkunft vom 31. Juli, den Hinausschmiß der Amato-Regierung.

Freitag, 2. Oktober: Nationaler Streik der öffentlich Bediensteten und regionaler Generalstreik in Roma. Die Demonstration zeichnete sich durch Proteste und Zusammenstöße zwischen Demonstrierenden und der Polizei sowie den Ordnungstrupps der Gewerkschaftsfachverbände aus. 7 Personen wurden verhaftet.

Am Nachmittag Demonstration mit 25 000 Leuten, organisiert von der CUB (4). Nähere Nachrichten über deren Verlauf sind noch nicht bekannt.

Die Arbeiter in Belluno streiken und gehen auf die Straße um gegen die Gewerkschaftsveranstaltungen zu protestieren

Anmerkungen:

(1) Im Budgetentwurf für 1993 bzw. im Abkommen vom 31. Juli 92 zwischen den staatlichen Gewerkschaften CGIL (3), CISL (Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori; der Democrazia cristiana, christdemokratischen Partei nahestehende Gewerkschaft), UIL (Unione Italiana del Lavoro; im wesentlichen von der sozialdemokratischen und republikanischen Partei getragene Gewerkschaft) mit der Regierung und den Unternehmern sind Maßnahmen vorgesehen, wie zum Beispiel (nur einige von vielen):

* die Abschaffung der Scala Mobile (2)
* die Blockierung von Pensionierungen vor Erreichen des Pensionsalters über das ganze Jahr 1993
* ein Einstellungsstop für öffentliche Bedienstete
* Einschränkung des Streikrechts
* Aussetzung der Lohnverhandlungen für 1993

(2) SCALA MOBILE: Wörtlich: "Rolltreppe"; gleitende Lohnskala zum automatischen Inflationsausgleich des Reallohns. Auf Druck der Arbeiterklasse wurde die Scala Mobile ab 1973 gleichmäßig auf alle Berufskategorien angewandt, wodurch sich in den 70ern die Löhne stark anglichen. Seit 1983 wurde die Scala Mobile differenziert berechnet, dadurch öffnete sich die Schere wieder.

(3) CIGL: Confederazione Generale Italiana del Lavoro; der PCI (Partito Communista d'Italia - seit 1991 PDS) nahestehende Gewerkschaft.

(4) CUB: Confederazione Unitaria di Base; Scheingewerkschaft

Schlußresolution der selbstorganisierten Versammlung vom 27.9.1992

Die Proteste gegen die institutionellen Gewerkschaftsverbände und die große Beteiligung der Massen an den Demonstrationen der letzten Wochen haben einen sozialen Zusammenstoß von großen Dimensionen und großen Perspektiven mit sich gebracht. Die Arbeiter, die *cassaintegrati* (5), die Obdachlosen, die Pensionisten und die Studenten waren durch das Abkommen vom 31.7.92 und durch die Maßnahmen der Amato-Regierung dazu gezwungen spontan auf die Straßen zu gehen, um somit eine eigene und einheitliche Logik der Klasse wiederzugewinnen, kompromißlos, in Gegenposition zur Logik der Regierung, der *padroni (Anm.: KapitalistInnen, Herrschende..)* und der Gewerkschaftsverbände.

In der Frage um die "gleichverteilten Opfer" ist das Eigentliche, das die Lohnarbeiter und die Niedrigsteinkommenschichten von der Gesamtheit der institutionellen Kräfte (Gewerkschaften eingeschlossen) trennt, folgendes: akzeptiert man überhaupt das Grundprinzip dieser Opferlogik, die das Gewicht eines wirtschaftlichen Anti-Krisen Manövers auf alle Bürger "gleichverteilt" sehen will. (*Anm.: in Deutschland ist die Rede vom "Solidarbeitrag"*)

Im Prinzip war es so, daß während die Gewerkschaftsverbände im Namen der "gleichverteilten Opfer" zu Demonstrationen und Streiks aufriefen, der Protest auf den Straßen sein entschiedenes Nein zu jedwedem Opfer bekräftigte. Die einzig mögliche Gleichverteilung gegenüber dem Großteil der italienischen Familien (an die 40% leben mit weniger als 1 700 000 Lire im Monat und 80% mit nicht über 3 000 000 Lire (6)) ist es, die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verringern, das Gesundheitswesen zu verbessern und die öffentlichen Einrichtungen auszubauen.

Der Protest auf der Straße muß infolgedessen, vielmehr deshalb weil er existiert, als auf Grund eines gereiften Bewußtseins, sich nicht nur der Politik der ominösen Gewerkschaften entgegenstellen, sondern sich deren ideologischer und historischer Struktur als solcher widersetzen.

Überdies muß hervorgehoben werden, welch große Übereinstimmung mit dem Verlauf der Selbstorganisierung die Losung "die Arbeiter müssen sprechen" - in Taten und nicht nur auf den Transparenten - gefunden hat.

Und Selbstorganisierung bedeutet natürlich vor allem anderen, daß die Arbeiter immer sprechen und entscheiden können müssen. Die Bewegung dieser Tage ist also dazu bestimmt den Prozeß der Neu- und Wiederzusammensetzung des Proletariats und das Niveau der schon sedimentierten (7) Selbstorganisierung zu festigen. Kurzfristig bedeutet das die Notwendigkeit die Kräfte darauf zu konzentrieren, ausgehend vom Generalstreik gegen die *padroni*, die Regierung und die Gewerkschaftspolitik, zu drei zentralen Zielen zu kommen, die von der Bewegung schon gesetzt worden sind:

1) sofortige Rücknahme aller Regierungsmaßnahmen, der vom Juli und der vom September;

2) sofortige Wiedereinsetzung der Scala Mobile (2);

3) Wiederaufnahme der Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst und in den Privatfirmen.

Diese Ziele können nur erfolgreich erobert werden, wenn die Härte der Kampfformen aufrechterhalten bleibt, von den Gegenpositionen gegenüber den Gewerkschaftern bis hin zu den Massenstreikposten im *territorio (Anm.: Stadteile, Bezirke...)*

Die verschiedenen Kräfte der Selbstorganisierung werden bis ins Tiefste in diesen Prozeß eingebunden sein: um den Protest zu unterstützen und den Kampf zu verallgemeinern, aber auch um die notwendige Perspektive der Selbstorganisierung aufzuzeigen.

Wir werden also gegenwärtig sein, Streiks ausrufen und die Massenbeteiligung organisieren, wenn je nach allgemein fälligen Anlässen (8) die Massen auf den Straßen sind um zu protestieren und zu kämpfen. Zugleich schlagen wir ab sofort einen Streik vor und eine nationale Demonstration der Selbstorganisierung und auf jedenfall mit dem Wiedereintritt der allgemein fälligen Anlässe.

Darüberhinaus schlagen wir von jetzt an einen Abstimmungsprozeß vor; dieser Prozeß muß über die von politischen Parteien unabhängigen Basiskomitees aktiviert werden.

Zusammenfassend entscheidet die Versammlung der Selbstorganisierten:

1) Gegenwärtig zu sein (wie sie es war in diesen Tagen) in den Bewegungen und Streiks, um den Protest gegen die *padroni*, Regierung und staatliche Gewerkschaften zu verstärken und zu organisieren.

2) In Übereinstimmung mit den von zehntausenden von Arbeitern gefällten Beschlüssen der Piazza Duomo in Milano auf der Versammlung der Selbstorganisierten vom 23.10.92 zu handeln.

3) Die Versammlung befindet den Alternativstreik vom 2.Oktober nachmittags, der von der CUB ausgerufen wurde, als ungenügend. An diese Genossen richten wir einen dringlichen Einheitsapell für die Initiative des 23.10.

4) Die Versammlung beschließt, daß sie in kurzer Zeit zu einer Koordination der Kampfbewegungen und der organisierten Kräfte kommen will und erteilt der Leitung der Versammlung das Mandat technisch die erste Zusammenkunft dieser Koordination zu organisieren und zwar bis zum 10. Oktober und nicht später. Sofern nicht eher die Notwendigkeit gegeben ist, sieht sich die Versammlung für den 10. Oktober im Centro Popolare Allessandrino in Roma wiedereinberufen.

(einstimmig beschlossen) Roma, 27.9.1992

(aus: Controinformazione internazionale Nr. 8)

Interview mit einem Delegierten vom Fabriksrat eines mailändischen Großbetriebes

Welche sind die objektiven Bedingungen, die die Wiederaufnahme der Konfliktbereitschaft und Streitbarkeit der Arbeiter bestimmt haben?

Die Gründe, die die Wiederaufnahme der Konfliktbereitschaft und Streitbarkeit der Arbeiter bestimmt haben, sind in der Verschärfung der Krise und in der Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen zu suchen.

In der Krise hat sich die arbeiterfeindliche Rolle der Gewerkschaften und politischen Parteien offenbart. Und obwohl die Befehlsstrukturen in den Fabriken härter geworden sind, ist die gewerkschaftliche Kontrolle über verschiedene Sektoren der Arbeiterklasse durchbrochen.

Die Prozesse der Umstrukturierung der 70er und 80er Jahre haben die Zusammensetzung der Arbeiterklasse zutiefst verändert - ausgehend von einer weiteren Spezialisierung des Produktionszyklus und dessen Zerteilung in viele Sektoren. Der Arbeiter ist eines Bewußtseins enteignet, über das er in der Vergangenheit die eigenen Prozesse der Neu- und Wiederzusammensetzung realisiert hatte. In den Kämpfen dieser Tage treten neue Formen der Wiederzusammensetzung der Arbeiterklasse zutage.

Der letztere Prozeß der Umstrukturierung hat auch einige professionelle Berufsgruppen ihres Wissens enteignet, wie die Fräser, die Dreher, etc. die durch Drehbänke ersetzt wurden, bei denen der Arbeiter nur mehr händische Arbeitskraft zur Kontrolle ist.

Die Enteignung eines bestimmten Fachwissens durch die Anwendung der Informatik in gewissen Teilen der Produktionsprozesse und in den Büros hat zum Prozeß der Neuzusammensetzung der Arbeiter beigetragen.

In einer Phase, die gekennzeichnet ist vom Zusammenbruch des Sozialstaats, führen Lohnschlachten zu gar nichts und lassen keinen Wiederaufschwung reformistischer Politik zu. Was ist in dieser Situation das Gebiet auf welchem sich der Kampf der Arbeiter erweitern kann?

Heute nehmen ökonomische Forderungen einen "subversiven" Charakter an, auch wenn sie sich nur gegen Angriffe *(Anm.: Entlassungen, etc.)* richten. Schließlich sind sie mit der ökonomischen Krise unvereinbar.

Wichtig ist heute logisch und konsequent innerhalb der Widerstandsbewegung zu stehen, ohne irgendjemandem Illusionen zu machen. Der Klassenkampf ist beides, wirtschaftlicher und politischer Kampf und heute ist es nicht möglich sich zu verteidigen ohne nicht auch einen antikapitalistischen Oppositionskampf zu führen.

Die Konfrontation, die sich zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen ereignet hat, schwächt die Bourgeoisie. Die Proletarier müssen es verstehen von diesem Moment der Schwäche des Klassenfeinds zu profitieren. In welcher Art?

Der Zusammenstoß zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen verlangsamt in einigen Momenten den Druck auf das Proletariat. Das kann man ausnützen, um Autoritätshörigkeit und das sich Unterwerfen unter das System (Gewerkschaften, Parteien,etc.) zu durchbrechen, um sich autonom und unabhängig den Platz auf der politischen Bühne erobern zu können.

Was sind deine Einschätzungen über die laufende Debatte hinsichtlich der Kampfformen (Generalstreik, Blockaden, Besetzungen,etc.)?

Die Kampfformen hängen auch von den Kräfteverhältnissen ab, das Wichtige sind die Inhalte und die Organisation. Die Menschen vergehen, die Organisation bleibt.

(aus: Assalto al cielo Nr. 4)

Kommunique

Während des regionalen Streiks der Gewerkschaften und dem nationalen Streik des öffentlichen Dienstes sind hunderte von jungen Studenten brutal von den Ordnungstruppen der Gewerkschaft, mit Schlagstöcken und Flaschen bewaffnet, und von massenhaften Polizei- und Gendarmeriekräften in Kriegsbereitschaft angegriffen worden. Diese schändlichen Fakten sind ein weiterer Beweis dafür, daß unter dem Zugzwang der europäischen Einheit 1993, der italienische Kapitalismus und seine institutionellen und gewerkschaftlichen Diener keine Art von Widerstand dulden werden.

Aber die Repression erfolgt nicht nur gegen den Widerstand auf der Straße, sondern auch die ständige und massive Gegenwart von Agenten der DIGOS (9) und bewaffneten Wachdiensten in den Fakultäten, die Installation von Kameras zur lückenlosen Überwachung (wie auf der Fakultät der Geisteswissenschaften in Padova) sind weitere Teile davon.

In keiner der italienischen Bildungstätten gibt es mehr Räumlichkeiten, wo die Studenten kulturelle und soziale Initiativen diskutieren und organisieren können.

Und die strenge Beharrlichkeit gegenüber den Studenten, die sich zu den Protagonisten der Besetzungsbewegung 1990 gegen die Privatisierungen gemacht haben, geht weiter: nach den Prozessen in Torino, Urbino und Roma werden in der zweiten Novemberhälfte wegen der Besetzung eines ehemaligen Kinos (das sofort geräumt und zugemauert wurde) und einer Protestkundgebung gegen den Direktor während einer öffentlichen Veranstaltung, zwei Prozesse stattfinden.

Aber die Antwort, die die Mittelschüler in Roma und Milano anlässlich des von der Gewerkschaft ausgerufenen Schein-Streiks organisiert haben - nämlich zwei Kampfdemonstrationen mit extrem hoher Beteiligung - beweisen, daß kein Versuch der Einschüchterung und Kriminalisierung von Seiten der Polizei die Wut und die Freude am Kampf stoppen kann.

Angesichts der Logik der *padroni*, die die Studenten unterteilen will in brave, ruhige und solche, die sich mit dem Kampf der Arbeiter, die um ihre Bedürfnisse kämpfen, solidarisieren und beteiligen - setzen wir mit Kraft die Notwendigkeit einer konkreten und realen Solidarität entgegen: einer Solidarität mit allen Studenten, die in unterschiedlichen Formen, aber durch die selbe Ursache, der Brutalität und Autorität des Kapitals ausgesetzt sind.

Für Einheit und Solidarität im Kampf

Collettivo Redazionale "Universale" (Roma)
Collettivo Universitario "Rumorss" (Padova)

Anmerkungen:

(5) CASSA INTEGRAZIONE: Lohnausgleichskasse; staatlicher Lohnausgleich bei Kurzarbeit wegen befristeter Betriebsstillegung oder Umstrukturierung von Mittel- und Großbetrieben. Ursprünglich in der Mussolini-Ära eingeführt, um den Übergang in die Rüstungsindustrie zu erleichtern. Seit Mitte der 70er funktionierte sie mehr und mehr als eine Art Arbeitslosengeld für die Arbeiter der italienischen Großindustrie.

(6) zum Vergleich: 1kg Brot kostet derzeit ca. 2000 Lire; 1 Liter Milch 1500 Lire. Diese Preise können sich Tag für Tag erhöhen.

(7) Ausdruck aus der Arbeit vom Bau: gemauerte Grundfeste, Sockel.

(8) Mit den "allgemein fälligen Anlässen" sind die nächsten,mit Sicherheit eintretenden ökonomischen Manöver, bzw. deren Durchsetzung gemeint (Entlassungen, Lohnkürzungen...)

(9) DIGOS: Politische Polizei; wurde unter aktiver Beteiligung der KPI in der zweiten Hälfte der 70er Jahre reorganisiert.



Am 20. 12. 1992 wurde im Sinne der Koordinierung von organisierten Kräften und kämpfenden Bewegungen (besetzte Soziale Zentren, StudentInnenkollektive, Kampfkomitees der ArbeiterInnen...) eine Versammlung der Selbstorganisierten abgehalten.
Wir veröffentlichen eine unter vielen Resolutionen, die auf diesem Treffen diskutiert und beschlossen wurden - deshalb, weil hiermit den Kämpfen der ArbeiterInnen und ProletarierInnen eine antiimperialistische Identität vermittelt wird, die Zusammenhänge offenlegt und einen Schritt auf den proletarischen Internationalismus hin bedeutet.

Tagesordnungspunkt über die Invasion in Somalia

Nachdem der italienische Imperialismus dazu beigetragen hat, die Völker der Welt mit seiner Politik des Raubs und der Ausbeutung auszuhungern, hat er, genauso wie die anderen westlichen Länder, sich hinter der Maske der humanitären Hilfe versteckt und mit der Unterstützung der übergroßen Mehrheit politischer und gewerkschaftlicher Kräfte bewaffnete Truppen nach Somalia und Mozambique geschickt.

Während er "im Heimatland" Millionen von Arbeitern entlässt und in *Cassa Integrazione* (5) schickt, alle dazu zwingt Opfer zu bringen, gibt er Milliarden dafür aus Militär zu entsenden, um damit die Interessen der italienischen Kapitalisten im Ausland zu verteidigen.

Als von der Umstrukturierung getroffene italienische Proletarier dürfen wir in Zusammenhang mit unserem Kampf gegen Entlassungen und Verschlechterung der Lebensbedingungen nicht über die Invasion schweigen und uns so zu Komplizen der italienischen *padroni* und der Regierung machen.

Das Weltproletariat und die hungernden, unterdrückten Völker im Süden der Welt haben einen einzigen Feind: den Imperialismus.

Arbeiter, Proletarier, der Feind steht im eigenen Land! Er ist derselbe, der uns aus der Arbeit schmeißt und der Millionen von Menschen auf der Welt zum Hungern zwingt.

Organisieren wir überall die Entlarvung und die Mobilisierungen gegen die Regierung - für den Rückzug der italienischen Truppen aus dem Ausland.

Beschlossen von der Versammlung, die am 20.12. 1992 in Florenz im selbstverwalteten Volkszentrum stattfand.

An der Versammlung haben teilgenommen:

Comitato di lotta Nuova Breda Fucine Sesto S. Giovanni, Milano (Kampfkomitee der Nuova Breda Fucine, Metallindustrie)
Comitato di base USSL 68 Rho, Milano (Basiskomitee der Angestellten eines Krankenhauses)
Lavoratori Manifattura Tabacchi, Milano (Arbeiter der Tabakfabrik)
Ferrovieri Viareggo (Eisenbahner aus Viareggio)
Lavoratori impresa pulizie Universita' di Roma (Arbeiter des Putztrupps an der Universität in Roma)
Lavoratori dell' Universita' di Padova (Arbeiter der Universität von Padova)
Centro Initiativa Popolare Alessandrino Roma (Zentrum der Volksinitiativen Alessandrino Roma)
Centro Sociale Panetteria, Milano (Soziales Zentrum Panetteria)
C.I.S.C. Roma (Soziales Zentrum)
Centro Popolare Autogestito Firenze (Selbstverwaltetes Volkszentrum Firenze)
Centro Sociale Gramigna Padova (Soziales Zentrum Gramigna)
Colletivo Metropolitano Bologna (Metropolenkollektiv Bologna)
Movimento per la casa Accra, Napoli (Bewegung für Häuser aus Acerra)
Colletivo di Lettere Roma (Kollektiv der Geisteswissenschaften in Rom)
Collettivo di lotta Liceo scientifico Morgagni Roma (Kampfkollektiv am wissenschaftlichen Gymnasium Morgagni in Roma)
Collettivo Rumorss Padova (Kollektiv Rumorss Padova)
Collettivo S/Contro Pordenone (Kollektiv S/Contro Pordenone)
Collettivo Guernica Catania (Kollektiv Guernica Catania)
Coordinamento Studenti Lavoratori Pisa (Koordination Studenten-Arbeiter Pisa)

(aus: Controinformazione internazionale Nr. 8)

In den letzten Monaten sind in Italien die Massen auf die Straßen gegangen, um gegen das Abkommen vom 31. Juli, das den Ausverkauf der historischen Errungenschaft der Scala Mobile (2) bedeutet und gegen das ökonomische Manöver der Amato-Regierung zu protestieren. Dieser Massenprotest eröffnet einen breiten Raum des Kampfes und der Diskussion. Im Besonderen hat sich die Arbeiterklasse zum Protagonisten dieser großen Mobilisierungen gemacht, indem sie sich massenhaft beteiligte, die gekaufte Gewerkschaft anklagte und spontane, selbstbestimmte Kampfformen einsetzte.

Zehntausende von Arbeitern und Proletariern sind in Milano und anderen Industrieorten spontan gegen dieses betrügerische Abkommen und die schwerwiegenden ökonomischen Maßnahmen auf die Straßen gegangen, nach dem Urlaubsende und sofort wieder, als die Regierung diese Maßnahmen umzusetzen begann. Hunderttausende haben an den von den staatlichen Gewerkschaften ausgerufenen Streiks teilgenommen und protestierten radikal gegen die verkaufte Gewerkschaftsbürokratie. Wir stehen einem großen Widerstandskampf gegen die laufende Verschärfung der kapitalistischen Krise gegenüber, welche die multinationale Bourgeoisie dazu bringt, die Gesamtproduktionskosten drastisch zu verringern und somit die Lebensbedingungen von Millionen von Proletariern angreift.

Seite an Seite mit der Mobilisierung der Arbeiter sind die Arbeiter des öffentlichen Diensts, die Studenten, die Arbeitslosen, die kämpfenden Kräfte des *territorio* auf die Straßen gegangen. In der Zwischenzeit sind, aufgrund des verallgemeinerten Charakters des staatlichen Angriffs auch die verschiedenen Teile der selbstständig Arbeitenden *(Anm.: KleinunternehmerInnen, Bauern/Bäuerinnen...)* auf die Straßen gegangen.

Diese Krise hat einen globalen Charakter und ist seit dem Beginn der 70er im Gange. In dieser letzten Phase ist das an die Oberfläche gekommen, was seit Jahren des Finanztaumels, der an die Reagan-Politik des "starken Imperiums" gebunden war, verdeckt gehalten wurde. Der Krieg am Golf hat nur für einige Monate das Explodieren der Krise im gesamten Westen aufschieben können. Und nicht einmal die Tatsache, daß sich dem räuberischen Kapitalismus in den Ländern des Ostens neue Räume eröffnet haben, ist ein Ventil welches sich als ausreichend erweist.

Die Antwort der multinationalen Bourgeoisie auf die Krise konkretisiert sich im Versuch, transnationale Märkte zu schaffen und im eigentlichen Sinn multinationale, imperialistische Pole, von welchen aus auf makroökonomischem Niveau die Grundfesten der kapitalistischen Verwertung geplant werden. In diesem Prozeß sehen wir das Aufeinanderprallen von Gruppen, aus denen sich die multinationale Bourgeoisie zusammensetzt: das zeigt sich in den Handelskriegen zwischen diesen Polen, im Krieg der Zinssätze und in den explosiven

Spannungen, die im Prozeß der Entwicklung des europäischen Pols heranreifen (das Währungssystem fällt aus dem Gleichgewicht).

Die Kehrseite ist, in den imperialistischen Ländern die Kosten der Krise auf das Proletariat und die untergeordneten Klassen - die Kleinbourgeoisie inbegriffen - abzuwälzen und in den von der imperialistischen Herrschaft unterdrückten Nationen die Kosten der Krise gegen ganze Völker auszutragen.

Am Ende dieser Erwägungen wird die gewerkschaftliche und reformistische Lesart lächerlich, die die Faktoren der Krise mystifiziert, sie reduziert auf eine Frage der Funktionalität des Staates, der Korruption oder der Steuerhinterziehung. Heute hingegen stehen wir neuerlich einer strukturellen Krise des Kapitalismus gegenüber und diese Mystifikationen sind nichts anderes als Versuche, die Massen zu verwirren und zu spalten: Lohnarbeit gegen selbstständige Arbeit und Arbeiterklasse gegen den öffentlichen Dienst. Im Bereich der gewerkschaftlichen Linken zeigen sich Entwicklungslinien, die davon ausgehen, die Massen ideologisch und praktisch zu entwaffnen und nicht in Erwägung ziehen, daß es, um die Interessen des Proletariats zu schützen, unerläßlich ist, jedwede Verträglichkeit mit dem kapitalistischen System zu brechen. Heute hat uns der Kampf gezeigt, daß die Mehrheit des Proletariats sich gegen das Voranschreiten der Krise mobilisiert und hat auch bewiesen, daß es möglich ist, die breite Kampffront aufzubauen, die vom Erkennen des gemeinsamen Feinds ausgeht. Diese Mobilisierung hat nicht nur den Charakter des Widerstands, sondern drückt von jetzt an das aus, was die Grundlage eines neuen offensiven Charakters sein kann: die Tendenz der Arbeiterklasse, den eigenen Kampf in die Hand zu nehmen, anstatt ihn an die verkaufte Gewerkschaft abzugeben und sich auf verschiedene Art und Weise dem Problem der Selbstorganisierung zu stellen.

Ausgehend von diesem Punkt denken wir, daß es unerlässlich ist eine langfristige methodische Arbeit aufzubauen und durchzuführen, um stark und in erweiterter Form für die nächsten ökonomischen Manöver gerüstet zu sein. Klarerweise wird das Maastrichter Abkommen durch dieses letzte ökonomische Manöver nicht erfüllt werden, sondern noch viele weiteren Manöver dieser Tragweite notwendig machen. Deshalb dürfen wir nicht nur das sehen, was in Italien passiert, sondern auch das, was in Europa passiert, von den Kämpfen der deutschen Arbeiter, der englischen und spanischen Minenarbeiter, bis hin zu den Streiks in Griechenland und den Ergebnissen des Referendums über Maastricht in Dänemark und Frankreich.

Was die Kampfformen betrifft ist es nicht nötig, eine im speziellen zu verabsolutieren (z.B. den Generalstreik): so ist die Bandbreite der schon artikulierten Formen sehr verschieden und geht von unbefristeten Streiks in Deutschland über Besetzungen von Minen in Großbritannien, den Spontanstreiks, den Eisenbahn- und Straßenblockaden in Italien bis hin zu Besetzungen von Fabriken, die vor dem Zusperren stehen.

Heute geht es darum die Debatte, die der Arbeiterwiderstand aufwirft, in den verschiedenen Sektoren und hauptsächlich im *territorio* qualitativ zu verwerten und zu verallgemeinern. Das *territorio* kann ein Ort der proletarischen Neuzusammensetzung sein und ein Ort der Bündnisse mit anderen von der Krise getroffenen sozialen Gruppen. Und darüberhinaus gilt es, die Kräfte zu erfassen, welche die neue Phase kennzeichnen werden, die durch die Zuspitzung der Krise und der Antwort der Arbeiterklasse darauf, eröffnet worden ist.

Sicherlich ist eine der wichtigsten Fragen, die sich in zunehmendem Maße in Bezug auf die Arbeitsbedingungen stellen wird, die der Fabrikschließungen, der Entlassungen und sicherlich das Problem der Beschäftigung überhaupt.

Heute geht es darum, das Bewußtsein zu schaffen, daß dieses Problem mit dem multinationalen Charakter der ökonomischen Struktur verbunden ist; die Produktionsquoten werden auf übernationalem Niveau entschieden (siehe Stahl, Rohmaterialien, etc.) und der multinationale Charakter des Zyklus führt dazu, daß produktive Investitionen in Regionen gemacht werden, wo es mehr Möglichkeiten zur Ausbeutung gibt. Dieser Prozeß schafft das Phänomen der Entindustrialisierung ganzer Gebiete.

Ausgehend von dieser Erkenntnis ist es möglich, einen qualitativen Sprung im Kampf herbeizuführen, einerseits über ein immer klareres Erkennen des wirklichen Feinds - der die multinationale Bourgoisie ist - auf der anderen Seite über den Aufbau gemeinsamer Solidaritäts- und Kampfesbeziehungen im europäischen Proletariat.



Hürriyet 30.12.92

Zwischenfall zwischen linken und rechten Türken

Strasbourg, Frankreich: Zehn Leute, die in einem Saal mit Vorbereitungsarbeiten für ein Konzert mit Ozan Arif beschäftigt waren, wurden angegriffen. Während die letzten Vorbereitungsarbeiten durchgeführt wurden - 3 Stunden vor Konzertbeginn -, drang plötzlich eine Gruppe von ca. 50 Personen in den Saal ein. Die als "extrem Linke" bezeichneten Angreifer verletzten 8 Personen. Sie kamen mit Knüppeln in der Hand in den Saal und begannen wahllos herumzuschlagen. Einer der Angegriffenen wurde schwer verletzt. Nachdem die Angreifer den Saal verlassen hatten, fuhr einer von den Vorbereitern mit seinem Auto in die Gruppe. Daraufhin zog einer der Angreifer seine Waffe und schoß vier Mal. Eine Kugel traf das Auto, drei gingen ins Leere.

Die Polizei erklärte, daß es sich bei den Angreifern um ca. 50 "linksextreme" Personen gehandelt habe. Alle hätten flüchten können. Untersuchungen seien eingeleitet und der Verdacht der Polizei richte sich gegen Anhänger von PKK oder Dev Sol.

(Anm. Vert.: * Hürriyet ist - in der Türkei und auch in Europa - die meistverkaufte türkische Tageszeitung. Das Logo ist Atatürk unter einer türkischen Fahne mit der Unterschrift "Türkei den Türken". * Ozan Arif ist der bekannteste türkische Fascho-Sänger. Er war unlängst in Linz und Wien - siehe Verteiler Nr.31 - und macht zur Zeit eine Tournee durch 8 französische Städte.)

Presseerklärung 14.1.1993

Dr. Alfredo Crespo, Anwalt von Abimael Guzman, in Peru verhaftet

Am 11. Januar um 9 Uhr 30 wurde Dr. Crespo von der DINCOTE "Anti-Terrorismus-Polizei" auf offener Straße unweit von seinem Haus verhaftet. Danach wurde sein Haus sechs Stunden lang von der DINCOTE durchsucht. Reuters berichtet, daß er wahrscheinlich wegen "Besitz von subversivem Propagandamaterial" angeklagt werden wird, sowie mit großer Wahrscheinlichkeit wegen "Rechtfertigung des Terrorismus".

Am selben Tag wurden noch zwei weitere Mitglieder des Demokratischen Anwaltsvereins verhaftet: Jorge Caregena, der Anwalt von Maria Hustay, und Andres Cohelko. Mit der Verhaftung von Dr. Crespo und seinen beiden Kollegen macht die Fujimori-Regierung noch einen großen Schritt in Richtung totaler faschistischer Repression. Sie ist Teil einer Verhaftungswelle von demokratischen Anwälten, die bereit sind, Menschen zu verteidigen, denen "Terrorismus" vorgeworfen wird. Diese Verhaftung ist noch ein Beweis dafür, daß politische Gefangene in Peru keine Chance auf eine juristische Verteidigung haben.

* Im Dezember wurde die "Colegio de Abogados" (die peruanische Anwaltskammer) von Fujimori verboten, weil sie eine Deklaration herausgebracht hat, in der gegen die Menschenrechtsverletzungen des Fujimori-Regimes protestiert wurde.

* Kurz nach Fujimoris Putsch wurden 6 Mitglieder des Demokratischen Anwaltsvereins verhaftet und ihre Wohnungen und Büros nach einem Beweis für eine Verbindung zu Terroristen durchsucht. Nichts wurde gefunden, und sie wurden später freigelassen.

* Im Juli 1992 wurde einer der demokratischen Anwälte, Dr. Jorge Cartegena, in seinem Büro mit einem Maschinengewehr angeschossen und schwer verletzt.

* Am 27. Oktober wurden die Mitlieder der 2. Beobachterdelegation des Internationalen Notkomitees durch die DINCOTE verhaftet und 36 Stunden lang wegen angeblicher "Rechtfertigung des Terrorismus" verhört. Danach wurden sie aus Peru abgeschoben. In dieser Zeit hörten sie, wie Col. Castro von der DINCOTE über Dr. Crespo bemerkte, daß "seine Zeit jetzt wohl abgelaufen" sei.

* Anfang Dezember wurden fünf demokratische Anwälte in der Stadt Chiclayo durch die Militärs verhaftet wegen angeblicher "Rechtfertigung des Terrorismus". Sie sind noch immer in Haft.

* Marta Huatay, eine Mitbegründerin des Demokratischen Anwaltsvereins, wurde im Oktober verhaftet. Sie wurde durch Folter so schwer verletzt, daß sie nicht in der Lage war, bei ihrem "Prozeß" zu sprechen. Schwere Gehirnverletzungen wurden von Beobachtern des Internationalen Roten Kreuzes festgestellt.

* Die Möglichkeit eines neuen Militärputsches in Peru wurde von neuerlichen Presseberichten bestätigt. Das Fujimori-Regime ist sehr instabil geworden. In den letzten Tagen ist Wirtschafts- und Finanzminister Carlos Bolona zurückgetreten. Am 6. Januar, nach er wegen Kritik an der Armee und deren Kommandeur angeklagt wurde, ist General a.D. Alberto Arciniega, einer der "Richter", die Abimael Guzman zu lebenslanger Haft verurteilten, in die argentinische Botschaft geflüchtet und hat um Asyl gebeten.

Ein Putsch durch die Militärs würde die Gefahr für Dr. Guzmans Leben noch ernsthafter erhöhen. Seit 90 Tagen hat Dr. Guzman keinen Kontakt mit der Außenwelt gehabt.

Das Internationale Notkomitee zur Verteidigung des Lebens von Abimael Guzman (I. E. C.) hat zu einer weltweiten Protestwelle gegen die Verhaftung von Dr. Crespo aufgerufen. Die Unterstützer des I. E. C. in Deutschland haben sich diesem Aufruf angeschlossen.

* Protestbotschaften können an Präsident Fujimori per Fax unter der Faxnummer in Lima: 5114-310443 geschickt werden.

Für weitere Informationen:

* I. E. C. London, BCM I. E. C., London WC1N 3XX, Tel. und Fax 71-482-0583; I. E. C. Unterstützer in Deutschland: Tel. 030-6127491, Fax 030-5115021

Paketbombenmord in Freiburg

Am Freitag, den 22.1.93 um 16.15 explodierte in einer Wohnung in/bei Freiburg eine Paketbombe.

Bei der Verabschiedung einiger FreundInnen fand die 24jährige Kerstin Winter, Mitarbeiterin von Radio Dreyeckland (und gelegentliche Verfasserin von Beiträgen z.B. für die taz) vor ihrer Wohnung ein Paket. Sie nahm es mit in die Wohnung und öffnete es. Dabei explodierte das Paket. Kerstin war sofort tot, ihr Freund, der sich in einem anderen Raum aufgehalten hatte, erlitt einen schweren Schock.

Anti-Antifa?

Kerstin war u.a. als Journalistin bekannt, die viel Antifa-Arbeit machte. Daher richtete sich der Verdacht ihrer Bekannten gegen die sog. "Anti-Antifa": Seit einiger Zeit propagieren die Faschisten in der BRD (aber auch in Österreich, hier unter dem Titel "jetzt schnüffeln wir") das Ausspähen von Antifas, es wurden auch schon Leute in diversen Fascho-Blättern unter Angabe ihrer Andresse und ihrer Gewohnheiten (wann sind sie allein zu Hause, ...) denunziert.

Reaktionen

Nach Bekanntwerden des Mordes gab es eine Spontandemo, einige Tage später eine Demo mit ca. 2000 TeilnehmerInnen. Die Stoßrichtung war klar gegen die Faschisten.

Ziemlich schnell übernahm das LKA die Fahndung. Offiziell wurde gegen "rechts- und linksextremistische" Personen ermittelt, das LKA unterstellte einen "Racheakt anderer Linksextremisten". DM 30 000 als Belohnung wurden ausgesetzt, und bereits am 30.1. meldete das LKA die Aufklärung des Falles: Der Freund von Kerstin, der sich zum Zeitpunkt des Anschlags in der Wohnung befunden hatte, wurde als Mörder verhaftet, Eifersucht soll das Motiv sein.

Der Anwalt des Inhaftierten protestierte gegen die Verhaftung. Er beschuldigte das LKA, wieder einmal einen ganz offensichtlich faschistischen Anschlag zu vertuschen. Das LKA nahm später noch einen zweiten Linken fest, inzwischen wurden beide wieder aus der U-Haft entlassen.

Paketbombenmord bei Böblingen

Am 30.1.93 explodierte wieder eine Paketbombe, diesmal in der Nähe von Böblingen. Zwei (ausländische?) Menschen wurden verletzt. Wieder dementieren die Behörden einen "politischen Hintergrund".

Brandanschlag auf Obdachlosenheim

Ebenfalls am 22.1.93 brannte in Erfurt ein Obdachlosenheim aus, mindestens 2 Personen kamen ums Leben, mehrere wurden schwer verletzt. Die Polizei sieht keine politischen Hintergründe.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Persönliche Erklärung von Erich Honecker vor dem Berliner Landgericht am 3.12.1992

Ich werde dieser Anklage und diesem Gerichtsverfahren nicht dadurch den Anschein des Rechts verleihen, daß ich mich gegen den offensichtlich unbegründeten Vorwurf des Totschlags verteidige. Verteidigung erübrigt sich auch, weil ich Ihr Urteil nicht mehr erleben werde. Die Strafe, die Sie mir offensichtlich zudenken, wird mich nicht mehr erreichen. Das weiß heute jeder. Ein Prozeß gegen mich ist schon aus diesem Grunde eine Farce. Er ist ein politisches Schauspiel.

Niemand in den alten Bundesländern, einschließlich der Frontstadt Westberlin, hat das Recht, meine Genossen Mitangeklagten, mich, oder irgendeinen anderen Bürger der DDR wegen Handlungen anzuklagen oder gar zu verurteilen, die in Erfüllung staatlicher Aufgaben der DDR begangen worden sind.

Wenn ich hier spreche, so spreche ich allein um Zeugnis abzulegen für die Ideen des Sozialismus, für eine gerechte politische und moralische Beurteilung der von mehr als einhundert Staaten völkerrechtlich anerkannten Deutschen Demokratischen Republik. Diese jetzt von der BRD als *"Unrechtsstaat"* apostrophierte Republik war ein Mitglied des Weltsicherheitsrates, stellte zeitweise den Vorsitzenden dieses Rates und stellte auch einmal den Vorsitzenden der UN-Vollversammlung.

Die gerechte politische und moralische Beurteilung der DDR erwarte ich nicht von diesem Prozeß und diesem Gericht. Ich nehme jedoch die Gelegenheit dieses Politschauspiels wahr, um meinen Standpunkt meinen Mitbürgern zur Kenntnis zu geben. Meine Situation in diesem Prozeß ist nicht ungewöhnlich. Der deutsche Rechtsstaat hat schon Karl Marx, August Bebel, Karl Liebknecht und viele andere Sozialisten und Kommunisten angeklagt und verurteilt. Das Dritte Reich hat dies mit den aus dem Rechtsstaat der Weimarer Republik übernommenen Richtern in vielen Prozessen fortgesetzt, von denen ich selbst einen als Angeklagter erlebt habe. Nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus und des Hitlerstaates brauchte die BRD nicht nach neuen Staatsanwälten und Richtern zu suchen, um erneut Kommunisten massenhaft strafrechtlich zu verfolgen, ihnen mit Hilfe der Arbeitsgerichte Arbeit und Brot zu nehmen und sie mit Hilfe der Verwaltungsgerichte aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen oder sie auf andere Weise zu verfolgen. Nun geschieht uns das, was unseren Genossen in Westdeutschland schon in den 50er Jahren geschah. Es ist seit ca. 190 Jahren immer die gleiche Willkür. Der Rechtsstaat BRD ist kein Staat des Rechts, sondern ein Staat der Rechten.

Für diesen Prozeß wie für andere Prozesse, in denen andere DDR-Bürger wegen ihrer *"Systemnähe"* vor Straf-, Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichten verfolgt werden, muß ein Argument herhalten. Die Politiker und Juristen sagen, wir müssen die Kommunisten verurteilen, weil wir die Nazis nicht verurteilt haben. Wir müssen diesmal die Vergangenheit aufarbeiten. Das leuchtet vielen ein, ist aber ein Scheinargument. Die Wahrheit ist, daß die westdeutsche Justiz die Nazis nicht bestrafen konnte, weil sich Richter und Staatsanwälte nicht selbst bestrafen konnten. Die Wahrheit ist, daß die bundesdeutsche Justiz ihr derzeitiges Niveau, wie immer man es beurteilt, den übernommenen Nazis verdankt. Die Wahrheit ist, daß die Kommunisten, die DDR-Bürger heute aus den gleichen Gründen verfolgt werden, aus denen sie in Deutschland schon immer verfolgt wurden. Nur in den 40 Jahren der Existenz der DDR war das umgekehrt. Dieses Versäumnis muß nun *"aufgearbeitet"* werden. Das alles ist natürlich rechtsstaatlich. Mit Politik hat es nicht das geringste zu tun.

Die führenden Juristen dieses Landes, gleich ob Angehörige der Regierungsparteien oder der SPD, erklären beschwörend, unser Prozeß sei ein ganz normales Strafverfahren und kein politischer Prozeß, kein Schauprozeß. Man sperrt die Mitglieder eines der höchsten Staatsorgane des Nachbarstaates ein und sagt, das hat mit Politik nichts zu tun. Man wirft den Generalen eines gegnerischen Militärbündnisses militärische Entscheidungen vor und sagt, das hat mit Politik nichts zu tun. Man nennt die heute Verbrecher, die man gestern ehrenvoll als Staatsgäste und Partner in dem gemeinsamen Bemühen, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht, begrüßt hat. Auch das soll mit Politik nichts zu tun haben.

Man klagt Kommunisten an, die, seit sie auf der politischen Bühne erschienen sind, immer verfolgt wurden, aber heute in der BRD hat das mit Politik nichts zu tun.

Für mich und, wie ich glaube, für jeden Unvoreingenommenen liegt auf der Hand: Dieser Prozeß ist so politisch, wie ein Prozeß gegen die politische und militärische Führung der DDR nur sein kann. Wer das leugnet, der irrt nicht, sondern der lügt. Er lügt, um das Volk ein weiteres Mal zu betrügen. Mit diesem Prozeß wird das getan, was man uns vorwirft. Man entledigt sich der politischen Gegner mit den Mitteln des Strafrechts, aber natürlich ganz rechtsstaatlich.

Auch andere Umstände lassen unübersehbar erkennen, daß mit dem Prozeß politische Ziele verfolgt werden. Warum war der Bundeskanzler, war Herr Kinkel, der frühere Geheimdienstchef, spätere Justizminister und noch spätere Außenminister der BRD, so darauf aus, mich, koste es, was es wolle, nach Deutschland zurückzuholen und wieder nach Moabit zu bringen, wo ich unter Hitler schon einmal war? Warum ließ mich der Bundeskanzler erst nach Moskau fliegen, um dann Moskau und Chile unter Druck zu setzen, mich entgegen jedem Völkerrecht auszuliefern? Warum mußten russischen Ärzte die richtige Diagnose, die sie auf Anhieb gestellt hatten, verfälschen? Warum führt man mich und meine Genossen, denen es gesundheitlich nicht viel besser geht als mir, dem Volke vor wie einst die römischen Cäsaren ihre gefangenen Gegner vorführten? Ich weiß nicht, ob das alles noch rational zu erkären ist. Vielleicht bewahrheitet sich hier das alte Wort: Wen Gott vernichten will, den schlägt er zuvor mit Blindheit. Es ist doch wohl jedem klar, daß alle diejenigen Politiker, die sich einst um eine Audienz bei mir bemühten und die sich freuten, mich bei sich begrüßen zu dürfen, von diesem Prozeß nicht unbeschadet bleiben. Daß an der Mauer Menschen erschossen wurden, daß ich der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates, der Generalsekretär, der Vorsitzende des Staatsrates der DDR war, der für diese Mauer als höchster lebender Politiker die größte Verantwortung trug, wußte jedes Kind in Deutschland und darüber hinaus. Es gibt demnach nur zwei Möglichkeiten: Entweder haben die Herren Politiker der BRD bewußt, freiwillig und sogar begierig Umgang mit einem Totschläger gesucht, oder sie lassen jetzt bewußt und genußvoll zu, daß Unschuldige des Totschlags bezichtigt werden. Keine dieser beiden Möglichkeiten wird ihnen zur Ehre gereichen. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Wer dieses Dilemma in Kauf nimmt, so oder so ein Mensch ohne Charakter zu sein, ist entweder blind oder verfolgt ein Ziel, das ihm mehr gilt als die Bewahrung seiner Ehre. Nehmen wir an, daß weder Herr Kohl noch Herr Kinkel noch all die anderen Herren Ministerpräsidenten und Parteiführer der Bundesrepublik Deutschland blind sind (was ich dennoch nicht ausschließen kann), dann bleibt als politisches Ziel dieses Prozesses nur die Absicht, die DDR und damit den Sozialismus in Deutschland total zu diskreditieren. Die Niederlage der DDR und des Sozialismus in Deutschland und in Europa allein genügt ihnen offenbar nicht. Es soll alles ausgerottet werden, was diese Epoche, in der Arbeiter und Bauern regierten, in einem anderen als furchtbaren, verbrecherischen Licht erscheinen läßt. Total sollen der Sieg der Marktwirtschaft (wie man den Kapitalismus heute euphemistisch nennt) und die Niederlage des Sozialismus sein. Man will, wie es Hitler einst vor Stalingrad sagte, *"daß dieser Feind sich nie mehr erheben wird"*. Die deutschen Kapitalisten hatten eben immer schon einen Hang zum Totalen.

Dieses Ziel des Prozesses, den totgesagten Sozialismus noch einmal zu töten, offenbart, wie Herr Kohl, wie Regierung und Opposition der BRD die Lage einschätzen. Der Kapitalismus hat sich ökonomisch genauso totgesiegt, wie sich Hitler einst militärisch totgesiegt hat. Der Kapitalismus ist weltweit in eine ausweglose Lage geraten. Er hat nur noch die Wahl zwischen dem Untergang in einem ökologischen und sozialen Chaos und der Aufgabe des Privateigentums an Produktionsmitteln, d.h. dem

Sozialismus. Beides bedeutet sein Ende. Nur der Sozialismus erscheint den Herrschenden der Bundesrepublik Deutschland offenbar als die akutere Gefahr. Dem soll dieser Prozeß genauso vorbeugen wie der ganze Feldzug gegen das Andenken an die untergegangene DDR, wie deren Stigmatisierung als *"Unrechtsstaat"*.

Der unnatürliche Tod jedes Menschen in unserem Land hat uns immer bedrückt. Der Tod an der Mauer hat uns nicht nur menschlich betroffen, sondern auch politisch geschädigt. Vor allen anderen trage ich seit Mai 1971 die Hauptlast der politischen Verantwortung dafür, daß auf denjenigen, der die Grenze zwischen der DDR und der BRD, zwischen Warschauer Vertrag und NATO, ohne Genehmigung überschreiten wollte, unter den Bedingungen der Schußwaffengebrauchsbestimmung geschossen wurde. Das ist sicher eine schwere Verantwortung. Ich werde später noch darlegen, warum ich sie auf mich genommen habe. Hier, bei der Bestimmung des politischen Ziels dieses Prozesses, komme ich jedoch nicht umhin, auch festzustellen, mit welchen Mitteln das Prozeßziel Verunglimpfung der DDR erreicht werden soll. Dieses Mittel sind die Toten an der Mauer. Sie sollen und werden diesen Prozeß wie schon vorangegangene Prozesse medienwirksam gestalten. Es fehlen dabei die ermordeten Grenzsoldaten der DDR. Wir und vor allem Sie haben bereits erlebt, wie ohne Rücksicht auf Pietät und Anstand die Bilder der Toten vermarktet wurden. Damit soll Politik gemacht und Stimmung erzeugt werden. Jeder Tote wird so gebraucht, richtiger mißbraucht, im Kampf der Unternehmer um den Erhalt ihres kapitalistischen Eigentums. Denn um nichts anderes geht es bei dem Kampf gegen den Sozialismus. Die Toten sollen die Unmenschlichkeit der DDR und des Sozialismus beweisen und von der Misere der Gegenwart und den Opfern der sozialen Marktwirtschaft ablenken. Das alles geschieht demokratisch, rechtsstaatlich, christlich-human und zum Wohle des deutschen Volkes. Armes Deutschland.

Nun zur Sache selbst. Die Staatsanwälte der Frontstadt klagen uns als gemeine Kriminelle, als Totschläger an. Da wir nun offensichtlich keinen der 68 Menschen, deren Tod uns in der Anklage vorgeworfen wird, persönlich totgeschlagen haben, da wir auch deren Tötung ebenso offensichtlich nicht vorher befohlen oder sonst veranlaßt haben, wirft mir die Anklage auf Seite 3 wörtlich vor:

"... als Sekretär des NVR und Sekretär für Sicherheitsfragen beim Zentralkomitee der SED (angeordnet zu haben), die Grenzanlagen um Berlin (West) und die Sperranlagen zur Bundesrepublik Deutschland auszubauen, um ein Passieren unmöglich zu machen."

Ferner wirft mir die Anklage vor, in 17 Sitzungen der NVR vom 29.11.1961 bis 1.7.1983 an Beschlüssen teilgenommen zu haben, weitere Drahtminensperren zu errichten (wobei das Wort *"weitere"* erkennen läßt, daß die Streitkräfte der UdSSR vorher schon solche Sperren errichtet hatten),

das Grenzsicherungssystem zu verbessern, die Schießausbildung der Grenzsoldaten zu verbessern,

Grenzdurchbrüche nicht zuzulassen,

am 3.5.1974 persönlich erklärt zu haben, von der Schußwaffe muß rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, was im übrigen nicht zutrifft,

und dem Entwurf des am 1. Mai 1982 in Kraft getretenen Grenzgesetzes zugestimmt zu haben.

Die Vorwürfe gegen mich bzw. gegen uns richten sich gegen Beschlüsse des NVR, gegen Beschlüsse eines verfassungsmäßigen Organs der DDR. Gegenstand des Verfahrens ist somit die Politik der DDR, das Bemühen des NVR, die DDR als Staat zu verteidigen und zu erhalten. Diese Politik soll durch dieses Verfahren kriminalisiert werden. Damit soll die DDR als *"Unrechtsstaat"* gebrandmarkt und alle, die ihr dienten, zu Verbrechern gestempelt werden. Die Verfolgung von Zehntausenden und unter Umständen Hunderttausenden DDR-Bürgern, von denen die Staatsanwaltschaft jetzt schon spricht, ist das Ziel dieses Verfahrens, das durch *"Pilotverfahren"* gegen Grenzsoldaten vorbereitet sowie von unzähligen, die DDR-Bürger diskriminierenden anderen Gerichtsverfahren vor Zivil-, Sozial-, Arbeits und Verwaltungsgerichten und von zahlreichen Verwaltungsakten begleitet wird. Es geht also nicht um mich oder um uns, die wir in diesem Prozeß angeklagt sind. Es geht um die Zukunft Deutschlands, Europas, ja der Welt, die mit der Beendigung des Kalten Krieges, mit dem neuen Denken so glücklich zu beginnen schien. Hier wird nicht nur der Kalte Krieg fortgesetzt, hier soll ein Grundstein für ein Europa der Reichen gelegt werden. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit soll wieder einmal endgültig erstickt werden. Unsere Brandmarkung als Totschläger soll dazu ein Mittel sein.

Ich bin der letzte, der gegen sittliche und rechtliche Maßstäbe zur Be- oder auch Verurteilung von Politikern ist. Nur müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein:

Die Maßstäbe müssen exakt vorher formuliert sein. Sie müssen für alle Politiker gleichermaßen gelten. Ein überparteiliches Gericht, also ein Gericht, das weder mit Freunden noch Feinden der Angeklagten besetzt ist, muß entscheiden.

Mir scheint, daß alles dies einerseits selbstverständlich, andererseits aber in der heutigen Welt noch nicht machbar ist. Wenn Sie heute dennoch über uns zu Gericht sitzen, so tun Sie das als Gericht der Sieger über uns Besiegte. Dies ist ein Ausdruck der realen Machtverhältnisse, aber nicht ein Akt, der irgendeinen Anspruch auf Geltung vor überpositivem Recht oder überhaupt Recht für sich beanspruchen kann.

Das allein könnte schon genügen, um darzulegen, daß die Anklage ein Unrechtsakt ist. Doch da wir die Auseinandersetzung auch im Detail nicht scheuen, will ich im einzelnen darlegen, was die Anklage, sei es aus böser Absicht, sei es aus Verblendung, nicht darlegt.

Wie bereits zitiert, beginnt die Anklage die chronologische Aufzählung der Vorwürfe gegen uns mit den Worten:

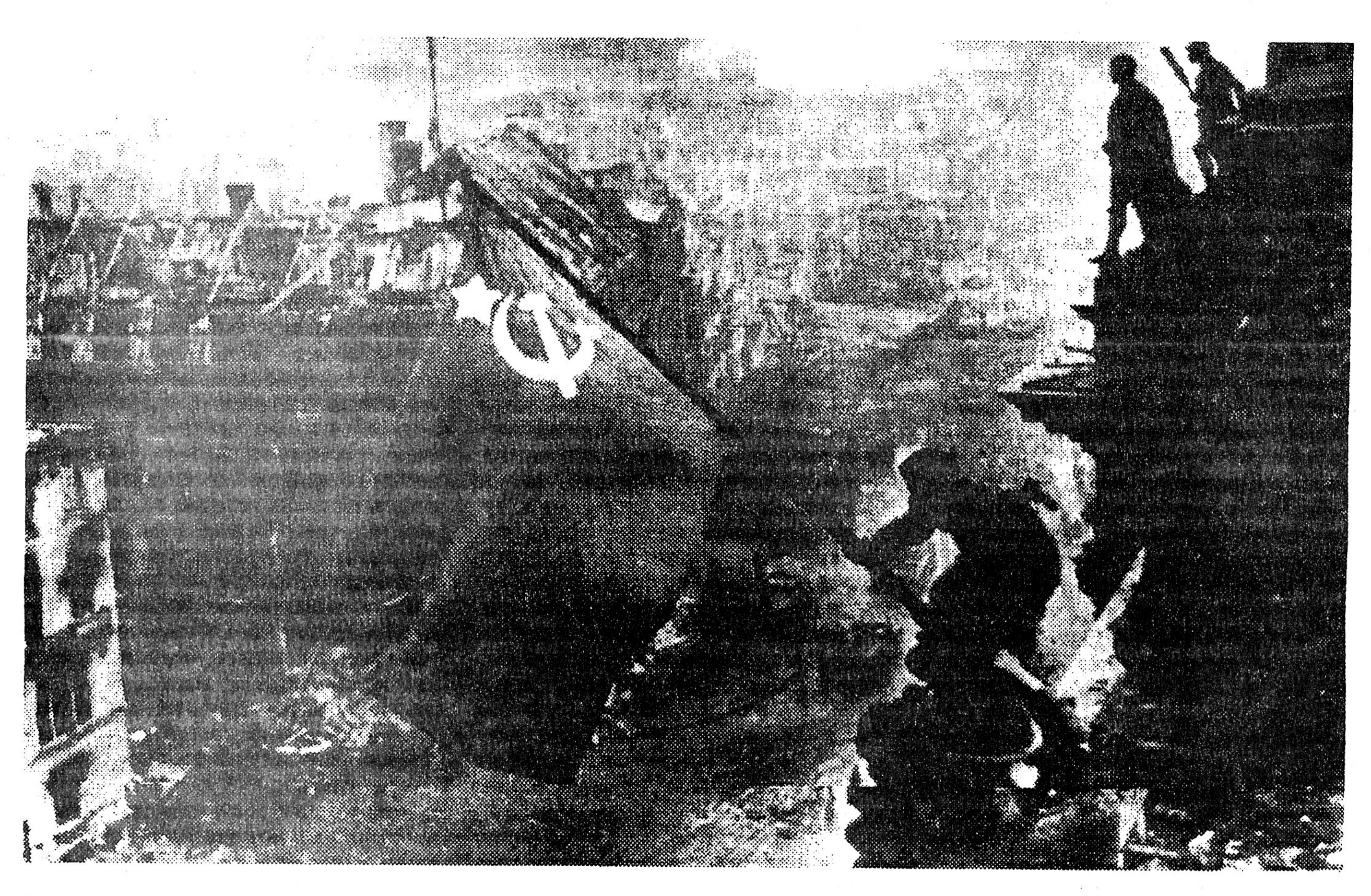
"Am 12. August 1961 ordnete der Angeschuldigte Honecker als Sekretär des NVR und Sekretär für Sicherheitsfragen beim Zentralkomitee der SED an, die Grenzanlagen um Berlin (West) und die Sperranlagen zur Bundesrepublik Deutschland auszubauen, um ein Passieren unmöglich zu machen."

Diese historische Sicht der Dinge spricht für sich. Der Sekretär für Sicherheitsfragen des ZK der SED ordnete 1961 ein welthistorisches Ereignis an. Das übertrifft noch die Selbstironie der DDR-Bürger, die die DDR als die größte DDR der Welt bezeichneten. Wenn auch heute Enno von Löwenstern die DDR zu einem *"großen Land"* machen will, um den Sieg der BRD entsprechend gewichtiger darstellen zu können, so versucht doch nicht einmal dieser Rechtsaußen des politischen deutschen Journalismus, die DDR zur Weltmacht hochzustilisieren. Das bleibt der *"objektivsten Behörde der Welt"*, der Staatsanwaltschaft, vorbehalten. Jeder macht sich vor der Geschichte so lächerlich, wie er will und kann.

Wahr ist, daß der Bau der Mauer auf einer Sitzung der Staaten des Warschauer Vertrages am 5.8.1961 in Moskau beschlossen wurde. In diesem Bündnis sozialistischer Staaten war die DDR ein wichtiges Glied, aber nicht die Führungsmacht. Dies dürfte gerichtsbekannt sein und braucht wohl nicht bewiesen zu werden.

Da wir, wie ich schon sagte, offensichtlich niemand persönlich totgeschlagen noch den Totschlag eines Menschen unmittelbar befohlen haben, wird der Bau der Mauer, ihre Aufrechterhaltung und die Durchsetzung des Verbots, die DDR ohne staatliche Genehmigung zu verlassen, als Tötungshandlung angesehen. Mit Politik soll das alles nichts zu tun haben. Die deutsche Jurisprudenz macht das möglich. Nur vor der Geschichte und dem gesunden Menschenverstand wird sie damit nicht bestehen. Sie wird nur ein weiteres Mal demonstrieren, woher sie kommt, wes Geistes Kind sie ist und wohin Deutschland zu gehen im Begriff steht.

Wir alle, die wir in den Staaten des Warschauer Vertrages damals Verantwortung trugen, trafen diese politische Entscheidung gemeinsam. Ich sage das nicht, um mich zu entlasten und die Verantwortung auf andere abzuwälzen; ich sage es nur, weil es so und nicht anders war, und ich stehe dazu, daß diese Entscheidung damals, 1961, richtig war und richtig blieb, bis die Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR beendet war. Eben diese politische Entscheidung und die Überzeugungen, die ihr zugrunde liegen, sind der Gegenstand dieses Prozesses. Man muß schon blind sein oder bewußt vor den Geschehnissen der Vergangenheit die Augen verschließen, um diesen Prozeß nicht als politischen Prozeß der Sieger über die Besiegten zu erkennen, um nicht zu erkennen, daß er eine politisch motivierte Entstellung der Geschichte bedeutet. Wenn Sie diese politische Entscheidung für falsch



halten und mir und meinen Genossen die Toten an der Mauer zum strafrechtlichen Vorwurf machen, dann sage ich Ihnen, die Entscheidung, die Sie für richtig halten, hätte Tausende oder Millionen Tote zur Folge gehabt. Das war und das ist meine Überzeugung und, wie ich annehme, auch die Überzeugung meiner Genossen. Wegen dieser politischen Überzeugung stehen wir hier vor Ihnen. Und wegen Ihrer andersartigen politischen Überzeugung werden Sie uns verurteilen. Wie und warum es zum Bau der Mauer gekommen ist, interessiert die Staatsanwaltschaft nicht. Kein Wort steht darüber in der Anklage. Die Ursachen und Bedingungen werden unterschlagen, die Kette der historischen Ereignisse wird willkürlich zerrissen. Erich Honecker hat die Mauer gebaut und aufrechterhalten. Basta. So einfach vermag der bundesdeutsche Jurist die Geschichte zu sehen und darzustellen. Hauptsache, der Kommunist wird zum Kriminellen gestempelt und als solcher verurteilt. Dabei kann doch jeder Deutsche wissen, wie es zur Mauer kam und warum dort geschossen wurde. Da die Anklage so tut, als sei es dem Sozialismus eigen, Mauern zu bauen und daran Menschen erschießen zu lassen, und als trügen solche *"verbrecherischen"* Einzelpersonen wie ich und meine Genossen dafür die Verantwortung, muß ich, ohne Historiker zu sein, die Geschichte, die zur Mauer führte, rekapitulieren.

Der Ursprung liegt weit zurück. Er beginnt mit der Entstehung des Kapitalismus und des Proletariats. Der unmittelbare Beginn des Elends der deutschen Geschichte der Neuzeit ist das Jahr 1933. 1933 haben bekanntlich sehr viele Deutsche in freien Wahlen die NSDAP gewählt, und der Reichspräsident Hindenburg, der schon 1932 ebenfalls frei gewählt worden war, hat Adolf Hitler dann ganz demokratisch zum Reichskanzler berufen. Anschließend haben die politischen Vorläufer unserer etablierten Parteien mit Ausnahme der SPD dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, das Hitler diktatorische Vollmachten verlieh. Nur die Kommunisten hatten vor den genannten Wahlen gesagt: *"Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg."* Bei der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz waren die kommunistischen Abgeordneten bereits aus dem Reichstag entfernt. Viele Kommunisten waren inhaftiert oder lebten illegal. Schon damals begann mit dem Verbot der Kommunisten der Untergang der Demokratie in Deutschland.

Kaum war Hitler Reichskanzler, erlebte Deutschland sein erstes Wirtschaftswunder. Die Arbeitslosigkeit wurde überwunden, die Anrechtsscheine auf Volkswagen wurden verkauft, die kochende Volksseele führte zur Vertreibung und Ermordung der Juden. Das deutsche Volk war in seiner Mehrheit glücklich und zufrieden.

Als der Zweite Weltkrieg ausgebrochen war und die Fanfaren die Siege in den Blitzkriegen gegen Polen, Norwegen, Dänemark, Belgien, Holland, Luxemburg, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland vermeldeten, kannte die Begeisterung keine Grenzen. Die Herzen fast aller Deutschen schlugen für ihren Kanzler, für den größten Führer aller Zeiten. Kaum einer dachte daran, daß das Tausendjährige Reich nur zwölf Jahre bestehen würde.

Nachdem 1945 alles in Scherben lag, gehörte nicht die ganze Welt Deutschland (wie es in einem bekannten Nazilied vorausgesungen wurde), sondern Deutschland gehörte den Alliierten. Deutschland war in vier Zonen geteilt. Freizügigkeit gab es nicht. Dieses Menschenrecht galt damals bei den Alliierten noch nicht. Es galt nicht einmal für die deutschen Emigranten, die wie Gerhart Eisler aus den USA nach Deutschland zurückkehren wollten.

In den USA gab es damals Pläne (z.B. den Morgenthauplan), Deutschland für dauernd in mehrere Staaten aufzuteilen. Diese Pläne gaben Stalin Veranlassung zu seinem oft zitierten Satz: *"Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben."* Die damals von der UdSSR angestrebte Erhaltung der Einheit Deutschlands kam jedoch nicht zustande. Deutschland wurde im Ergebnis des 1947 von den USA ausgerufenen Kalten Krieges auf dem Weg über die Bildung der Bizone, der Trizone, die separate Währungsreform und schließlich die Bildung der Bundesrepublik im Mai 1949 für lange Zeit zweigeteilt. Diese Teilung war, wie die zeitliche Abfolge beweist, nicht das Werk der Kommunisten, sondern das Werk der westlichen Alliierten und Konrad Adenauers. Die Bildung der DDR war eine zeitliche und logische Folge der Bildung der BRD. Nunmehr existierten zwei deutsche Staaten nebeneinander. Die BRD war jedoch nicht gewillt, die DDR anzuerkennen und mit ihr friedlich zu leben. Sie erhob vielmehr für ganz Deutschland und alle Deutschen den Alleinvertretungsanspruch. Sie verhängte mit Hilfe ihrer Verbündeten über die DDR ein Wirtschaftsembargo und versuchte so, die DDR wirtschaftlich und politisch zu isolieren. Es war eine Politik der nichtkriegerischen Aggres-

sion, die die BRD gegen die DDR führte. Es war dies die Form des Kalten Krieges auf deutschem Boden. Es war diese Politik, die zur Mauer führte.

Nachdem die BRD der NATO beigetreten war, schloß sich die DDR dem Warschauer Vertrag an. Damit standen sich beide deutschen Staaten als Mitglieder feindlicher Militärbündnisse feindlich gegenüber. Die BRD war der DDR nach der Zahl ihrer Bevölkerung, nach ihrer Wirtschaftskraft und nach ihren politischen und ökonomischen Verbindungen in vielfacher Hinsicht überlegen. Die BRD hatte durch den Marshallplan und durch geringere Reparationsleistungen weniger an den Kriegsfolgen zu tragen. Sie hatte mehr Naturreichtümer und ein größeres Territorium. Sie nutzte diese vielfache Überlegenheit gegenüber der DDR in jeder Hinsicht, besonders aber dadurch aus, daß sie DDR-Bürgern materielle Vorteile versprach, wenn sie ihr Land verließen. Viele DDR-Bürger erlagen dieser Versuchung und taten das, was die Politiker der BRD von ihnen erwarteten: Sie *"stimmten mit den Füßen ab"*. Der wirtschaftliche Erfolg verlockte die Deutschen nach 1945 nicht weniger, als er sie nach 1933 verlockt hatte.

Die DDR und die mit ihr verbündeten Staaten des Warschauer Vertrages gerieten in eine schwierige Situation. Die Politik des roll back schien in Deutschland zum Erfolg zu führen. Die NATO schickte sich an, ihren Einflußbereich bis an die Oder zu erweitern.

Durch diese Politik entstand 1961 eine Spannungssituation in Deutschland, die den Weltfrieden gefährdete. Die Menschheit stand am Rande eines Atomkrieges. In dieser Situation also beschlossen die Staaten des Warschauer Vertrages den Bau der Mauer. Niemand faßte diesen Entschluß leichten Herzens. Er trennte nicht nur Familien, sondern er war auch das Zeichen einer politischen und wirtschaftlichen Schwäche des Warschauer Vertrages gegenüber der NATO, die nur mit militärischen Mitteln ausgeglichen werden konnte.

Bedeutende Politiker außerhalb Deutschlands, aber auch in der BRD, erkannten nach 1961 an, daß der Bau der Mauer die Weltlage entspannt hatte.

Franz Josef Strauß schrieb in seinen Erinnerungen: *"Mit dem Bau der Mauer war die Krise, wenn auch in einer für die Deutschen unerfreulichen Weise, nicht nur aufgehoben, sondern eigentlich auch abgeschlossen."* (Seite 390) Vorher hat er über den geplanten Atombombenabwurf im Gebiet der DDR berichtet (Seite 388). Aus meiner Sicht hätte es weder den Grundlagenvertrag noch Helsinki noch die Einheit Deutschlands gegeben, wenn damals die Mauer nicht gebaut oder wenn sie vor der Beendigung des Kalten Krieges abgerissen worden wäre. Deswegen meine ich, daß ich genauso wie meine Genossen nicht nur keine juristische, sondern auch keine politische und keine moralische Schuld auf mich geladen habe, als ich zur Mauer ja sagte und dabei blieb.

Es ist in der Geschichte Deutschlands sicher nur am Rande zu vermerken, daß jetzt viele Deutsche sowohl aus dem Westen wie aus dem Osten sich die Mauer wieder wünschen.

Fragen muß man aber auch, was geschehen wäre, wenn wir uns so verhalten hätten, wie das die Anklage als selbstverständlich vorausgesetzt. Das heißt, wenn wir die Mauer nicht gebaut, die Ausreise aus der DDR jedem zugebilligt und damit freiwillig die DDR schon 1961 aufgegeben hätten. Man muß nicht spekulieren, um sich die Ergebnsse einer solchen Politik vorzustellen. Man muß nur wissen, was 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR geschehen ist. Genauso wie dort hätten auch 1961 in der DDR die ohnehin anwesenden sowjetischen Truppen interveniert. Auch in Polen rief 1981 Jaruszelski das Kriegsrecht aus, um eine solche Intervention zu verhindern.

Eine derartige Zuspitzung der Ereignisse, wie sie von der Anklage als selbstverständliche politische, moralische und juristische Aktion von uns verlangt wird, hätte das Risiko eines dritten Weltkrieges bedeutet. Dieses Risiko wollten, konnten und durften wir nicht eingehen. Wenn das in Ihren Augen ein Verbrechen ist, so werden Sie sich vor der Geschichte mit Ihrem Urteil selbst richten. Das wäre an sich nicht bedeutungsvoll. Bedeutungsvoll ist jedoch, daß Ihr Urteil ein Signal sein wird, das die alten Fronten erneut aufreißt, statt sie zu schließen. Sie demonstrieren damit im Angesicht eines drohenden ökologischen Kollapses der Welt die alte Klassenkampfstrategie der 30er Jahre und die Machtpolitik, die Deutschland seit dem eisernen Kanzler berühmt gemacht hat.

Wenn Sie uns wegen unserer politischen Entscheidung von 1961 bis 1989 verurteilen, und ich gehe davon aus, daß Sie das tun werden, so fällen Sie Ihr Urteil nicht nur ohne rechtliche Grundlage, nicht nur als ein parteiisches Gericht, sondern auch unter völliger Außerachtlassung der politischen Gepflogenheiten und Verhaltensweisen derjenigen Länder, die als Rechtsstaaten Ihren höchsten Respekt genießen. Ich will und kann in diesem Zusammenhang nicht alle Fälle aufzählen, in denen politische Entscheidungen in diesen 28 Jahren Menschenleben gefordert haben, weil ich Ihre Zeit und Ihre Sensibilität nicht überstrapazieren will. Auch kann ich mich nicht mehr an alles erinnern. Nur folgendes will ich erwähnen:

1964 entschied der damalige Präsident der USA, Kennedy, Truppen nach Vietnam zu entsenden, um anstelle der besiegten Franzosen bis 1973 Krieg gegen die um ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit und ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfenden Vietnamesen zu führen. Diese Entscheidung des Präsidenten der USA, die eine eklatante Verletzung der Menschenrechte und des Völkerrechts beinhaltete, wurde von der Regierung der BRD in keiner Form kritisiert. Die Präsidenten der USA Kennedy, Johnson und Nixon wurden vor kein Gericht gestellt, auf ihre Ehre fiel, zumindest wegen dieses Krieges, kein Schatten. Dabei hatte kein US-amerikanischer und kein vietnamesischer Soldat die Freiheit, zu entscheiden, ob er sich wegen dieses ungerechten Krieges in Lebensgefahr begeben wollte oder nicht.

1982 setzte England Truppen gegen Argentinien ein, um die Falklandinseln als Kolonie für das Empire zu erhalten. Die *"Eiserne Lady"* sicherte sich damit einen Wahlsieg, und ihr Ansehen wurde dadurch, auch nachdem sie abgewählt worden ist, nicht beschädigt, von Totschlag keine Rede.

1983 befahl der Präsident Reagan seinen Truppen die Besetzung von Grenada. Niemand genießt in Deutschland höheres Ansehen als dieser Präsident der USA. Keine Frage daß die Opfer dieses Unternehmens rechtens zu Tode gekommen sind.

1986 ließ Reagan die Städte Tripolis und Bengasi in einer Strafaktion bombardieren, ohne zu fragen, ob seine Bomben Schuldige oder Unschuldige trafen.

1989 ordnete Präsident Bush an, General Noriega aus Panama mit Waffengewalt zu entführen. Tausende unschuldige Panamesen wurden dabei getötet. Wiederum fiel auf den Präsidenten der USA kein Makel, geschweige denn, daß er wegen Totschlags oder Mordes angeklagt wurde.

Die Aufzählung ließe sich beliebig erweitern. Von dem Verhalten Englands in Irland überhaupt nur zu sprechen, dürfte als unanständig gelten.

Nach dem, was die Waffen der Bundesrepublik Deutschland unter türkischen Kurden oder der schwarzen Bevölkerung Südafrikas anrichten, werden zwar rhetorische Fragen gestellt, doch niemand zählt die Toten, und niemand nennt die Schuldigen.

Ich habe hier nur die als besonders rechtsstaatlich anerkannten Staaten mit nur einigen ihrer politischen Entscheidungen aufgezählt. Jeder kann vergleichen, wie sich diese Entscheidungen zu der Entscheidung verhalten, an der Grenze des Warschauer Vertrages und der NATO eine Mauer zu errichten.

Sie werden sagen, daß Sie über die Handlungen in anderen Ländern nicht entscheiden können und dürfen. Sie werden sagen, daß Sie das alles nicht interessiert. Doch ich meine, das Urteil der Geschichte über die DDR kann nicht gefällt werden, ohne daß die Ereignisse Berucksichtigung finden, die sich in der Zeit der Existenz der DDR auf Grund der Auseinandersetzung zwischen den beiden Blöcken in anderen Ländern abspielten. Ich meine darüber hinaus auch, daß politische Handlungen nur aus dem Geist ihrer Zeit zu beurteilen sind. Wenn Sie die Augen davor verschließen, was von 1961 bis 1989 in der Welt außerhalb Deutschlands passierte, können Sie kein gerechtes Urteil fällen.

Auch wenn Sie sich auf Deutschland beschränken und die politischen Entscheidungen in beiden deutschen Staaten einander gegenüberstellen, würde eine ehrliche und objektive Bilanz zugunsten der DDR ausfallen. Wer seinem Volk das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnung verweigert, wie das in der BRD der Fall ist, nimmt in Kauf, daß zahlreichen Menschen ihre Existenz genommen wird und sie keinen anderen Ausweg sehen, als aus dem Leben zu scheiden. Arbeitslosigkeit, Obdachlosig-

keit, Drogenmißbrauch, Beschaffungskriminalität, Kriminalität überhaupt sind alle das Ergebnis der politischen Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft. Selbst anscheinend so politisch neutrale Entscheidungen wie die Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen sind Folgen einer Staatsverfassung, in der nicht die frei gewählten Politiker, sondern die nichtgewählten Wirtschaftsbosse das Sagen haben. Wenn die Abteilung Regierungskriminalität des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht ihre Aufmerksamkeit einmal hierauf richten würde, hätte ich bald die Möglichkeit, den Repräsentanten der Bundesrepublik wieder wie früher die Hand zu schütteln. Diesmal allerdings in Moabit. Das wird natürlich nicht geschehen, weil die Toten der Marktwirtschaft alle rechtens ihr Leben verloren. Ich bin nicht derjenige, der die Bilanz der Geschichte der DDR ziehen kann. Die Zeit dafür ist noch nicht gekommen. Die Bilanz wird später und von anderen gezogen werden.

Ich habe für die DDR gelebt. Ich habe insbesondere seit Mai 1971 einen beträchtlichen Teil der Verantwortung für ihre Geschichte getragen. Ich bin also befangen und darüber hinaus durch Alter und Krankheit geschwächt. Dennoch habe ich am Ende meines Lebens die Gewißheit, die DDR wurde nicht umsonst gegründet. Sie hat ein Zeichen gesetzt, daß Sozialismus möglich und besser sein kann als Kapitalismus. Sie war ein Experiment, das gescheitert ist. Doch noch nie hat die Menschheit wegen eines gescheiterten Experiments die Suche nach neuen Erkenntnissen und Wegen aufgegeben. Es ist nun zu prüfen, warum das Experiment scheiterte. Sicher scheiterte es auch, weil wir, ich meine damit die Verantwortichen in allen europäischen sozialistischen Ländern, vermeidbare Fehler begangen haben. Sicher scheiterte es in Deutschland unter anderem auch deswegen, weil die Bürger der DDR wie andere Deutsche vor ihnen eine falsche Wahl trafen und weil unsere Gegner noch übermächtig waren. Die Erfahrungen aus der Geschichte der DDR werden mit den Erfahrungen aus der Geschichte der anderen ehemaligen sozialistischen Länder für die Millionen in den noch existierenden sozialistischen Ländern und für die Welt von morgen insgesamt nützlich sein. Wer seine Arbeit und sein Leben für die DDR eingesetzt hat, hat nicht umsonst gelebt. Immer mehr *"Ossis"* werden erkennen, daß die Lebensbedingungen in der DDR sie weniger deformiert haben, als die *"Wessis"* durch die *"soziale"* Marktwirtschaft deformiert worden sind, daß die Kinder in der DDR in Krippen, in Kindergärten und Schulen sorgloser, glücklicher, gebildeter und freier aufwuchsen als die Kinder in den von Gewalttaten beherrschten Schulen, Straßen und Plätzen der BRD. Kranke werden erkennen, daß sie in dem Gesundheitswesen der DDR trotz technischer Rückstände Patienten und nicht kommerzielle Objekte für das Marketing von Ärzten waren. Künstler werden begreifen, daß die angebliche oder wirkliche DDR-Zensur nicht so kunstfeindlich war wie die Zensur des Marktes. Staatsbürger werden spüren, daß die DDR-Bürokratie plus der Jagd auf knappe Waren nicht soviel Freizeit erforderte wie die Bürokratie der BRD. Arbeiter und Bauern werden erkennen, daß die BRD ein Staat der Unternehmer (sprich Kapitalisten) ist und daß die DDR sich nicht ohne Grund einen Arbeiter- und Bauernstaat nannte. Frauen werden die Gleichberechtigung und das Recht, über ihren Körper selbst zu bestimmen, die sie in der DDR hatten, jetzt höher schätzen. Viele werden nach der Berührung mit dem Gesetz und dem Recht der BRD mit Frau Bohley, die uns Kommunisten verdammt, sagen: *"Gerechtigkeit haben wir gewollt. Den Rechtsstaat haben wir bekommen."* Viele werden auch begreifen, daß die Freiheit, zwischen CDU/CSU, SPD und FDP zu wählen, nur die Freiheit zu einer Scheinwahl bedeutet. Sie werden erkennen, daß sie im täglichen Leben, insbesondere auf ihrer Arbeitsstelle, in der DDR ein ungleich höheres Maß an Freiheit hatten, als sie es jetzt haben. Schließlich werden die Geborgenheit und Sicherheit, die die kleine und im Verhältnis zur BRD arme DDR ihren Bürgern gewährte, nicht mehr als Selbstverständlichkeit mißachtet werden, weil der Alltag des Kapitalismus jetzt jedem deutlich macht, was sie in Wahrheit wert sind. Die Bilanz der 40jährigen Geschichte der DDR sieht anders aus, als sie von den Politikern und Medien der BRD dargestellt wird. Der wachsende zeitliche Abstand wird das immer deutlicher machen.

Der Prozeß gegen uns Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der DDR soll ein Nürnberger Prozeß gegen Kommunisten werden. Dieses Unternehmen ist zum Scheitern verurteilt. In der DDR gab es keine Konzentrationslager, keine Gaskammern, keine politischen Todesurteile, keinen Volksgerichtshof, keine Gestapo, keine SS. Die DDR hat keinen Krieg geführt und keine Kriegs- oder Menschlichkeitsverbrechen begangen. Die DDR war ein konsequent antifaschistischer Staat, der wegen seines Eintretens für den Frieden hohes internationales Ansehen besaß. Der Prozeß gegen uns als die *"Großen"* der DDR soll dem Argument entgegengesetzt werden, *"die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen"*. Das Urteil über uns soll damit den Weg völlig freimachen, um auch die Kleinen zu *"hängen"*. Schon bisher hat man sich allerdings hierbei wenig Zwang auferlegt. Der Prozeß soll die Grundlage für die Brandmarkung der DDR als *"Unrechtsstaat"* bilden. Ein Staat, der von solchen *"Verbrechern"* wie uns, von *"Totschlägern"* regiert wurde, kann nur ein *"Unrechtsstaat"* sein. Wer ihm nahestand, wer ein pflichtbewußter Bürger der DDR war, soll mit einem Kainszeichen gebrandmarkt werden. Ein Unrechtsstaat kann natürlich nur von *"verbrecherischen Organisationen"* wie dem MfS, der SED usw. geführt und gestützt worden sein. Kollektivschuld, kollektive Verurteilung soll an die Stelle individueller Verantwortlichkeit treten, um das Fehlen von Beweisen für die behaupteten Verbrechen zu verschleiern. Pfarrer aus der DDR geben ihren Namen für eine neue Inquisition, für eine moderne Hexenjagd. Millionen werden so gnadenlos ausgegrenzt, aus der Gesellschaft ausgestoßen. Vielen werden die Existenzmöglichkeiten bis aufs äußerste eingeschränkt. Es reicht, als IM registriert worden zu sein, um den bürgerlichen Tod zu erleiden. Der Journalist als Denunziant wird hoch gelobt und reich entlohnt, nach seinem Opfer fragt niemand. Die Zahl der Selbstmorde ist tabu. Das alles unter einer Regierung, die sich christlich und liberal nennt, sowie mit Duldung, ja sogar Unterstützung einer Opposition, die diesen Namen ebensowenig verdient wie die Bezeichnung *"sozial"*. Das alles geschieht mit dem selbstverliehenen Gütesiegel des Rechtsstaats. Der Prozeß offenbart seine politische Dimension auch als Prozeß gegen Antifaschisten. Zu einer Zeit, in der der rechte neonazistische Mob ungestraft auf den Straßen tobt, Ausländer verfolgt und wie in Mölln ermordet werden, zeigt der Rechtsstaat seine ganze Kraft bei der Verhaftung demonstrierender Juden und eben bei der Verfolgung von Kommunisten. Hier fehlt es auch nicht an Beamten und Geld. Das alles hatten wir schon einmal.

Resümiert man den politischen Gehalt dieses Prozesses, so stellt er sich als Fortsetzung des Kalten Krieges, als Negierung des neuen Denkens dar. Er enthüllt den wahren politischen Charakter dieser Bundesrepublik. Die Anklage, die Haftbefehle und der Beschluß des Gerichts über die Zulassung der Anklage sind geprägt vom Geist des Kalten Krieges. Die Präjudizien zu den Gerichtsentscheidungen gehen auf das Jahr 1964 zurück. Die Welt hat sich seitdem geändert, aber die deutsche Justiz führt politische Prozesse, als regiere noch Wilhelm II. Sie hat die vorübergehende liberale politische *"Schwäche"*, die sie nach 1968 überfiel, wieder überwunden und ihre alte antikommunistische Hochform wiedergewonnen. Uns schalt man *"Betonköpfe"* und warf uns Reformunfähigkeit vor. In diesem Prozeß wird demonstriert, wo die Betonköpfe herrschen und wer reformunfähig ist. Nach außen ist man zwar äußerst geschmeidig, wird Gorbatschow die Ehrenbürgerschaft von Berlin verliehen, wird gnädig verziehen, daß er einst die sogenannten Mauerschützen durch seinen Eintrag in ihr Ehrenbuch belobigte, aber nach innen ist man *"hart wie Kruppstahl"*. Den einstigen Verbündeten von Gorbatschow stellt man dagegen vor Gericht. Gorbatschow und ich gehörten beide der kommunistischen Weltbewegung an. Es ist bekannt, daß wir in einigen wesentlichen Punkten verschiedener Meinung waren. Doch unsere Differenzen waren aus meiner damaligen Sicht geringer als unsere Gemeinsamkeiten. Mich hat der Bundeskanzler nicht mit Goebbels verglichen, und ich hätte ihm das auch nicht verziehen. Weder für den Bundeskanzler noch für Gorbatschow ist dieses Strafverfahren ein Hindernis für ihre Duzfreundschaft. Auch das ist kennzeichnend.

Ich bin am Ende meiner Erklärung. Tun Sie, was Sie nicht lassen können.

Komitee gegen den imperialistischen Krieg & Devrimci Sol Gücler; Hamburg, 19.1.1993

"Wir heißen Butros Ghali nicht willkommen. Er ist unser Feind!"*

Die Intervention der UNO-Truppen in Somalia heißt Massaker, Elend und Ausbeutung.

Die Imperialisten führen keine Kriege mehr, stattdessen helfen sie mit "humanitären Maßnahmen". Dieses Flugblatt soll einen Beitrag leisten, diese Propagandalüge und "Legitimation", die bis weit in fortschrittliche Kreise verbreitet ist, zu widerlegen und den Angriff auf Somalia zu erklären.

Somalia liegt mit seinem "Horn von Afrika" am Golf von Aden gegenüber der arabischen Halbinsel und grenzt im Norden an Äthiopien und im Süden an Kenia. Der Großteil der Bevölkerung besteht aus Nomaden, die Viehherden hatten und Akkerbau betreiben. Zur Kolonialzeit war der Nordteil unter britischer, der Südteil unter italienischer Herrschaft. Damit begann die systematische und gewaltsame Ausbeutung des somalischen Volks und die Plünderung seiner Resourcen.

1969 putschte das Militär gegen eine korrupte, neokolonialistische abhängige Regierung, und Siad Barre wurde zum Präsidenten. Die Regierung unter Siad Barre orientierte sich zunächst an der UdSSR und erhielt wirtschaftliche Unterstützung von dort. Verschiedene Faktoren führten in den 70er Jahren dazu, daß der Einfluß der USA zunahm: Die Ölkrise Anfang der 70er und später der Sturz des US-treuen Schahs im Iran machten die strategisch günstigen Lage Somalias zum arabischen Raum mit seinen Ölfeldern für die USA von Interesse, dazu kamen die Ölfelder in Somalia selbst. So floß schon Anfang der 70er Jahre US-´Hilfe´ von 700 Milllionen US-Dollar nach Somalia. Gleichzeitig konzentrierte sich die UdSSR zunehmend auf die Unterstützung des benachbarten Äthiopiens. Mit dem somalischen Grenzkrieg ab 1977 gegen Äthiopien um das Gebiet Ogaden war der Bruch mit der UdSSR endgültig vollzogen.

Die Lage in Somalia verschlechterte sich daraufhin rasch: Die Auslandsverschuldung stieg bis zum Ende der 80er Jahre soweit, daß der Schuldendienst an das Ausland die Exporteinnahmen überstieg. Infolge des Grenzkrieges gegen Äthiopien flüchteten 600.000 Menschen in andere Landesteile, vielfach in Flüchtlingslager. Die Lebensbedingungen verschlechterten sich, die Abhängigkeit von westlichen Lebensmittellieferungen nahm zu. Der Militärapparat wurde mit westlicher Hilfe ausgebaut und auch gegen die eigenen Bevölkerung eingesetzt.

In den 80er Jahren entwickelten sich verschiedene Kräfte, die das Siad Barre bekämpften. 1981 wurde im Londoner Exil die Somalische National-Bewegung (SNM) gegründet, die sich gegen die Marginalisierung des weniger entwickelten Nordens durch die vom Süden dominierte Zentralregierung richtete und kurze Zeit später mit äthiopischer Unterstützung den bewaffneten Kampf begann. Militärisch bedeutsam wurden noch der Vereinigte Somalische Kongres (USC) und die Somalische Patriotische Bewegung (SPM), die sich beide in Somalia gründeten. Die Basis all dieser Organsisationen sind die feudalen Clanstrukturen Somalias. Am 27. Jänner 1991 kam es nach achtwöchigen schweren Kämpfen zum Sturz von Siad Barre, nachdem auch die USA Ende der 80er Jahre ihre Unterstützung für das Siad-Barre-Regime reduziert hatten.

Entgegen der Absprache aller Anti-Barre-Bewegungen, eine Nationalkonferenz zur politischen Neuordnung Somalias als Förderation zu organisieren, erklärte der USC Ali Mahdi Mohammed zum neuen Staatschef. In den folgenden Unruhen kam es zur Abspaltung Nordsomalias und im September 1991 zur Spaltung des USC; Interims-Staatschef Mahdi auf der einen und USC-Präsident Mohammed Farrah Aidid auf der anderen Seite. Hinter den Mahdi- und Aidid-Flügeln formierten sich seitdem die verschiedenen somalischen Gruppierungen. Militärisch weitaus stärker war und ist das Aidid-Lager, es kontrolliert den Süden und Südwesten Somalias, Mahdi beherrscht nur noch einen schmalen Landstreifen nördlich von Mogadischu. (Politische Berichte (PB) 26/92, Frankfurter Rundschau (FR) 31.8. u. 16.9.92)

Am 3. März 1992 kam es zum Waffenstillstand zwischen Mahdi und Aidid. Unter dem Vorwand der Sicherung des Waffenstillstandes und der Hungerhilfe begann die UNO im Juli mit dem Einsatz von 50 UN-Beobachtern und im September 500 UN-Soldaten. Aidid widersetzte sich immer wieder der UN-Einmischung, so kam auch der von der USA initiierte UN-Sicherheitsrat-Beschluß vom 3. Dezember zum Kampfeinsatz in Somalia nicht mit Zustimmung aller somalischen Kräfte zustande. Diese Resolution erlaubt die ´Anwendung aller notwendigen Mittel´ auf unbestimmte Zeit. Geplant ist der Einsatz von 34.000 Soldaten unter US-Oberbefehl, davon 28.000 aus den USA. In der BRD bewirkte die bevorstehende Intervention eine Beschleunigung der Diskussion um Bundeswehrkampfeinsätze. Regierungs- und Oppositionspolitiker forderten einhellig die Beteiligung deutscher Soldaten am Somalia-Einsatz. Noch im Dezember wurde der Einsatz von 1500 Bundeswehrsoldaten beschlossen.

In der Nacht zum 9. Dezember begann die US-Intervention in Somalia, seitdem wurden von den USA und den anderen Westmächten trotz Protesten und Demonstrationen in Somalia alle größeren Städte im Süden Somalias besetzt. Obwohl die USA nicht generell alle Somalis entwaffnen will, wurde zb. gezielt ein Waffenlager Aidids angegriffen und aufgelöst. Trotz Hinweisen über Massaker in Somalia, beispielsweise einer einmaligen Fernseh-Nachricht über ein Massaker an Frauen und Kindern, wird über die somalischen Opfer der Intervention nicht berichtet.

Zur imperialistischen Neuordnung Somalias wurden die somalischen Kriegsparteien zu einer UNO-´Friedenskonferenz´ in der äthiopischen Stadt Addis Abeba gedrängt, die aber aufgrund Aidids stockt, der der UNO Einmischung in die inneren Angelegenheiten Somalials vorwirft. Ein Ende der imperialistischen Einmischung und des imperialistischen Krieges gegen Somalia ist nicht absehbar. (FR 18.7., 13.8., 29.10., 5.12.,10.12.92, 6.1.,, 8.1., 13.1.93)

* Zur Überschrift: Plakattext bei einer Demonstration gegen die UNO-Politik zu Somalia anläßlich des Besuchs von UNO-Generalsekretär Butros Gali am 3. Jänner 1993 in Mogadischu. Wegen Steinwürfen aus der Demonstration flüchtete Butros Gali in die US-Botschaft.

Warum intervenierte der Imperialismus militärisch?

Die Intervention - so die Propaganda - sei notwendig, um den Kampf gegen den Hunger zu führen.

Nun in der Hunger in Somalia weder hausgemacht, noch kam er über Nacht. Nach dem Wechsel ins westliche Lager war Somalia gezwungen, auf Export zu orientieren, und verkaufte - ohne die kriegsgeschädigte Selbstversorgung stabilisieren zu können - buchstäblich sein letztes Hemd: bei 1.7 Milliarden US-$ Auslandsverschuldung und Rückständen von 77 Millionen gegen über dem IWF leistete Somalia 1989 einen Schuldendienst von 65 Millionen Dollar. Der Export brachte bloß 59 Millionen Dollar für Vieh und Bananen. (PB 26/92)

Und jetzt dienen sich die imperialistischen Blutsauger als Retter an? Haben sie es plötzlich doch "nicht so gemeint"?

Nein, sie stoßen nach, um die Ressourcen eines Landes, ja einer ganzen Region noch fester in den Griff zu bekommen:

1) Somalia liegt am "Horn von Afrika", der östlichen Ecke Afrikas, von der arabischen Halbinsel nur durch den Golf von Aden getrennt, am Eingang zum Roten Meer. Damit hat das Land eine enorme geostrategische Funktion sowohl zur Kontrolle des arabischen Raums als auch zur Absicherung des Transportweges zum Suez-Kanal. So haben die USA schon seit den 70er Jahren einen Marinestützpunkt im somalischen Berbera. Die USA sind bestrebt, alle Anrainerstaaten der Wasserstraße, die das Mittelmeer mit dem Indischen Ozean verbindet, unter ihre Kontrolle zu bringen - auf der arabischen und der mittelafrikanischen Seite (Mücadele 2.1.93). Der Erhalt eines proimperialistischen Regimes in Somalia ist daher sehr wichtig.

2) Die geostrategische Bedeutung ergibt sich aus der für die imperialistischen Zentren notwendigen Kontrolle über die Erdölförderung. Doch in dieser Hinsicht ist Somalia nicht nur militärstrategischer Außenposten, von dem die USA die Rohstoffausbeutung auch anderer imperialistischer Mächte kontrollieren können.

Bei der Landung am 9. Dezember brachten die US-Truppen nicht nur Militärgerät mit. Innerhalb eines knappen Monats verbuchte die Intervention einen ersten großen Erfolg, der bezeichnenderweise kaum durch die Medien ging: 26 Ölquellen waren bis Januar unter dem Schutz des militärischen Einsatzes in dem ´führungslosen Land´ von US-amerikanischen Firmen angebohrt worden. (türkische Presse 6.1.93)

Das Interesse der USA am somalische Öl ist schon älter. US-Firmen suchen im Grenzbereich zu Kenia schon seit Jahren, wie Regierungsvertreter in Nairobi bestätigen. Vor zwei Jahren gab es zwischen Somalia und Kenia Streit um die Förderung des Rohstoffes. Jetzt sitzen US-Firmen auf den Bohrlöchern.

Nach dem Sturz des US-Schützlings Barre und der Phase offenkundigen Schwäche der Fraktion Mahdis geht es also um die Etablierung eines Regimes, das die Kontrolle über das Land auch durchsetzen kann. Dabei eignen sich die USA gleich noch die Erdölförderung eines der ärmsten Staaten an, dem - so die imperialistischen Flötentöne - ´geholfen werden muß´. Ob dieser drekkige Akt der Besetzung vor der Weltöffentlichkeit unter dem Deckmantel des ´humanitären Hilfseinsatzes´ durchgeht, ist zudem ein willkommener Test für weitere, noch zu lösende ´Aufgaben´, beispielsweise der Aufteilung Ost- und Südeuropas nach imperialistischen Interessen. In Somalia, wie auch in Jugoslawien spielt die UNO eine Rolle weiter, die sie mit aller Deutlichkeit schon im Krieg gegen den Irak im Juni 1991 angenommen hat. Die UNO aber ist keine über allen (Klassen-)Interessen stehende Ausgleichsinstanz, wie sie gerade in der westlichen Öffentlichkeit (und zunehmend auch bei fortschrittlichen und linken Kräften) wahrgenommen wird. Von den Imperialisten begründet und dominiert, war sie seit jeher der Spiegel des weltweiten Kräfteverhältnisses zwischen Imperialismus und Befreiung. Seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten hat sie sich zum blanken Mittel der Durchsetzung imperialistischer Interessen entwickelt. Sie koordiniert heute den Angriff der imperialistischen Zentren auf die Völker der Drei Kontinente und die Länder Osteuropas, die der kapitalistischen Verwertung bislang entzogen waren.

Das Hinterland ist ruhig geworden.
Lassen wir ihnen nicht diese Ruhe!
Es ist unsere Aufgabe, die Funktion der UNO zu demaskieren und anzugreifen!
Protestiert gegen die Besetzung Somalias! Mobilisieren wir gegen die drohende Intervention auch des BRD-Imperialismus in Jugoslawien!
Nieder mit dem Imperialismus, dem Feind der unterdrückten Völker!
UNO-Kriegstruppen raus aus Somalia!
Kein Soldat und keine Mark für den imperialistischen Krieg!
Schluß mit der Kriegstreiberei! Weg mit der Bundeswehr!
Es gibt keine Alternative zur Revolution!

aus: Razz Nr. 42, Januar 1993 (Anm.:siehe Verteiler Nr. 30, s.27)

Aus einem Chaos sprach eine Stimme: Lächle und sei froh, denn es könnte schlimmer kommen. Ich lächelte und war froh und es kam schlimmer.

Tja, und so hat es angefangen. Da wurde bekannt, es gibt mal wieder einen Text von einigen Radikal-Frauen Na prima!, sofort losgerannt und besorgt. Und dann die erste Reaktion, ziemlich wütend und verärgert. Na, da steigen wir doch in die Diskussion ein. Und damit tun wir uns dann wieder schwer, nach den ersten Anläufen versickert der Drang so im alltäglichen Allerlei. Dabei finden wir es richtig, wichtig und toll von euch, die Diskussion um Frauen- und andere Lesben-Organisierung wieder zu beleben. Also, dann doch hineingestürzt in die Debatte.

Schwierig dabei ist, daß euer Text recht ungenau bleibt, womit wir meinen, daß uns nie so ganz klar war, von wem und über wen ihr genau schreibt. Sind nur Frauen angesprochen? oder immer Frauen und Lesben? Es gibt keine Beschreibung der Scene, seht ihr in besetzten Häusern automatisch die linke Sxene? meint ihr linke WG´s oder eher allgemein gemischte????

Wir fanden das etwas konfus und beziehen unsere Kritik erstmal auf ein paar ausgewählte Stellen.

Zu eurem Teil: Nebenwiderspruch Sexismus?

Was uns zuerst genervt hat, war euer Umgang mit Rassismus und Sexismus. Und obwohl ihr betont, Rassismus nicht gegen Sexismus ausspielen zu wollen, tut ihr es unserer Meinung nach doch. Denn ihr geht zwar mit Rassismus um, aber in dem Sinne, daß ihr ihn funktionalisiert zum anpissen linker Typen. Aber dadurch geht der Schuß völlig nach hinten los.

Wir finden es unzulässig, Rassismus auf das zu beschränken, was gemischte Zusammenhänge in ihrer Politik gegen Rassismus aufgreifen und dem den Facettenbereichen Sexismus in Weiß-Deutschland entgegenzuhalten. Linke autonome Politik hat sich ja nun noch nie umfassend mit allen Unterdrückungsstrukturen auseinandergesetzt.

-- polemischer Einschub: die weißen radikalen linken Feministinnen auch nicht!!

--Daß Sexismus/Patriachat ein gerne verdrängtes, geleugnetes, verharmlostes Thema von weißen, linken Scene-Typen ist, sollte nicht weiter verwundern. Eine konsequente Auseinandersetzung würde u.U. mit der Aufgabe ihrer angenehmen Privilegien verbunden sein, na ja und das läßt sich gerne auf andere oder später verschieben.

Dies jetzt nicht als Entschuldigung, sondern dafür, daß es nicht so verwundern sollte.

So wie der Kampf gegen den sich ausbreitenden brutalen Rassismus derzeit in weißen gemischten Zusammenhängen geführt wird, kratzt er ja nicht so sehr an den eigenen Privilegien und verinnerlichten rassistischen Strukturen, und läßt sich auch auf Distanz führen.

Vielleicht sogar als Hero oder Retter der Entrechteten. Bleibt abzuwarten, wie kontinuierlich diese Arbeit bleibt, wie ernsthaft die Auseinandersetzung mit den Flüchtlingen ist, wie sich eine Zusammenarbeit zwischen autonomen Gruppen und organisierten Flüchtlingen bewähren wird usw. Genauso offen ist, inwieweit auch unspektakuläre rassistische Angriffe weiterhin bzw. überhaupt die ihnen gebührende Aufmerksamkeit im politischen Handeln erhalten.

Wir versuchen jetzt unsere Kritik an einigen Beispielen aus eurem Text deutlich zu machen:

1.) Ihr schreibt:

"Gewalt an Frauen, die unterhalb der Tötung liegt, ist so sehr gesellschaftlicher Alltag, daß davon kaum Notiz genommen wird und es erst recht nicht zu Aktionen kommt..."

Genauso könnte geschrieben werden:

"Gewalt an nicht deutsch aussehenden Frauen, Männern, Mädchen und Jungen, die unterhalb der Tötung liegt, ist so sehr gesellschaftlicher Alltag, daß davon kaum Notiz genommen wird und es erst recht nicht zu Aktionen kommt..."

Wir finden es wichtig, daß auch immer wieder auf den Tisch kommt, daß sexistische Gewalt nicht erst körperlicher Gewalt oder gar der Tötung von Frauen anfängt, und daß es wichtig ist, gegen jede Form von Sexismus anzugehen.

Und klar ist es unerträglich, daß die gemischte Sxene, bzw. die Männer der gemischten Scene da immer noch kämpfen, und daß sie selbst bei brutalsten sexistischen Gewalttaten keine Reaktion zeigen.

Aber genauso ist es ein Fehler, daß die vielfältigen Unterdrückungsstrukturen des Rassismus von linken gemischten und feministischen Kreisen nicht (bzw.kaum) aufgegriffen werden. Zum Beispiel die Kritik schwarzer Frauen und Männer am weißen Feminismus findet nur sehr träge einen Widerhall in der linken feministischen Theorie und Praxis.

Dadurch, daß ihr das einfach in eurem Text nicht ansprecht, vollzieht ihr einen Hierarchisierung.

Dabei ist das eine wie das andere Bestandteil der gesellschaftlichen Gewaltstrukturen, wenn auch auf einem jeweils anderen Hintergrund. Und beides findet keine oder kaum Resonanz und Beachtung in linker Politik.

2.) Ihr schreibt:

"Allerding müssen wir feststellen, daß autonome Politik den Bereich sexistischer Gewalt noch immer weitgehend ausblendet und sich stattdessen den "wichtigen, tagespolitischen" Ereignissen zuwendet und das sind dann eben eher die Angriffe gegen Flüchtlingsheime als die unspektakuläre Tötung einer Frau in der Nachbarwohnung. Mit diesem Vorgehen vollzieht autonome Politik eine Wertung entsprechend der gesellschaftlichen Normen, die alltägliche Gewalt gegen Frauen unsichtbar macht, und gerade dagegen wehren wir uns."

Daß wir uns gegen die gesellschaftliche Norm, die alltägliche Gewalt gegen Frauen unsichtbar macht, wehren müssen, darin sind wir uns mit euch zweifelsohne einig. Und auch damit, daß autonome Politik gerade an diesem Punkt anzugreifen ist. Aber wie ihr dies in dem oben zitierten Abschnitt tut, finden wir falsch.

Angriffe auf Flüchtlingsheime lassen sich doch nicht mit einer "unspektakulären" Tötung einer Frau in der Nachbarwohung vergleichen. Oder findet ihr etwa einen Vergleich andersherum diskutierbar? Eine kleine Konstruktion: Nach merhtägiger Belästigung wird ein Frauenhaus angegriffen. Daraufhin wird zu einer Demo mobilisiert. Sind die Fraune und Männer, die auf diese Demo gehen, schon aus dem Grund unglaubwürdig, weil sie eine Woche zuvor keine Notitz von der rassistisch motivierten unspektakulären Ermordung eines türkischen Mannes in einer Disko genommen haben?

Zudem laßt ihr außer Betracht, daß Frauen zumeist als Freundinnen, Ex-Freundinnen oder Ehefrauen, also meistens als "Besitz" umgebracht werden. Das sind doch Unterschiede, die nicht einfach mal so unter den Tisch fallen können.

3.) Ihr schreibt:

"... nachdem der offene Rassismus im letzten Jahr wieder salonfähig geworden ist und vor dem Hintergrund zunemender Überfälle bis hin zum Morden an AusländerInnen, wurde antirassistische und antifaschistische Arbeit einer der zentralsten Bereiche autonomer Politik."

und vergleicht dies mit den unbemerkten sexistisch motivierten Morden an Frauen.

Damit vergleicht ihr zwei unterschiedliche Formen der Gewalt miteinander, einmal die offen eskalierende und einmal die unbemerkt alltägliche. Diese offen eskalierende Gewlt spielt ihr dann polemisch als "wichtige tagespolitische" Ereignisse herunter. Mit dieser Argumentationsschiene vollzieht ihr eine Wertung entsprechend eurer Norm, die alltägliche Gewalt gegen MigrantInnen unsichtbar macht und die Pogromhetze gegen MigrantInnen so darstellt, als sie es nur ein gepuschtes wichtiges tagespolitisches Ereignis.

Daß sexistisch motivierte Mord an Frauen in der BRD zum normalen, nicht zu beachtenden Alltag gehören, ist eine markante Aussage über den doppelbödigen Zustand dieser Gesellschaft, bzw. den Stellenwert, den Frauen in dieser Gesellschaft innehaben.

In Bezug auf Rassismus hat es jedoch, unserer Meinung nach, eine gesellschaftliche Veränderung gegeben, denn der stillschweigende rassistische Konsens ist umgeschlagen in laute tatkräftige Unterstützung, offene rassistische Haltung, die ihren Ausdruck in Aktionen wie Hoyerswerda, Mannheim, Rostock ... findet, und den allerorten sprießenden BürgerInnen-Inis gegen Flüchtlingsunterkünfte u.a. Diese "Bewegung im Volk" schließt einen Vergleich zu den von euch dargestellten sexistischen Angriffen aus.

Ein anderer Gedanke, der uns noch in den Sinn kam, weshalb ihr vielleicht "wichtige tagespolitische" Ereignisse in Anführungszeichen gesetzt habt, war der, daß ihr es wie ein geflügeltes Wort im Rückgriff auf die APO-Zeit benutzt habt. In dieser Zeit war ja wohl das "wichtige tagespolitsiche" Ereignis die ständige Legitimation von Typen, um sich nicht mit Sexismus auseinandersetzen zu müssen.

So weit, so schlecht. Und da es heute immer noch so ist, daß richtige Argumente zum Deckmäntelchen der Tatenlosigkeit mißbraucht werden, wird es wohl noch ein Zeitchen dauern, wo der Kampf gegen Sexismus hartnäckig eingefordert werden muß, damit es sich irgendwann verändert.

Aber ein tagespolitisches Ereignis wird nicht zweitrangig, nur weil ein paar Typen es als Ausflucht verwenden. Deshalb finden wir diesen Gebrauch in Bezug auf brennende Flüchtlingsheime auch nicht legitim.

4.) Ihr schreibt:

"Wie wenig Bewußtsein Scenemänner noch immer darüber haben, in welcher Weise die alltäglich erfahrene Gewalt und Bedrohung den Alltag jeder Frau hier nachhaltig prägt, zeigt sich z.B. an dem Entsetzen und der berechtigten Wut, die viele darüber äußern, daß ausländisch aussehende Menschen sich angesichts rassistischer Bedrohung nicht (mehr) frei und ohne Angst auf der Straße bewegen können." ... Die "gleiche Ignoranz, mit der viele Scenetypen die Lebensbedingungen von Frauen nicht wahrhaben wollen, läßt ihre "mitfühlende" Betroffenheit gegenüber rassistischem Terror bedrohten AusländerInnen scheinheilig und heuchlerisch erscheinen."

Und jetzt mal was anderes als Nörgelei. Ähnlich wie ihr finden wir auch, daß die Angst von Frauen/Lesben vor sexistischen Angriffen und ebenso die Angst ausländisch aussehender Frauen, Männer, Mädchen und Jungen durch mitfühlende Betroffenheit von weißen, linken Scenemännern um nichts, aber auch gar nichts gemindert wird. Vielleicht können ja die meisten auf dieses Mitgefühl ganz einfach verzichten. Für uns ist es zumindest so: solange es nicht zur Reflexin der Polit-Macker-Rolle kommt und Typen konsequent versuchen, durch ihr Verhalten etwas von dieser Bedrohung wegzunehmen, möchten wir wenigstens mit ihrem MItgefühl nicht belästigt werden.

Das waren jetzt ein paar Punkte, im Versuch unsere Kritik zu verdeutlichen. Die Kritik nun noch einmal zusammengefaßt.

Wozu, zum Kuckuck, ist dieser Vergleich zwischen Rassismus und Sexismus nötig? Dadurch, daß ihr in eurem Text diese beiden verschiedenen, wenn auch sicherlich in einigen Strukturen ähnlichen, Unterdrükkungsformen gegeneinander ausspielt, steigt ihr voll in eine "Konkurenz" ein. D.h. beim Lesen des Textes kommt unterschwellig mit über, "letztlich ist Sexismus doch die wirklich schlimmste Unterdrückungsform". Und damit wird das Opferdasein von Frauen wieder mal prima gestärkt und verfestigt. Das ist ein Punkt, der uns ziemlich erstaunt hat, wo doch im ersten Teil eures Textes zur Organisierung, erfrischend deutlich zur Durchbrechung der Rolle vom ewig passiven Opfer aufgerufen wird.

Es ist wichtig und richtig, Auseinandersetzung über Sexismus und Patriachat immer wieder einzufordern. Sei es auf der Ebene der gesellschaftlichen Strukturen, im Bereich oder in Bezug auf die ach so glorreiche autonome Politik, und auf der sehr persönlichen Ebene. Anklagen, Aufdecken und Angreifen sind unter anderen Wege, dies zu tun. Aber die Arbeit, die Frauen/Lesben darin investieren, die Auseinandersetzung mit Scene-Typen über ihr Nicht-Verhalten, Ignorieren und Verharmlosen von Sexismus zu führen, sollte schon recht klare Grenzen haben. Nicht umsonst plädiert ihr ja auch für die Bildung von Frauen/Lesben-Banden.

Unserer Einschätzung nach ist es ein langwieriger Kampf der einzelnen politischen Gruppen und Zusammenhänge, alle Unterdrückungsstrukturen gleichberechtigt wahrzunehmen und sie in den Kampf, Widerstand, die alltägliche Auseinandersetzung, Handlungen und Aktionen miteinzubeziehen.

Wir zitieren hier als einen vielversprechenden Ansatz, den wir so teilen, aus dem Papier "Der ewige Molch: ein Beitrag von Frauen zur RZ-Debatte" (Interim Nr.208 S.12 re Spalte Zeile 12-18 und S 13 li.Spalte Zeile 41-49): "Doch dabei darf es keine Unterteilung in Haupt- und Nebenwidersprüche geben, keine Organisierungsvorschläge, in denen Sexismus und Pariachat z.B. keine Themen sind.

Wie wir mit relativ wenigen kontinuierliche, sichtbare Poltik machen können, ohne einzelne Unterdrückungsmomente völlig hinten runterfallen zu lassen, ist eine der wesentlichen Fragen, mit denen wir uns heute beschäftigen müssen. Das ist sozusagen unsere Ausgangsbasis."

"Natürlich soll jetzt nicht alles so zugeschnitten werden, daß in jeder Erklärung und auf jedem Plakat was zu Sexismus, Rassismus, Imperialismus, ... steht und auf alles mögliche krampfhaft Bezug genommen wird, aber die, die kontinuierlich in einem Bereich arbeiten, haben sicherlich die Möglichkeit, auch andere Unterdrückungselemente sichtbar in ihre Arbeit miteinzubeziehen. Das soll auch nicht heißen, daß es nicht manchmal wichtig ist, Schwerpunkte Schwerpunkte sein zu lassen, um sich spontan in eine wichtige Mobilisierung einzuklinken."

So, das wars für heute. Der Rest, von wegen Organisierung und so, kommt bald nach. Das braucht ja alles ihre Zeit. Also, machts gut, laßt was von euch hören, bis bald...

Lesben aus Bremen